

ANTRAGSBUCH

**ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG
DER SPD RHEINLAND-PFALZ
AM 23. AUGUST 2025**

SPD
RHEINLAND-PFALZ

Inhaltsverzeichnis

A Arbeit und Rente

1

2025/A/1

Jusos RLP

2025/A/1 Milchglas ist nicht transparent - Entgelttransparenzgesetz reformieren!

Annahme und Überweisung an den Bundesparteitag 1

2025/A/2

AfA RLP

2025/A/2 Faire Arbeit, mehr Tarifbindung und soziale Gerechtigkeit – mit den Menschen politisch Handeln und den Wandel gestalten

Annahme in der Version der Antragskommission und Überweisung an den Bundesparteitag 5

2025/A/3

AfA RLP

2025/A/3 Bessere Arbeitgeberbezahlung statt ergänzendes Bürgergeld

Annahme und Überweisung an den Bundesparteitag 26

2025/A/4

AfA RLP

2025/A/4 Bildungsurlaub als Chance in vollem Umfang nutzen!

Annahme und Überweisung an die Programmkommission für das LTW-Programm . . . 30

B Bundespolitik

34

2025/B/1

Jusos RLP

2025/B/1 Das Recht auf Wohnen - Für bezahlbaren Wohnraum in Rheinland-Pfalz und bundesweit!

Überweisen an: Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion 34

2025/B/2

AfA RLP

2025/B/2 Neue Messgrößen von Wohlstand

Überweisen an: Bundestagsfraktion 37

2025/B/3

AG60 plus RLP

2025/B/3 EU- und Bundestagswahl: Briefwahlstimmen in Ortsgemeinden statistisch berücksichtigen

Annahme und Überweisung an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion . . . 39

E Europa und Internationales 40

2025/E/1	Jusos RLP
2025/E/1 Solidarischer Wiederaufbau Syriens – für eine friedliche und gerechte Zukunft	
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>	40

G Gesellschafts- und Bildungspolitik 46

2025/G/1	AG60 plus Südpfalz, AG60 plus RLP
2025/G/1 Klimaschutz in Lehrpläne aller Bildungseinrichtungen einbringen	
<i>Überweisen an: Landtagsfraktion</i>	46
2025/G/2	AfA RLP
2025/G/2 Reduzierung von Kettenverträgen und Aufbau einer langfristig und zukunftsicher orientierten Personal(entwicklungs)planung in den Schulen von Rheinland-Pfalz	
<i>Überweisung an die Landtagsfraktion und die Programmkommission für das LTW-Programm</i>	48
2025/G/3	Jusos RLP
2025/G/3 Lehrkräfteausbildung öffnen und verbessern - Das duale Lehramtsstudium umsetzen!	
<i>Annahme</i>	54
2025/G/4	AfA RLP
2025/G/4 Den demografischen Wandel in der Daseinsvorsorge gestalten	
<i>Annahme</i>	60
2025/G/5	AfA RLP
2025/G/5 Duale Ausbildung bei den Erzieher:innen ausbauen	
<i>Annahme</i>	62
2025/G/6	Jusos RLP
2025/G/6 Für eine Hochschullandschaft die ins 21. Jahrhundert gehört	
<i>Annahme und Überweisung an die Programmkommission für das LTW-Programm</i> . .	64

GS Gesundheit und Soziales 86

2025/GS/1	Jusos RLP
2025/GS/1 Post heißt nicht vorbei! - Ausbau/Weitere Versorgung von Post-Covid-Ambulanzen	
<i>Annahme in der Version der Antragskommission</i>	86

2025/GS/2**Jusos RLP**

2025/GS/2 Gesundheit ist ein Menschenrecht: Für ein Gesundheitssystem, das auch TINA*-Personen in den Fokus nimmt

Annahme und Überweisung an den Bundesparteitag 89

2025/GS/3**Jusos RLP**

2025/GS/3 Hilfe statt Hürden – Für solidarische Ausstiegsprogramme und Unterstützungsangebote für FINTA in der Prostitution

Annahme 93

2025/GS/4**Jusos RLP**

2025/GS/4 Barrierefreie Toiletten - wirklich barrierefreie machen!

Annahme 97

KL Kommunal- und Landespolitik

99**2025/KL/1****Landesvorstand der AG Selbst Aktiv**

2025/KL/1 Barrierefreie Gestaltung der Internetauftritte aller Ministerien in Rheinland-Pfalz

Annahme in der Version der Antragskommission 99

2025/KL/2**Landesvorstand der AG Selbst Aktiv**

2025/KL/2 Umsetzung der Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr gemäß Inklusionsgesetz

Annahme in der Version der Antragskommission 100

2025/KL/3**AGS RLP**

2025/KL/3 Keine Beschaffung oder Nutzung von Softwareprodukten des Unternehmens Palantir Technologies Inc. durch Polizei- und Sicherheitsbehörden des Landes Rheinland-Pfalz

Annahme in der Version der Antragskommission 102

2025/KL/4**AfA RLP**

2025/KL/4 Gerechte Steuern – Finanzämter besser ausstatten

Überweisung an die Programmkommission für das LTW-Programm 106

O Satzung und Organisation

108**2025/O/1****AGS RLP**

2025/O/1 Schaffung / Einrichtung eines Forum auf Landesebene - Katastrophen- und Zivilschutz, Verteidigung, Veteranen

Annahme in der Version der Antragskommission 108

2025/O/2**AfA RLP**

2025/O/2 Die SPD als starke Stimme der arbeitenden Gesellschaft – Expertise und Kompetenzen starker Arbeitsgemeinschaften in der SPD vielfältig nutzen

Überweisung an die Kommission zur organisatorischen Neuaufstellung des Parteivorstandes und an den Landesvorstand

110**S Sonstiges****114****2025/S/1****Jusos RLP**

2025/S/1 ESport ist Sport!

Annahme

114**U Umwelt, Nachhaltigkeit und Energiewende****118****2025/U/1****Jusos RLP**

2025/U/1 Für den Wald statt fürs Klo – Hygienepapier nur noch aus Recyclingmaterial!

Annahme

118

A Arbeit und Rente

Antrag 2025/A/1

Jusos RLP

Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Überweisung an den Bundesparteitag

Milchglas ist nicht transparent - Entgelttransparenzgesetz reformieren!

1 Das Entgelttransparenzgesetz unterstützt
2 Beschäftigte dabei, ihren Anspruch auf glei-
3 ches Entgelt bei gleicher oder gleichwerti-
4 ger Arbeit besser durchzusetzen. Es verfolgt
5 das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder
6 gleichwertige Arbeit“ für alle Geschlechter
7 in der Praxis zu stärken, damit dies zu einer
8 Verringerung des Gender-Pay-Gaps beitra-
9 gen kann.
10 Dennoch bleibt festzuhalten: Tarifverträge
11 sind das wirksamste Instrument für Ent-
12 gelttransparenz und zur Bekämpfung des
13 Gender Pay Gaps. Sie schaffen transparen-
14 te, kollektive Lohnstrukturen, sichern glei-
15 che Bezahlung für gleiche Arbeit und ver-
16 hindern in hohem Maße willkürliche oder
17 diskriminierende Lohnunterschiede. Unser
18 Ziel muss daher die deutliche Steigerung
19 der Tarifbindung in allen Branchen und Un-
20 ternehmensgrößen sein.
21 Das Gesetz sieht mehrere wichtige Maß-
22 nahmen vor: Zum einen erhalten Beschäf-
23 tigte in Betrieben mit mehr als 200 Mit-
24 arbeitenden einen individuellen Auskunfts-
25 anspruch. Dieser ermöglicht es den Be-
26 schäftigten, Informationen über das so-
27 genannte Vergleichsentgelt, das sich aus
28 dem monatlichen Bruttogehalt sowie bis
29 zu zwei weiteren Entgeltbestandteilen wie
30 Boni oder Zuschlägen zusammensetzt, zu
31 erhalten. Dies fördert eine höhere Transpa-
32 renz bezüglich der Entgeltstrukturen und
33 ermöglicht es den Beschäftigten, Ungleich-
34 behandlungen leichter zu erkennen und

35 anzugehen. Darüber hinaus müssen Unter-
36 nehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden
37 regelmäßig überprüfen, ob Entgeltgleich-
38 heit besteht. Hierzu sind sie verpflichtet, ei-
39 nen Bericht zu erstellen, der unter anderem
40 nach Geschlecht aufgeschlüsselt darstellt,
41 wie viele Mitarbeitende in Voll- und Teilzeit
42 arbeiten. Diese Berichtspflicht sorgt dafür,
43 dass Betriebe kontinuierlich die Gleichstel-
44 lung in der Entlohnung im Blick behalten.
45 Das Entgelttransparenzgesetz nimmt da-
46 mit eine weitere Ursache der Entgeltlü-
47 cke ins Visier: die fehlende Transparenz
48 in den betrieblichen Entgeltstrukturen und
49 Lohnfindungsprozessen. Durch mehr Trans-
50 parenz können ungerechtfertigte Entgelt-
51 unterschiede beseitigt werden, und es er-
52 öffnen sich neue Möglichkeiten für mehr
53 Chancengleichheit zwischen allen in den
54 Unternehmen. Doch echte Transparenz ist
55 nur dann wirksam, wenn sie mit kollektiven
56 Rechten und verbindlichen Standards ver-
57 bunden ist. Einzelne Auskunftsansprüche
58 sind nur ein schwaches Instrument gegen
59 strukturelle Lohnungleichheit – es braucht
60 flächendeckende Tarifverträge und starke
61 Mitbestimmung durch Betriebs- und Perso-
62 nalaräte, um Lohndiskriminierung systema-
63 tisch zu beseitigen.
64 Ab 2026 müssen die EU-Mitgliedsstaaten
65 neue Richtlinien umsetzen, die den Ar-
66 beitnehmenden mehr Rechte zur Entgelt-
67 transparenz einräumen. Beschäftigte ha-
68 ben dann das Recht, Auskunft über ihr in-
69 dividuelles Gehalt sowie die durchschnitt-
70 liche Entgelthöhe im Unternehmen zu er-
71 halten. Diese Informationen müssen nach
72 Geschlecht aufgeschlüsselt sein und dür-
73 fen nur für Gruppen von Arbeitnehmen-
74 de bereitgestellt werden, die gleiche oder
75 gleichwertige Arbeit verrichten. Die Aus-
76 kunft muss spätestens zwei Monate nach

77 Anfrage erfolgen.

78 Zudem sind Unternehmen verpflichtet,
79 ihren Mitarbeitenden jährlich über ihr
80 Auskunftsrecht zu informieren und ihnen
81 leicht zugängliche Informationen zu den
82 Kriterien zur Festlegung des Gehalts sowie
83 zur Gehaltsentwicklung bereitzustellen.
84 Diese Kriterien müssen objektiv und ge-
85 schlechtsneutral sein, um Diskriminierung
86 zu vermeiden. Auch Bewerbende haben
87 Anspruch auf transparente Gehaltsinfor-
88 mationen, etwa zum Einstiegsgehalt oder
89 zur Gehaltsspanne der jeweiligen Stelle.

90 Zudem sieht die Richtlinie vor, dass Unter-
91 nehmen mit weniger als 50 Mitarbeiten-
92 den von der Bereitstellung von Informa-
93 tionen über die Entgeltentwicklung ausge-
94 nommen werden können.

95 Diese EU-Richtlinie ist bereits ein wichtiger
96 Schritt, dennoch braucht es mehr Maßnah-
97 men:

98 Deshalb fordern wir, dass die Klausel des
99 aktiven Nachfragens zur Offenlegung der
100 Entgelte aus dem Entgelttransparenzge-
101 setz gestrichen und durch eine Klausel er-
102 setzt wird, die die verpflichtende, anony-
103 misierte Offenlegung der Entgelte aller Be-
104 schäftigten eines Unternehmens vorsieht.
105 Diese Offenlegung muss verpflichtend und
106 regelmäßig erfolgen – idealtypisch in Form
107 eines jährlichen Gehaltsberichts, der öf-
108 fentlich und für die Beschäftigten verständ-
109 lich zugänglich ist. Betriebsräte und Ge-
110 werkschaften sind dabei aktiv einzubezie-
111 hen.

112 Darüber hinaus soll die Schwelle zur Be-
113 richtspflicht von Unternehmen abgeschafft
114 werden, sodass alle Unternehmen zur Be-
115 richterstattung über Gehälter verpflich-
116 tet werden, unabhängig von ihrer Größe.
117 Denn wir sind der Meinung, dass für eine
118 echte Überwindung des Gender-Pay-Gaps

119 die Mitarbeitendenzahl keine Rolle spielen
120 darf.

121 Damit Entgeltgerechtigkeit mehr als ein
122 theoretischer Anspruch bleibt, braucht
123 es eine konsequente Stärkung kollek-
124 tiver Lohnfindung, der betrieblichen
125 Mitbestimmung und der Tarifbindung.
126 Deshalb fordern wir gezielte Maßnahmen,
127 um Tarifflicht unattraktiv zu machen,
128 insbesondere durch eine erleichterte
129 Allgemeinverbindlicherklärung von Tarif-
130 verträgen und verbindliche Tarifbindung
131 bei öffentlicher Auftragsvergabe durch
132 starke Landestariftreuegesetze bzw. ein
133 Bundestariftreuegesetz.

Antrag 2025/A/2 AfA RLP

Empfehlung der Antragskommission Annahme in der Version der Antragskommission und Überweisung an den Bundesparteitag

Faire Arbeit, mehr Tarifbindung und soziale Gerechtigkeit – mit den Menschen politisch Handeln und den Wandel gestalten

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
2 In einer Zeit, in der soziale Ungleich-
3 heit und wirtschaftliche Unsicherheit
4 zunehmen, ist es unerlässlich, dass wir
5 uns für faire Arbeitsbedingungen, eine
6 stärkere Tarifbindung und soziale Ge-
7 rechtigkeit einsetzen. Die Welt verändert
8 sich vor unseren Augen, beunruhigend
9 und verheißungsvoll zugleich. Unermess-
10 liche globale Märkte sind entstanden,
11 ein eifriger, wissenschaftlich-technischer
12 Fortschritt verändert unsere Arbeitswelt,
13 unser Leben von Grund auf. Klimawandel,
14 Energiewende, Elektromobilität, Globa-
15 lisierung, Industrie 4.0, Digitalisierung,
16 Demografie, und vieles mehr verändern
17 erheblich alle Bereiche unserer Wirtschaft
18 und Gesellschaft.
19 Aktuelle Krisen und Herausforderungen für
20 Wirtschaft und Gesellschaft in unserem
21 Land und Europa sondern haben den Struk-
22 turwandel beschleunigt und die Unsicher-
23 heiten vergrößert.
24 Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise ha-
25 ben nicht nur Probleme bei der Energie-
26 versorgung und in Lieferketten geschaf-
27 fen. Preissteigerungen und die seit Jah-
28 ren sinkenden Reallöhne drücken auch die
29 Konsumnachfrage. Prekäre Beschäftigung
30 steigt, mit ihr die Zahl der Menschen in
31 Armut. Menschen, angetrieben von Ängs-
32 ten und vertrauen nicht mehr der Politik, -

Zeile 153: die Vermögenssteuer einzufüh-
ren, ...

streichen: ab einem Vermögen von 250
000,00 €. Selbstgenutztes Wohneigentum
bleibt ausgenommen.

einfügen: von 1 Prozent auf Netto-
Vermögen ab einem Freibetrag von 1
Million Euro. Bei sehr hohen Vermögen
(über 1 Milliarde Euro) soll der Steuersatz
auf 2 Prozent steigen. Selbstgenutztes
Wohneigentum würde bis zu einem be-
stimmten Freibetrag von dieser Steuer
ausgenommen.

Zeile 157: eine ...

streichen: Transaktionssteuer ist einfüh-
ren: 0,8 % auf den Handel mit Aktien und
0,1 % für Derivate von Aktien einschließlich
der Spotmarktgeschäfte.

einfügen: eine Finanztransaktionssteuer
ist einzuführen, die alle Finanzmärkte,
-produkte und -akteure einschließt.

Zeile 233: Grundfreibetrag aktualisiert:
15.100 Euro

Zeile 236: Spitzensteuersatz aktualisiert:
87.000 Euro

33 Fake-Nachrichten beschleunigen dies. Das
34 gefährdet unsere Demokratie. Deshalb sind
35 Reformen und Maßnahmen erforderlich,
36 um wirtschaftliche und politische Stabili-
37 tät und nachhaltige Entwicklung auf lange
38 Sicht zu gewährleisten.

39 Der Bundesfinanzminister strebt die not-
40 wendige "Rückkehr zu finanzpolitischer
41 Normalität" an. Für ihn ist scheinbar die
42 Krise vorbei, der Staat müsse nicht mehr
43 stabilisieren, sondern sparen. - Das Ge-
44 genteil ist richtig: Der Krieg in der Ukraine
45 und die Energiekrise belasten die deutsche
46 Konjunktur nach wie vor, denn die Wirt-
47 schaftsleistung bei unveränderter Geld-
48 und Fiskalpolitik wird gut 3 Prozent unter
49 dem früher erwarteten Niveau liegen.

50 Unser Land ist nach wie vor mit erheblichen
51 Krisen konfrontiert. Allein deshalb wäre es
52 sinnvoll, die Schuldenbremse erneut aus-
53 zusetzen und fiskalpolitisch gegenzusteu-
54 ern, anstatt die Rezession durch einen Spar-
55 kurs noch zu befördern. Hinzu kommen
56 die immer deutlicher werdenden Mängel in
57 der öffentlichen Infrastruktur, neue globa-
58 le Herausforderungen und der immer drän-
59 gendere sozial-ökologische Umbau.

60 Soziale Ungleichheit ist eines der größten
61 Probleme unserer Zeit und sie wächst. Wäh-
62 rend die meisten Menschen unter den Fol-
63 gen der jüngsten Krisen ächzen, profitier-
64 ten einige wenige massiv von Pandemie,
65 Inflation, steigenden Zinsen und Kriegsge-
66 schehen, so der jährliche Bericht zur sozia-
67 len Ungleichheit der internationalen Ent-
68 wicklungsorganisation Oxfam.

69 Die wachsende ökonomische Ungleichheit
70 in unserem Land wollen wir aufhalten und
71 umkehren und für mehr Gerechtigkeit sor-
72 gen! Um die brennenden sozialen, ökolo-
73 gischen und wirtschaftlichen Herausforde-
74 rungen zu meistern und die Konjunktur

Zeile 241: Reichensteuersatz aktualisiert:
140.000 Euro

75 zu stabilisieren, müssen Wandel und Kri-
76 sen sozial gerecht, wirtschaftlich vernünf-
77 tig und im Interesse der Menschen gestal-
78 tet werden. Wir werden in Zukunft noch
79 stärker dafür kämpfen müssen, dass wir
80 unserem Ziel einer menschlichen, solidari-
81 schen und vielfältigen Gesellschaft näher-
82 kommen.

83 Überlassen wir den Wandel allein den Ge-
84 setzen von Markt und Profit, wird dieser
85 Prozess nicht gelingen. Damit Arbeitsplätze
86 und Arbeitsbedingungen im Wandel nicht
87 unter die Räder geraten, bedarf es einer
88 zielgerichteten politischen Gestaltung aller
89 Prozesse. Zudem dürfen Altersvorsorge, Ge-
90 sundheit und Pflege nicht weiter der Profit-
91 maximierung und den Finanzmärkten aus-
92 geliefert werden. Sie sind Aufgabe des Sozi-
93 alstaates in Form der Erwerbstätigen- und
94 Bürgerversicherung.

95 WIR BRAUCHEN EINE NEUE STRATEGIE FÜR
96 FAIRE ARBEIT:

97 In den nächsten Jahren und Jahrzehnte
98 müssen diese dynamischen Veränderungs-
99 prozesse in geordnete Bahnen gelenkt wer-
100 den, damit sie zu fairen Lebens-und Ar-
101 beitsbedingungen der Menschen beitra-
102 gen, statt noch mehr Unsicherheit, Un-
103 gleichheit und Ungerechtigkeit auszulösen.
104 Diese bringen sozialen Zusammenhalt und
105 fördern gleichwertige Lebensbedingungen
106 in ganz Deutschland. Sie sichern die Zu-
107 kunftsfähigkeit der Wirtschaft – und damit
108 Wertschöpfung und gute und faire Arbeits-
109 plätze von morgen.

110 Der Mensch soll im Mittelpunkt stehen!
111 Reguläre Arbeitsverhältnisse mit guten Be-
112 dingungen und einer besseren Vereinbar-
113 keit von Arbeit und Leben, eine hohe
114 Tarifbindung, Qualifizierungschancen- und
115 rechte und eine starke Mitbestimmung sol-
116 len selbstverständlich sein. Eine neue Ar-

117 beitsmarktpolitik in Verbindung mit einem
118 sozial, ökologisch und demokratisch ge-
119 stalteten technologischen und demografi-
120 schen Wandel soll den Weg in eine Arbeits-
121 welt, Wirtschaft und Gesellschaft eröffnen,
122 in denen die Menschen sichere Zukunfts-
123 perspektiven haben, ihr Leben verlässlich
124 und selbstbestimmt planen können, in de-
125 nen soziale Gerechtigkeit herrscht und das
126 Zusammenleben durch Weltoffenheit, Viel-
127 falt und Solidarität geformt ist.

128 WIR BRAUCHEN SOZIALE GERECHTIGKEIT:
129 Politik muss sicherstellen, dass der Wan-
130 del sozial gerecht erfolgt und niemand zu-
131 rückgelassen wird. Dazu müssen Vermö-
132 gen und Spitzeneinkommen höher besteu-
133 ert werden. Das stärkt die öffentlichen
134 Einnahmen und reduziert die soziale Un-
135 gleichheit. Dazu gehört auch die Förde-
136 rung von Aus- und Weiterbildung sowie die
137 Unterstützung von Umschulungsprogram-
138 men für Arbeitnehmer, die von Umstruktu-
139 rierungen betroffen sind.

140 Investitionen in die infrastrukturellen Rah-
141 menbedingungen des sozial-ökologischen
142 Strukturwandels werden mit den derzei-
143 tigen fiskalpolitischen Spielräumen nicht
144 zu finanzieren sein. Eine Abkehr von der
145 schwarzen Null ebenso wie eine gerech-
146 tere Besteuerung von höheren Einkom-
147 men und Vermögen müssen Grundlage ei-
148 ner nachhaltigen Investitionspolitik wer-
149 den. Wir setzen dabei auf eine höhere Be-
150 steuerung von Vermögen, Erbschaften und
151 auf einen konsequenten Steuervollzug.

152 Deshalb ist insbesondere...

153 – die Vermögenssteuer einzuführen, ab ei-
154 nem Vermögen von 250 000,00 €. Selbst-
155 genutztes Wohneigentum bleibt ausge-
156 nommen.

157 – eine Transaktionssteuer ist einführen: 0,8
158 % auf den Handel mit Aktien und 0,1 % für

159 Derivate von Aktien einschließlich der Spot-
160 marktgeschäfte.

161 – eine Übergewinnsteuer, mit der Überge-
162 winne mit einer einmalig erhobenen, so-
163 genannten Windfall-Tax besteuert werden.

164 Eine Vielzahl von Unternehmen nutzen die
165 derzeitige Krise aus, um ihre Profite auf Kos-
166 ten von Kunden und Verbraucher:innen zu
167 steigern. Eine profitgetriebene Inflation zu-
168 lasten ohnehin gebeutelter Verbraucher:in-
169 nen muss unbedingt verhindert werden.

170 – es muss zudem sichergestellt werden,
171 dass die Entlastungen durch beschlossene
172 Steuersenkungen oder Reduzierungen von
173 Umlagen durch eine Verpflichtung der An-
174 bieter an die Verbraucher:innen weiterge-
175 ben werden müssen.

176 – die Personelle Basis im Steuervollzug ist
177 aufzustocken

178 Die Steuerpolitik der vergangenen Jah-
179 re hat die Verteilungsungerechtigkeit
180 vergrößert und den Handlungs- und Ge-
181 staltungsspielraum des Staates eingeengt.

182 Das Steuersystem orientiert sich nicht
183 hinreichend an der finanziellen Leistungs-
184 fähigkeit der Steuerzahler:innen, sondern
185 begünstigt hohe Einkommen, Unter-
186 nehmungsgewinne und große Vermögen.
187 Gerade Menschen, die über viel Geld ver-
188 fügen, zahlen also im Verhältnis weniger
189 in die öffentlichen Kassen als mittlere
190 und kleine Einkommen. Angesichts der
191 aktuellen gesellschaftlichen Herausfor-
192 derungen, ist dies aus unserer Sicht nicht
193 länger haltbar. Auch hier stehen wir an der
194 Seite der Gewerkschaften. Wir brauchen
195 ein sozial gerechtes Steuersystem als ein
196 wichtiger Baustein für eine gerechtere
197 Gesellschaft und das insgesamt höhere
198 Staatseinnahmen als heute sichert.

199 Es braucht öffentliche Investitionen an al-
200 len Ecken und Enden. Für den Breitband-

201 ausbau, eine nachhaltige Verkehrsinfra-
202 struktur, eine beschleunigte und bezahl-
203 bare Energiewende, den Klima- und Um-
204 weltschutz, Smarte Städte, in Forschung
205 und Entwicklung, unter anderem für mehr
206 Personal in den Behörden, Gesundheits-
207 ämtern, Krankenhäusern, der Pflegebran-
208 che und dem Bildungswesen, die bessere
209 Ausstattung von Schulen mit digitalen Ge-
210 räten, die Unterstützung der Wirtschaft mit
211 Hilfgeldern. Klar ist: Von diesen Investitio-
212 nen profitieren alle. Wie können sie gerecht
213 aus Steuergeldern finanziert werden?

214 Wir wollen, dass Beschäftigte und Fami-
215 lien entlastet und große Vermögen wie-
216 der stärker in die Verantwortung genom-
217 men werden. Wir brauchen eine Reform der
218 Lohn- und Einkommensteuer, um die Steu-
219 erzahler:innen angemessen und nach ih-
220 rer finanziellen Leistungsfähigkeit zu be-
221 teiligen. Wir unterstützen die Pläne des
222 DGBs und seiner Einzelgewerkschaften. Da-
223 nach müssten 95 Prozent der Steuerpflich-
224 tigen weniger zahlen und nur Spitzenver-
225 diener:innen mehr. Damit würde die Ein-
226 nahmebasis des Staates um insgesamt et-
227 wa 60 Milliarden Euro gestärkt.

228 Wir unterstützen das steuerpolitische Ge-
229 samtkonzept des DGB und fordern:

230 – Arbeitnehmer:innen sollen von einem
231 höheren Grundfreibetrag profitieren, des-
232 halb die Anhebung des Grundfreibetrags
233 auf 14.500 Euro

234 – gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogres-
235 sion

236 – Spitzensteuersatz ab 85.000 Euro auf
237 49 Prozent anheben. Der Spitzensteuersatz
238 soll erhöht werden, dafür erst später grei-
239 fen, die Reichensteuer dafür früher

240 – Reichensteuersatz von 52 Prozent ab
241 135.000 Euro

242 – Pendlerpauschale zu Mobilitätsgeld um-

243 gestalten

244 – Kindergrundsicherung statt Kinderfreibe-
245 träge

246 – Ehegattensplitting überwinden

247 – Rentenbesteuerung vereinfachen und
248 Doppelbesteuerung beenden

249 – Dividenden sollen wie Arbeitseinkom-
250 men behandelt werden. Die pauschale Ab-
251 geltungssteuer von 25 Prozent soll abge-
252 schafft werden und für alle Kapitaleinkünf-
253 te der persönliche Steuersatz gelten.

254 – Spitzenverdiener:innen und Vermögen-
255 de müssen wieder mehr zum Gemeinwe-
256 sen beitragen, von dem auch sie profitie-
257 ren. Deswegen soll die Vermögensteuer auf
258 Netto-Vermögen ab einer Million wieder
259 erhoben werden, die seit 25 Jahre ausge-
260 setzt ist. So könnten 28 Milliarden Euro im
261 Jahr mobilisiert werden

262 – Erbschaften und Schenkungen gerecht
263 besteuern. Sieben Milliarden würde eine
264 Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Be-
265 triebsvermögen bringen.

266 – Steuervergünstigungen für Unterneh-
267 men befristen

268 – Die Körperschaftsteuer auf Unterneh-
269 mensgewinne soll mittelfristig auf 25 Pro-
270 zent angehoben werden. Dies würde acht
271 Milliarden mehr Steuereinnahmen bringen

272 – Finanztransaktionsteuer unverzüglich
273 einführen, die alle Finanzmärkte, -produkte
274 und -akteure umfasst, würde weitere 17
275 Milliarden Mehreinnahmen erzielen.

276 – Eine bessere personelle Ausstattung der
277 Finanzverwaltung

278 Das öffentliche Auftragswesen bietet
279 dem Staat ein großes ökonomisches
280 Steuerungs-potenzial, um gute Arbeitsbe-
281 dingungen zu fördern. In der Praxis werden
282 die hiermit verbundenen Möglichkeiten
283 derzeit jedoch nur eingeschränkt genutzt.
284 Dies gilt sowohl für die vergabespezi-

285 fischen Mindestlöhne als auch für die
286 Regelungen zur Tariftreue.

287 Die Arbeitsbedingungen sind ein wichti-
288 ger Faktor für die Lebensqualität und das
289 Wohlbefinden der Menschen. Eine faire Ge-
290 staltung der Arbeitsbedingungen ist daher
291 unerlässlich, um eine gerechte und men-
292 schenwürdige Arbeitswelt zu schaffen.

293 Die Gestaltung der Arbeitswelt durch Ta-
294 rifverträge muss der Standard in unserem
295 Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sein.
296 Deutschland ist weit entfernt von einer Ta-
297 rifbindung, wie es die europäische Min-
298 destlohnrichtlinie fordert. Die im Koaliti-
299 onsvertrag vereinbarten Maßnahmen wer-
300 den nicht ausreichen, um 80 Prozent Tarif-
301 bindung zu erreichen. Wir brauchen des-
302 halb verbindliche Maßnahmen und eine
303 schnelle wirksame Umsetzung.

304 Dazu braucht es stärkere Mitbestimmungs-
305 rechte der Betriebs- und Personalräte, da-
306 mit betriebliche Zukunftsvereinbarungen,
307 die mittel- und langfristige Investitions-
308 entscheidungen, Standortsicherung,
309 Kündigungsschutz und verbindliche
310 Personal- und Qualifizierungsplanung und
311 -entwicklung beinhalten, wenn nötig auch
312 erzwingbar vereinbart werden können,
313 - und damit unsichere Arbeitsverhält-
314 nisse wie Leiharbeit und Befristungen
315 eingedämmt werden.

316 Das ist die Chance, um den gesellschaft-
317 lichen Zusammenhalt und die Demokra-
318 tie in Deutschland und Europa zu sichern.
319 Angesichts des vor uns liegenden Wandels
320 und der beschriebenen Situation wollen
321 wir, dass der Wandel in Arbeitswelt und Ge-
322 sellschaft

323 – sozial gerecht und sicher

324 – im Sinne guter Arbeit,

325 – ökologisch nachhaltig,

326 – demokratisch im Sinne von mehr

327 politisch-gewerkschaftlicher Lenkung
328 und Mitbestimmung gestaltet wird und
329 somit Angst und Unsicherheiten bei den
330 Menschen verhindert.

331 Es ist dringend erforderlich, dass die Arbeit-
332 nehmerschaft und ihre Gewerkschaften zu
333 Akteuren der Veränderungen werden. Wir
334 wollen die Stimmen der Menschen hören,
335 die täglich für ihren Lebensunterhalt kämp-
336 fen, und gemeinsam mit ihnen politisch
337 handeln, um den Wandel zu gestalten.

338 Ohne reale Veränderungen hin zur De-
339 mokratisierung der Unternehmen und der
340 gesamten Wirtschaft, ohne eine Umver-
341 teilung von Macht und Einkommen wird
342 es keinen ökologisch-sozialen Umbau un-
343 serer Volkswirtschaft geben können. Im
344 Kern kann der Umbau nur im Produktions-
345 und Dienstleistungssektor, also in Betrie-
346 ben, Forschungseinrichtungen und Verwal-
347 tungen umgesetzt werden, dort wo die
348 menschliche Arbeit geleistet wird.

349 Die Arbeitgeber in Industrie und Dienstleis-
350 tung müssen ihre Strategien zur Bewälti-
351 gung des Wandels offenlegen und sie müs-
352 sen ihre Belegschaften an der Gestaltung
353 der Veränderungen beteiligen.

354 Der Umbau unserer Wirtschaft, der Wan-
355 del in der Gesellschaft und der Klimawan-
356 del sind aber auch soziale Fragen: Neo-
357 liberale, Konservative und teilweise grü-
358 ne Kräfte treffen sich an einem zentralen
359 Punkt: die Kosten der Transformation sol-
360 len über Preise auf die Masse der Verbrau-
361 cher abgewälzt und ihre beschäftigungs-
362 politischen „Kollateralschäden“ als Neben-
363 widerspruch der wissenschaftlichen Wahr-
364 heit in Kauf genommen werden. Umge-
365 kehrt werden Störungen auf den entfessel-
366 ten Weltmärkten, internationale Konflikte,
367 Spekulationen und tatsächliche Knapphei-
368 ten der Klimaschutzpolitik angelastet. Bis-

369 her ist noch nicht erkennbar, ob und wie
370 Kosten und Nutzen des Wandels gerecht
371 verteilt werden können

372 Es ist die historische Aufgabe und das Al-
373 leinstellungsmerkmal der Sozialdemokra-
374 tie, die soziale und humane Gestaltung des
375 Wandels im Bündnis mit den Gewerkschaf-
376 ten und unter Einbeziehung der gesam-
377 ten Arbeitnehmerschaft politisch zu pla-
378 nen, programmatisch voranzutreiben und
379 mehrheitsfähig zu machen. Die Bundesre-
380 gierung hat vieles auf den Weg gebracht.
381 Jetzt gilt es, die heimischen Kompetenzen
382 zu stärken, Wertschöpfungsketten zu stabi-
383 lisieren und neu aufzubauen und Beschäf-
384 tigung mit guten Arbeitsbedingungen zu
385 schaffen.

386 Durch die Digitalisierung werden in vie-
387 len Branchen die Arbeitsplatzeffekte durch
388 gegenläufige Prozesse geprägt: Wachstum
389 durch neue digitale Angebote sichert und
390 schafft Arbeitsplätze – Effizienzgewinne
391 durch Digitalisierung interner Prozesse ge-
392 fährden Beschäftigung. Noch stärker als di-
393 rekte Produktionsbereiche werden mögli-
394 cherweise die indirekten/klassischen Büro-
395 und Informationstätigkeiten (wie Buchhal-
396 tung, Sachbearbeitung, Engineering etc.)
397 unter Druck geraten. Vereinbarungen zum
398 Schutz der Beschäftigten sind notwendig,
399 damit die Digitalisierung in ihren Auswir-
400 kungen auf Leistungs- und Verhaltenskon-
401 trollen eingedämmt wird. In allen Berei-
402 chen bedarf es erheblicher Qualifizierungs-
403 anstrengungen, weil wir die Beschäftigten
404 auf neue Tätigkeiten vorbereiten müssen.

405 WIR BRAUCHEN EIN VERLÄSSLICHES
406 ÖFFENTLICHES MODERNISIERUNGSPRO-
407 GRAMM UND MASSIVE ÖFFENTLICHE
408 INVESTITIONEN:

409 Damit die sozialen, ökologischen und wirt-
410 schaftlichen Herausforderungen bewältigt

411 werden können und auch die Konjunk-
412 tur stabilisiert wird, ist ein groß ange-
413 legtes, verlässliches öffentliches Moderni-
414 sierungsprogramm unausweichlich. Ohne
415 massive öffentliche Investitionen lässt sich
416 der enorme Investitionsstau in Deutsch-
417 land nicht auflösen. Öffentliche Investitio-
418 nen stärken den sozialen Zusammenhalt,
419 fördern gleichwertige Lebensbedingungen
420 in ganz Deutschland und tragen zu Resili-
421 enz und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft
422 und der öffentlichen Daseinsvorsorge bei -
423 und sichern damit Wertschöpfung und die
424 guten Arbeitsplätze von morgen. Verpasst
425 Deutschland den Anschluss im Wandel und
426 im Klimaschutz, wäre das eine weitaus grö-
427 ßere Bürde für künftige Generationen als
428 ein temporär gestiegener Verschuldungs-
429 grad der öffentlichen Hand. Die investiti-
430 onsfeindliche Schuldenbremse passt nicht
431 zu den enormen Herausforderungen unse-
432 rer Zeit und muss abgeschafft werden.

433 Es gibt breite gesellschaftliche Mehrhei-
434 ten dafür, diese längst überfälligen Investi-
435 tionen zu realisieren. Diese sind allerdings
436 nur finanzierbar, wenn die ideologischen
437 Schuldenregeln flexibilisiert werden. Vor al-
438 lem in den Bereichen, die für den gesell-
439 schaftlichen Zusammenhalt entscheidend
440 sind, wie lebenswerte Städte und Gemein-
441 den, bezahlbarer Wohnraum, bedarfsorien-
442 tierter Nahverkehr, Krankenhäuser, Sport-
443 und Freizeiteinrichtungen sowie ein hoch-
444 wertiges Bildungssystem, wurde in den
445 letzten Jahren viel zu wenig getan. Der
446 akute Handlungsbedarf, gerade auch im
447 Gesundheits- und Bildungswesen, wurde
448 durch die Corona-Pandemie schonungslos
449 offengelegt.

450 Eine Vielzahl von Kommunen können die
451 steigenden Energiepreise gar nicht oder
452 kaum noch tragen. Mögliche Folgen: Schu-

453 len und öffentliche Gebäude wie Biblio-
454 theken oder Verwaltungen konnten nicht
455 mehr so stark beheizt werden, energiein-
456 tensive Infrastrukturen wie Schwimmbä-
457 der oder Turnhallen konnten unter Um-
458 ständen nur eingeschränkt betrieben oder
459 mussten ganz geschlossen werden. Perso-
460 nalausgaben können und sollten über ein
461 gerechteres Steuersystem finanziert wer-
462 den, während Investitionen in Infrastruk-
463 tur sinnvollerweise über Kredite finanziert
464 werden.

465 Die Tilgung der Schulden, die zur Bewäl-
466 tigung der Krisen aufgenommen wur-
467 den, darf deshalb nicht zu Sozialabbau
468 führen, für Einsparungen im öffentlichen
469 Dienst missbraucht werden oder wichtige
470 Investitionen in die Daseinsvorsorge und
471 die sozial-ökologische Transformation be-
472 hindern.

473 Angesichts der gewaltigen Investitionsbe-
474 darfe ist mit einer Politik der schwarzen
475 Null und weiterer Investitionszurückhal-
476 tung der Unternehmen die Verkehrs- und
477 Energiewende nicht zu bewältigen. In
478 Anbetracht riesiger Kapitalanlagen und
479 günstiger Finanzierungsbedingungen
480 (Investmentfonds halten Billionensum-
481 men bereit, die Aktienkurse liegen auf
482 Rekordniveau, die Gewinne im letzten
483 Jahrzehnt waren exorbitant, die Zinsen
484 sind extrem niedrig und die Eigenkapi-
485 talausstattung ist hoch), müssen Staat
486 und Politik vor allem einen berechenbaren
487 Rahmen und entsprechende Investitions-
488 anreize für die Industrie setzen, auch durch
489 entsprechende öffentliche Nachfrage.
490 (Öffentliche Verkehrsmittel, Beschaffung,
491 kommunale Finanzen...) Steuergelder, die
492 an Unternehmen gezahlt werden, müs-
493 sen an verbindliche Standards, Vorgaben
494 und Rückzahlungen gebunden werden.

495 Ansonsten soll deren Einsatz an Beschäf-
496 tigungssicherung, Qualifizierung, und
497 soziale Absicherung beschränkt bleiben.
498 Gewerkschaften und betriebliche Interes-
499 senvertretungen werden in die Kontrolle
500 wirtschafts- und strukturpolitischer För-
501 dermaßnahmen bislang nicht einbezogen.
502 Dies ist inakzeptabel, weil das struktur- und
503 wirtschaftspolitische Handeln des Staates
504 u.a. mit beschäftigungspolitischen Argu-
505 menten begründet wird. Gewerkschaften
506 und Betriebsräte haben die Kompetenz, zu
507 überprüfen, ob Arbeitnehmerschutzrechte
508 – die per Gesetz festgeschrieben sind – in
509 dem zu fördernden Betrieb eingehalten
510 werden. Insofern wäre es nur konsequent,
511 wenn die Beteiligung der Gewerkschaften
512 und der Betriebsräte verpflichtend für alle
513 Maßnahmen der nationalstaatlichen und
514 europäischen Wirtschaftsförderung einge-
515 bunden werden. Es gilt, ein Verfahren zu
516 entwickeln, das Unternehmen verpflichtet,
517 an allen Standorten Betriebsräte über be-
518 antragte Subventionen zu informieren und
519 das alle Subventionen gewährende Stellen
520 verpflichtet, vor Bewilligung die Arbeitneh-
521 mervertreter über ihre Gewerkschaften
522 anzuhören und zu beteiligen.

523 WIR BRAUCHEN SICHERE ARBEITSPLÄTZE
524 IN EINER STARKEN INDUSTRIE: Aktive In-
525 dustriepolitik bedeutet nicht nur politi-
526 sche Rahmenbedingungen für Investitio-
527 nen zu setzen, sondern auch aktives und
528 strategisches Handeln des Staates. Es ge-
529 nügt nicht, gute Arbeitsbedingungen als
530 Mittel zum Zweck der Fachkräftesicherung
531 zu behandeln. Vielmehr muss die gesam-
532 te Strategie als zentrales Ziel auf „Gute
533 Arbeit“ ausgerichtet sein. Daher müssen
534 staatliche Förderungen für Unternehmen
535 an Bedingungen geknüpft werden. Förde-
536 rung dürfen nur bewilligt werden, wenn

537 Unternehmen alle Bedingungen erfüllen, d.
538 h. Beschäftigungs-, Standortgarantien und
539 Garantien für Gute Arbeit (d. h. Mitbestim-
540 mung, Tarifbindung, Ausbildung). Die be-
541 währten Strukturen wie die Tarifautonomie
542 und Mitbestimmung können und sollten
543 genutzt werden.

544 Aktive Industriepolitik muss den Weg von
545 einer rein marktorientierten Klimapolitik
546 hin zu einem integrativen Ansatz weisen,
547 der Klima- und Energiepolitik mit industrie-
548 und strukturpolitischen Instrumenten ver-
549 bindet und die beschäftigungspolitische
550 Dimension in den Blick nimmt. Auch Sub-
551 ventionen an Unternehmen, die Ihre Wert-
552 schöpfungsketten klimaneutral transfor-
553 mieren wollen, sollten nur mit den oben
554 genannten Bedingungen der Guten Arbeit
555 verknüpft werden. Eine zukunftsfähige in-
556 dustrielle Basis einschließlich eines star-
557 ken Dienstleistungssektors, eines moder-
558 nen Handwerks und einer leistungsfähi-
559 gen öffentlichen Infrastruktur bleibt die
560 Erfolgsvoraussetzung unserer Wirtschaft.
561 Die regionale Wertschöpfung hat den wirt-
562 schaftlichen Nutzen, der durch die Produk-
563 tion und Verarbeitung von Rohstoffen und
564 Produkten in einer bestimmten Region ent-
565 steht. Sie ermöglicht, dass die Wirtschaft
566 und Gesellschaft in der Region wachsen
567 und sich entwickeln kann, ohne dass Wohl-
568 stand von außerhalb der Region abfließt.

569 WIR WOLLEN, DASS DIE POLITIK ... - den
570 Wandel aktiv begleitet und gestaltet, mit
571 Blick auf gute Arbeit der Zukunft und Kli-
572 maschutz.

573 Im Zentrum guter Industriepolitik stehen
574 stabile Arbeitsplätze und gute tarifvertrag-
575 lich abgesicherte Arbeitsbedingungen.

576 – alles daran setzt, die klimaneutrale Indus-
577 trie der Zukunft zu bauen. Es gilt, sie hier
578 bei uns in Deutschland und Europa zu hal-

579 ten, damit industrielle Wertschöpfung und
580 Beschäftigung in Deutschland eine Zukunft
581 haben – und der Wandel unseren sozialen
582 und ökologischen Standards gerecht wird.
583 – als industriepolitisches Augenmerk auf
584 die Stabilisierung von Lieferketten legt. Da-
585 zu braucht es gesamteuropäische Konzep-
586 te, um Abhängigkeiten und Umwelt- und
587 soziale Schäden zu reduzieren.
588 – die Transformation nicht den freien
589 Marktkräften überlässt, sondern sozial,
590 ökologisch und demokratisch gestal-
591 tet, mit den Beschäftigten gemeinsam.
592 Sonst drohen massive gesellschaftliche
593 Verwerfungen und Wohlstandsverluste.
594 – Eine aktive Industriepolitik vorantreibt,
595 mit Planungssicherheit, als kluge und ver-
596 lässliche Regulierung.
597 – Die Umsetzung des deutschen Liefer-
598 kettengesetzes und der europäischen Lie-
599 ferkettenrichtlinie durchsetzt. Sie sind In-
600 strumente, die Arbeitsbedingungen der Be-
601 schäftigten entlang globaler Wertschöp-
602 fungsketten im Sinne der Beschäftigten zu
603 beeinflussen.
604 – Die aktive deutsche Industriepolitik in ei-
605 ne gesamtheitliche europäische Industrie-
606 politik einbettet, nach dem Vorbild des IRA
607 in den USA
608 – weiter Förderinstrumente auf den Weg
609 bringt, die Standorte, Beschäftigung und
610 gute Arbeit sichern und zukunftsfest wei-
611 terentwickeln, die an Kriterien sozial ver-
612 antwortlicher und nachhaltiger Unterneh-
613 mensführung orientiert sind, den ökolo-
614 gischen Umbau fördern und vollständi-
615 ge industrielle Wertschöpfungsketten in
616 Deutschland bzw. Europa zum Ziel haben.
617 – dass Herausforderungen insbesondere
618 der Digitalisierung und des Klimawandels
619 mit Technologien „Made in Germany“ und
620 mit „Guter Arbeit“ bewältigt werden. Diese

621 Chancen sind sicherzustellen.

622 WIR BRAUCHEN MEHR TARIFBINDUNG:

623 Die Tarifbindung ist ein zentrales Element
624 für die Sicherung fairer Arbeitsbedingun-
625 gen. Wir setzen uns dafür ein, dass die
626 Tarifbindung in allen Branchen gestärkt
627 wird, denn das deutsche Modell der Tarif-
628 und Betriebspartnerschaft ist ein Erfolgs-
629 modell. Gerade auch in Zeiten von Krisen.
630 Die Beschäftigten verstehen das und sie er-
631 leben es jeden Tag in vielen unterschied-
632 lichen Wirtschaftsbranchen, denn gute Ar-
633 beit gibt es nur mit guten Tarifverträgen. Im
634 Schnitt bekommen Arbeitnehmende 844
635 Euro mehr Entgelt, wenn sie in einem Be-
636 trieb mit Tarifvertrag beschäftigt sind. Auch
637 die Arbeitsbedingungen sind mit Tarifver-
638 trag deutlich besser. Tarifverträge regeln
639 wesentlich mehr als nur Lohn und Gehalt.
640 Sie bieten den Arbeitnehmenden etwa bei
641 Arbeitszeit und Urlaub deutlich bessere
642 Konditionen als die gesetzlichen Vorga-
643 ben und sorgen auch bei Qualifizierung
644 oder Altersversorgung, Zahlung von Zula-
645 gen und Zuschlägen, beim Krankengeldzu-
646 schuss oder tariflichen Regelungen für El-
647 tern oder pflegende Angehörige für besse-
648 re Bedingungen oder sie regeln Personal-
649 bemessung und sichern Beschäftigung. Ta-
650 rifverträge ermöglichen eine stabile Unter-
651 nehmensplanung und sichern die Innova-
652 tionsfähigkeit der Unternehmen. Und sie
653 sind viel besser geeignet, die unterschiedli-
654 chen Realitäten in den Betrieben und Bran-
655 chen abzubilden, als es jede gesetzliche Re-
656 gelung könnte. Tarifverträge sind so flexibel
657 wie unsere Arbeitswelt divers ist.

658 Gegen alle Vernunft hat die Tarifbindung
659 aber in Deutschland weiter abgenommen.
660 Nur die Hälfte der Beschäftigten fallen heu-
661 te noch unter den Schutz von Tarifverträ-
662 gen. Nur noch in einem Viertel aller deut-

663 schen Betriebe gibt es überhaupt noch ei-
664 nen Tarifvertrag. Diese Entwicklung ist be-
665 drohlich, denn mit ihr ist eine fühlbare
666 Schlechterstellung der Beschäftigten ver-
667 bunden. Betriebe ohne Tarifvertrag haben
668 deutlich schlechtere Lohn- und Arbeitsbe-
669 dingungen als vergleichbare Betriebe mit
670 Tarifbindung.

671 Nach einer Studie des Wirtschafts- und So-
672 zialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der
673 Hans-Böckler-Stiftung arbeiten Vollzeitbe-
674 schäftigte in tariflosen Betrieben wöchent-
675 lich im Durchschnitt fast eine Stunde län-
676 ger und verdienen zudem 11 Prozent weni-
677 ger als Beschäftigte in vergleichbaren Be-
678 trieben mit Tarifbindung. Dieser Entwick-
679 lung muss entschlossen entgegengetreten
680 werden.

681 Wir fordern ein eindeutiges, klares Signal
682 an die Menschen in unserem Land, dass
683 es 2024 einen Aufbruch für mehr Gerech-
684 tigkeit und Fairness in der Arbeitswelt ge-
685 ben wird. Heute setzen FDP und Arbeit-
686 geber alles daran, dieses Ziel über einen
687 möglichst hohen Schwellenwert zu torpe-
688 dieren. Wer Tariftreue nur bei Aufträgen
689 über 50.000 Euro und mehr für angemes-
690 sen hält, der entzieht in Wirklichkeit staat-
691 liche Aufträge im Wert von zig Millionen
692 Euro dem Tarifgebot. Dies ist völlig inak-
693 zeptabel. Denn Tariffucht verursacht heute
694 schon einen volkswirtschaftlichen Schaden
695 von 130 Mrd. Euro jedes Jahr. Wir brauchen
696 schnell ein Tariftreuegesetz für die Stabi-
697 lität der Arbeits- und Lebensverhältnisse,
698 für die Zustimmung zu unserer Demokratie
699 und für die Akzeptanz der Sozialen Markt-
700 wirtschaft ohne Schlupflöcher und Ausnah-
701 men, wie etwa für Subunternehmer oder
702 Start-ups.

703 Auf europäischer Ebene hat der Rat der Eu-
704 ropäischen Union bereits am 4. Oktober

705 2022 mit einer EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne (EU-RL 2022/2041) die Mitgliedstaaten verpflichtet, bei einer Tarifbindungsquote von unter 80%, einen nationalen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverträgen zu erstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Tarifbindung in allen Branchen gestärkt wird. Dies kann durch gesetzliche Regelungen geschehen, die Unternehmen dazu verpflichten, Tarifverträge einzuhalten und tarifgebundene Löhne zu zahlen. Zudem sollten Anreize geschaffen werden, um Unternehmen zur Tarifbindung zu bewegen. Die AfA hat dazu ein 10-Punkte-Aktionsprogramm mit Maßnahmen zur aktiven Förderung der Tarifbindung vorgeschlagen.

722 Insbesondere fordern wir, dass umgehend nachfolgende Maßnahmen umgesetzt werden:

725 – KRITERIEN GUTER ARBEIT BEI ÖFFENTLICHE AUFTRAGSVERGABE ZWINGEND BERÜCKSICHTIGEN.

728 Das öffentliche Auftragswesen bietet dem Staat ein großes ökonomisches Steuerungs-potenzial, um gute Arbeitsbedingungen zu fördern. In der Praxis werden die hiermit verbundenen Möglichkeiten derzeit jedoch nur eingeschränkt genutzt. Dies gilt sowohl für die vergabespezifischen Mindestlöhne als auch für die Regelungen zur Tariftreue. Wir fordern Tariftreuevorgaben, die sich auf repräsentative Tarifverträge beziehen und eine gesetzlich stärkere Bindung zur Tariftreuregelung sowie zu Kriterien unbefristeter Beschäftigung, Ausbildung und Standortperspektiven bei Auftragsvergaben auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene

744 – KEIN STAATLICHER EURO OHNE TARIFVERTRAG

746 Bei der Tarifbindung werden Bund, Länder

747 und Kommunen als Arbeit- und Auftragge-
748 ber mit gutem Beispiel vorangehen. Staatli-
749 che Ausgaben dürfen nicht länger für Lohn-
750 und Sozialdumping missbraucht werden.
751 Deshalb werden wir ein Bundestariftreue-
752 gesetz, in dem Auftragsvergaben des Bun-
753 des entlang der Wertschöpfungskette an
754 die Einhaltung der Mindeststandards der
755 einschlägigen Tarifregelung der betreffen-
756 den Branche gekoppelt werden, verabschie-
757 den. Auch auf kommunaler und Landesebe-
758 ne müssen Tariftreueregelungen verpflich-
759 tend werden. Staatliche Subventionen und
760 Förderungen werden fortan an die Tarif-
761 treue von Unternehmen gekoppelt.

762 – VERBANDSKLAGERECHT FÜR GEWERK- 763 SCHAFTEN EINFÜHREN

764 Wir werden ein arbeitsrechtliches Ver-
765 bandsklagerecht für zuständige, ggf. im
766 Betrieb vertretene Gewerkschaften geben,
767 um kollektiv die Einhaltung von Tarifverträ-
768 gen oder gesetzlichen Mindeststandards
769 einklagen zu können. Immer wieder gibt es
770 Arbeitgeber, die tarifvertragliche Regelun-
771 gen und gesetzliche Mindeststandards des
772 Arbeitsrechts verletzen. Arbeitnehmende
773 dürfen nicht darauf verwiesen werden,
774 auf Verbesserungen selbst hinwirken und
775 diese selbst einklagen zu müssen.

776 WIR BRAUCHEN DIE STÄRKUNG DER AR- 777 BEITNEHMER:INNEN IN DEN BETRIEBS-, 778 PERSONAL- UND AUFSICHTSRÄTEN.

779 Wir fordern, dass die Mitbestimmung der
780 Beschäftigten in Unternehmen gestärkt
781 wird. Arbeitnehmervertretungen müssen
782 in Entscheidungsprozesse einbezogen wer-
783 den, um die Interessen der Beschäftigten
784 zu wahren. Dies sollte auch die Förderung
785 von Betriebs- und Personalräten und an-
786 deren Formen der Mitbestimmung umfas-
787 sen. Deshalb brauchen wir stärkere Mit-
788 bestimmungsrechte der Betriebs- und Per-

789 sonalräte, damit betriebliche Zukunftsver-
790 einbarungen, die mittel- und langfristi-
791 ge Investitionsentscheidungen, Standorts-
792 cherung, Kündigungsschutz und verbindli-
793 che Personal- und Qualifizierungsplanung-
794 und Entwicklung beinhalten, wenn nötig
795 auch erzwingbar vereinbart werden kön-
796 nen. Insbesondere fordern wir,
797 – ein eigenständiges Recht der Betriebsräte
798 auf Erstellung eines Zukunfts- und ggf. Re-
799 strukturierungskonzepts mit externer Be-
800 ratung
801 – zwingendes Mitbestimmungsrecht beim
802 Interessenausgleich und bei Beschäfti-
803 gungssicherungsmaßnahmen
804 – eine Erweiterung der Mitbestimmung
805 von Betriebsräten bei Maßnahmen zur
806 Beschäftigungssicherung, bei Betriebsän-
807 derungen (Umorganisation, Produktions-
808 verlagerungen, Beschäftigungsabbau) und
809 durch ein zwingendes Mitbestimmungs-
810 recht beim Interessenausgleich
811 – dass Maßnahmen der Beschäftigungs-
812 sicherung, z.B. eine Beschäftigungs- und
813 Qualifizierungsgesellschaft, als Teil des So-
814 zialplanes vom Betriebsrat durchgesetzt
815 werden können.
816 – dass die Widerspruchsgründe bei Kün-
817 digungen, z.B. bei Entlassungen trotz
818 „schwarzer Zahlen“ erweitert werden
819 – die Stärkung der Wirtschaftsdemokra-
820 tie. Mitbestimmung ist ein Pluspunkt im
821 deutschen System und leistet ihren Beitrag
822 zur nachhaltigen Gestaltung unserer In-
823 dustrie. Sie wirkt im Interesse der Beschäf-
824 tigten auf die Unternehmenspolitik ein und
825 stärkt so mittel- bis langfristige Invest-
826 itionsentscheidungen, die für Innovations-
827 prozesse von großer Bedeutung sind. Ei-
828 ne Gestaltung der industriellen Beziehun-
829 gen nach wirtschaftsdemokratischen Prin-
830 zipien ist nicht nur in den Betrieben, son-

831 dern auch in Branchen bzw. in Clustern und
832 darüber hinaus erforderlich.

833 – eine härtere Bestrafung von Behinderung
834 gewerkschaftlicher Arbeit und bei Behinde-
835 rung von Betriebsräten sowie Betriebsrats-
836 gründungen

837 Empfänger:

838 SPD-Bundesparteitag

839 SPD-Parteikonvent

840 SPD-Parteivorstand

841 SPD-Bundestagsfraktion,

842 SPD-Landesparteitag RLP

843 SPD-Landtagsfraktion RLP

844 SPD-Landesvorstand RLP

Antrag 2025/A/3
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme und Überweisung an den Bundesparteitag**Bessere Arbeitgeberbezahlung statt ergänzendes Bürgergeld**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
2 In den letzten Jahren haben viele Ar-
3 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit
4 stagnierenden Löhnen und steigenden
5 Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Dies
6 führt dazu, dass viele auf ergänzende
7 staatliche Leistungen angewiesen sind, um
8 ihren Lebensunterhalt zu sichern.
9 Seit Anfang 2023 hat das Bürgergeld in
10 Deutschland das Arbeitslosengeld II abge-
11 löst, auch bekannt als Hartz IV. Bürger-
12 geld ist nicht nur in der Arbeitslosigkeit er-
13 hältlich, sondern auch, wenn das Gehalt
14 nicht die Lebenshaltungskosten deckt. Be-
15 rufstätige dürfen einen sogenannten Er-
16 gänzungsbetrag beim Jobcenter beantra-
17 gen, um ihr Gehalt aufzustocken.
18 Bedeutung des Bürgergelds in der Erwerbs-
19 tätigkeit:
20 Der Zuschuss zum Lohn durch Bürgergeld
21 ist eine Leistung, die Geringverdiener un-
22 terstützen soll. Selbst wenn du einer Arbeit
23 nachgehst, reicht dein Einkommen mögli-
24 cherweise nicht aus, um deinen Lebensun-
25 terhalt vollständig zu decken. In solchen
26 Fällen greift das Bürgergeld als ergänzen-
27 de Unterstützung. Der Staat leistet sozu-
28 sagen einen Zuschuss, um das Einkom-
29 men auf ein angemessenes Niveau anzuhe-
30 ben. Diese Leistung ist Teil des sogenann-
31 ten ergänzenden Bürgergeldes, das gezielt
32 Menschen unterstützt, deren Erwerbsein-
33 kommen unterhalb des Existenzminimums
34 liegt. Dies gilt sowohl für Vollzeit- als auch

35 für Teilzeitbeschäftigte.

36 Mehr als ein Viertel aller Empfänger*in-
37 nen des Bürgergelds ist erwerbstätig, so-
38 wohl Arbeitnehmende als auch Selbststän-
39 dige. Sie bilden die Gruppe der sogenann-
40 ten Aufstocker*innen. Aufstocken bedeu-
41 tet, dass das vorhandene Erwerbseinkom-
42 men nicht ausreicht, um Miete, Essen und
43 andere lebensnotwendige Dinge zu bezah-
44 len. Dies ist häufig bei Minijobs, Midijobs
45 oder bei Zahlung des Mindestlohns der Fall.
46 Durch eine finanzielle Förderung stocken
47 die Bürgergeld-Beziehenden ihr geringes
48 Einkommen bis zur Bedarfsobergrenze auf.
49 Wir, die AfA, sind der Überzeugung, dass die
50 Lösung nicht in einer weiteren Aufstockung
51 durch den Staat liegt, sondern in der Ver-
52 antwortung der Arbeitgeber, faire und an-
53 gemessene Löhne zu zahlen. Damit errei-
54 chen wir:

55 1. Erhöhung der Lebensqualität: Durch ei-
56 ne bessere Bezahlung können Beschäftigte
57 ihre Grundbedürfnisse decken und ihre Le-
58 bensqualität nachhaltig verbessern.

59 2. Stärkung der Wirtschaft: Höhere Löhne
60 führen zu einer stärkeren Kaufkraft, was
61 sich positiv auf die lokale Wirtschaft aus-
62 wirkt.

63 3. Reduzierung der Abhängigkeit von staat-
64 licher Unterstützung: Eine faire Bezahlung
65 verringert die Notwendigkeit für ergänzen-
66 des Bürgergeld und entlastet somit die öf-
67 fentlichen Kassen.

68 4. Förderung von sozialer Gerechtigkeit: Ei-
69 ne gerechte Entlohnung ist ein wichtiger
70 Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit
71 und Chancengleichheit in der Gesellschaft.
72 Wir fordern:

73 – Es darf nicht sein, dass Arbeitgeber sich
74 mithilfe des Staates einen Teil ihrer Lohn-
75 kosten auf Kosten der steuerzahlenden
76 Bürger gleichsam sozialisieren können -

77 und sich damit gegenüber Unternehmen
78 einen Vorteil verschaffen, die sich seriös
79 verhalten und Tariflöhne zahlen.

80 – dass sich die politischen Entscheidungs-
81 träger für eine stärkere Tarifbindung dieser
82 Betriebe einsetzen und nachfolgende Maß-
83 nahmen umsetzen:

84 1. Die Erklärung der Allgemeinverbindlich-
85 keit von Tarifverträgen muss erleichtert
86 werden, um der Tarifflucht von immer mehr
87 Unternehmen in eigentlichen tarifgebun-
88 denen Branchen entgegenzuwirken. Wenn
89 Tarifverträge für allgemeinverbindlich er-
90 klärt werden, sind sie auch für tariflose
91 Unternehmen in der Branche verpflichtend
92 und auch auf Entsendefirmen anwend-
93 bar. Darüber hinaus muss das Veto-Recht
94 für Arbeitgeber im Tarifausschuss aufge-
95 hoben und eine Klarstellung und Erweite-
96 rung der gesetzlichen Anforderungen ge-
97 schaffen werden. Auch arbeitnehmerähn-
98 liche Personen sollten von Allgemeinver-
99 bindlicherklärungen erfasst werden kön-
100 nen.

101 2. Bei der Tarifbindung werden Bund, Län-
102 der und Kommunen als Arbeit- und Auf-
103 traggeber mit gutem Beispiel vorangehen.
104 Staatliche Ausgaben dürfen nicht länger
105 für Lohn- und Sozialdumping missbraucht
106 werden. Deshalb werden wir ein Bundes-
107 tariftreuegesetz, in dem Auftragsvergaben
108 des Bundes entlang der Wertschöpfungs-
109 kette an die Einhaltung der Mindeststan-
110 dards der einschlägigen Tarifregelung der
111 betreffenden Branche gekoppelt werden,
112 verabschieden. Auch auf kommunaler und
113 Landesebene müssen Tariftreueregelungen
114 verpflichtend werden. Staatliche Subven-
115 tionen und Förderungen werden fortan an
116 die Tariftreue von Unternehmen gekoppelt.
117 Wir sind überzeugt, dass eine bessere Ar-
118 beitgeberbezahlung eine nachhaltige Lö-

119 sung darstellt, um die Lebensqualität der
120 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu
121 erhöhen und gleichzeitig die wirtschaftli-
122 che Stabilität zu fördern.

123

124 Empfänger:

125 SPD-Landesparteitag Rheinland-Pfalz

126 SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

127 SPD-Landesvorstand Rheinland-Pfalz

128 SPD-Parteivorstand

129 SPD-Bundesparteitag

Antrag 2025/A/4
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme und Überweisung an die Pro-
grammkommission für das LTW-Programm**Bildungsurlaub als Chance in vollem Umfang nutzen!**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
2 Die SPD-Landtagsfraktion sowie das sozi-
3 aldemokratisch geführte Ministerium für
4 Arbeit, Soziales, Transformation und Digi-
5 talisierung sollen sich aktiv dafür einset-
6 zen, die Nachfrage nach Bildungsurlaub un-
7 ter den Arbeitnehmer:innen in Rheinland-
8 Pfalz wieder zu steigern. Von über zwei Mil-
9 lionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz
10 nutzen lediglich ein bis drei Prozent ihren
11 Anspruch auf Bildungsurlaub gemäß dem
12 Bildungsfreistellungsgesetz (BFG) vom 30.
13 März 1993. Hauptursache für diese gerin-
14 ge Nachfrage sehen wir in der unzurei-
15 chenden Bekanntheit des Gesetzes, den
16 bürokratischen Hürden und den Nachwir-
17 kungen der Corona-Pandemie. Dies wird
18 auch im neuesten Bericht der Landesregie-
19 rung über das BFG für die Jahre 2021/2022
20 deutlich. Angesichts der Herausforderun-
21 gen durch den demographischen Wan-
22 del, technologischen Fortschritt und ge-
23 sellschaftlichen Veränderungen ist es un-
24 erlässlich, alle Chancen zur Weiterbildung
25 zu nutzen und bestehende Angebote bes-
26 ser auszuschöpfen.
27 Wir fordern daher von den Entscheidungs-
28 träger:innen auf Landes- und Bundesebene
29 die Umsetzung folgender fünf Punkte:
30 1. Informationskampagne Rheinland-Pfalz
31 Die Regelungen zur Bildungsfreistellung in
32 Rheinland-Pfalz zählen zu den besten in
33 Deutschland. Es ist bedauerlich, dass die
34 Nachfrage auf so niedrigem Niveau ver-

35 harrt.

36 Wir fordern eine umfassende Informations-
37 kampagne, die folgende Maßnahmen um-
38 fasst:

- 39 • Veranstaltungen in Betrieben in Zusam-
40 menarbeit mit den Sozialpartnern und Be-
41 triebsparteien
- 42 • Werbeflächen in Städten und Gemeinden
- 43 • Öffentlich zugängliche digitale und ge-
44 druckte Medien

45 Ziel der Kampagne ist es, die Nachfra-
46 ge bei den Arbeitnehmer:innen wieder zu
47 steigern, um mindestens das Vor-Corona-
48 Niveau zu erreichen.

49 2. Veranstaltungsangebot im politischen,
50 beruflichen und gesellschaftlichen Bereich
51 Im fünften Bericht der Landesregierung
52 zum BFG wird festgestellt, dass von 6.027
53 angebotenen Veranstaltungen 80,1% der
54 beruflichen Weiterbildung, 17,9% der ge-
55 sellschaftspolitischen Weiterbildung und
56 2,1% beiden Bereichen zuzuordnen sind. Als
57 Sozialdemokrat*innen betonen wir die Be-
58 deutung der politischen und gesellschaft-
59 lichen Weiterbildung der Arbeitnehmer*in-
60 nen abseits ihres Berufs. Wir fordern die
61 Entscheidungsträger*innen daher auf, die
62 politische Weiterbildung so zu fördern, dass
63 ein ausgewogenes Angebot zwischen be-
64 ruflicher und gesellschaftspolitischer Wei-
65 terbildung entsteht.

66 3. Teilnahme nach Geschlecht, Alter, Be-
67 triebgröße, Beschäftigungsbereich und -
68 status

69 Es darf keine erheblichen strukturellen Un-
70 terschiede in der Inanspruchnahme des Bil-
71 dungsurlaubs zwischen den Beschäftigten-
72 gruppen geben. Es bedarf realer Möglich-
73 keiten der Teilnahme für alle Beschäftig-
74 ten sowie attraktiver Angebote für diverse
75 Zielgruppen. Der Bericht der Landesregie-
76 rung über das BFG für die Jahre 2021/2022

77 zeigt, dass unter anderem der Anteil der
78 Frauen unter den Teilnehmenden auf 41,9
79 Prozent gesunken ist, während der Anteil
80 der Männer auf 58,1 Prozent gestiegen ist.
81 Wir fordern die Begleitkommission des BFG
82 gemeinsam mit dem Ministerium für Ar-
83 beit, Soziales, Transformation und Digitali-
84 sierung auf, strukturelle Probleme zu iden-
85 tifizieren und konstruktive Lösungsansätze
86 zu entwickeln, die in die künftige Ausge-
87 staltung der Bildungs-freistellung einflie-
88 ßen.

89 4. Auszubildende voll berücksichtigen

90 Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BFG haben Arbeit-
91 nehmer*innen Anspruch auf zehn Arbeits-
92 tage Bildungsfreistellung alle zwei Jahre.
93 Für Auszubildende gilt jedoch § 2 Abs. 3
94 Satz 1 BFG, wonach sie nur fünf Tage im
95 Ausbildungsjahr für gesellschaftspolitische
96 Weiterbildung in Anspruch nehmen kön-
97 nen, sofern das Ausbildungsziel nicht ge-
98 fährdet wird. Wir fordern die Gleichstel-
99 lung von Arbeitnehmern und Auszubilden-
100 den im Bildungsurlaub und eine Novellie-
101 rung des BFG, um den Auszubildenden den
102 gleichen Anspruch auf Bildungsurlaub zu
103 gewähren.

104 5. BUG perspektivisch reformieren und ak- 105 tualisieren

106 Der Bildungsurlaub war mal als Bundesge-
107 setz geplant, das an das Urlaubsgesetz ge-
108 koppelt werden sollte. Da sich das Kabinett
109 der Bundesregierung in den 1960er Jahren
110 allerdings nicht einigen konnte, haben die
111 Bundesländer in den 1970er den Bildungs-
112 urlaub zur Ländersache erklärt. Dies führ-
113 te zu unterschiedlichen Regelungen in den
114 Bundesländern, zum Nachteil der Arbeit-
115 nehmer in Bayern und Sachsen, wo es bis
116 heute keine Regelungen zur Bildungsfrei-
117 stellung gibt. Angesichts der erforderlichen
118 Novellierung des BUG aufgrund von EU-

119 Richtlinien und aktueller Rechtsprechung
120 fordern wir die SPD-Mitglieder im Bun-
121 desrat, der Bundesregierung und der SPD-
122 Bundestagsfraktion auf, die Einführung ei-
123 nes Mindestanspruchs auf Bildungsfrei-
124 stellung im BUG zu prüfen. Eine Schlechter-
125 stellung der Arbeitnehmer*innen durch Re-
126 gelungen, die die bestehenden Länderge-
127 setze außer Kraft setzen, darf dabei jedoch
128 nicht erfolgen.

129

130 Empfänger:

131 SPD-Landesparteitag Rheinland-Pfalz

132 SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

133 SPD-Landesvorstand Rheinland-Pfalz

134 SPD-Parteivorstand

135 SPD-Bundesparteitag

136 SPD-Bundestagsfraktion

B Bundespolitik**Antrag 2025/B/1****Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion****Das Recht auf Wohnen - Für bezahlbaren Wohnraum in Rheinland-Pfalz und bundesweit!**

1 Wohnen ist mehr als nur ein Dach über
2 dem Kopf. Es ist die Grundlage/Basis für
3 ein selbstbestimmtes Leben, für Sicherheit,
4 Würde und Gemeinschaft. Immer mehr
5 Menschen stehen unter Druck- auch in
6 Rheinland-Pfalz: Mieten steigen, Wohnun-
7 gen werden knapp und viele Familien, Stu-
8 dierende, Auszubildende und Rentner*in-
9 nen kämpfen verzweifelt um ein Zuhau-
10 se, das sie sich leisten können. Unser An-
11 liegen ist es, das Recht auf Wohnen als
12 Grundpfeiler unserer Gesellschaft zu stär-
13 ken und konkrete Maßnahmen zu fordern,
14 damit bezahlbarer Wohnraum für alle Men-
15 schen Realität wird.

16 Dieses Unrecht dürfen wir nicht länger hin-
17 nehmen. Das Recht auf Wohnen ist in un-
18 serer Gesellschaft ein Grundrecht, das je-
19 dem Menschen zusteht – unabhängig von
20 Einkommen, Herkunft oder Alters ist an der
21 Zeit, dieses Recht auch rechtlich zu veran-
22 kern und aktiv für eine gerechtere, solida-
23 rische Wohnpolitik einzutreten. Jede und
24 jeder verdient es, in einer Stadt oder Ge-
25 meinde zu leben, die bezahlbar, lebenswert
26 und gerecht ist. Wohnen darf kein Luxus
27 sein, sondern ein Grundrecht, das wir ge-
28 meinsam verteidigen. Die aktuelle Situati-
29 on in zeigt: Wenn wir nicht handeln, wer-
30 den soziale Spaltung, Verdrängung und Ar-
31 mut weiter zunehmen.

32 Daher fordern wir:

33 • Das Recht auf Wohnen als Staatsziel ver-
34 ankern: Wir fordern die Landesregierung

35 auf, das Recht auf bezahlbaren und ange-
36 messenen Wohnraum als Staatsziel zu er-
37 klären. Die Landesregierung soll eine Initia-
38 tive, dieses Staatsziel in der Landesverfas-
39 sung des Landes Rheinland-Pfalz zu veran-
40 kern, auf den Weg bringen. Darüber hinaus
41 soll die Landesregierung sich analog für die
42 Verankerung des Rechts auf Wohnen in das
43 Grundgesetz einsetzen.

44 • Ausbau des sozialen und gemeinwohl-
45 orientierten Wohnungsbaus: Wir brauchen
46 mehr bezahlbare Wohnungen, die nicht
47 dem Profit, sondern den Menschen dienen.
48 Deshalb fordern wir eine nachhaltige Förde-
49 rung von sozialem Wohnungsbau.

50 • Stärkere Mietregulierung: Die Mietpreis-
51bremse muss verschärft und konsequent
52 durchgesetzt werden. Mietendeckel, die
53 Mieterinnen und Mieter vor überhöhten
54 Mieten schützen, sind dringend notwen-
55 dig, um die soziale Spaltung zu verhindern.

56 • Flächen- und Baulandpolitik: Wir fordern
57 die Beendigung des spekulativen Handelns
58 mit Bauland und eine nachhaltige Flächen-
59 nutzungspolitik. Nur so können wir den
60 Bau neuer Wohnungen beschleunigen und
61 gleichzeitig unsere Natur und unsere Le-
62 bensqualität bewahren.

63 • Partizipation und Mieter*innenrechte
64 stärken: Menschen vor Ort müssen bei
65 Stadtentwicklung, Sanierungen und neu-
66 en Bauprojekten mitreden können. Ihre
67 Stimmen zählen – für eine lebendige,
68 solidarische Gemeinschaft.

69 Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass
70 wieder mehr Gerechtigkeit beim Wohnen
71 herrscht. Lasst uns dafür sorgen, dass nie-
72 mand in Armut oder Angst leben muss, nur
73 weil er oder sie ein Zuhause sucht. Gemein-
74 sam können wir eine Gesellschaft gestal-
75 ten, in der Wohnen wieder für alle bezahl-
76 bar ist – für eine Zukunft, in der niemand

77 zurückgelassen wird.

|

Antrag 2025/B/2**AfA RLP****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Bundestagsfraktion****Neue Messgrößen von Wohlstand**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür
- 3 einsetzen, geeignete Wohlstandsindikato-
- 4 ren für Deutschland zu identifizieren, die
- 5 in der Lage sind, das Bruttoinlandsprodukt
- 6 als Hauptindikator für Veränderungen oder
- 7 Steigerungen der gesellschaftlichen Leis-
- 8 tungsfähigkeit zu ersetzen.
- 9 Die Abkehr vom Bruttoinlandsprodukt als
- 10 zentrale wirtschaftliche Steuerungsgröße
- 11 und die Einführung von Entwicklungsin-
- 12 dikatoren würde dazu beitragen, die öko-
- 13 logischen Schäden des Wirtschaftswachs-
- 14 tums transparent darzustellen und essenzi-
- 15 elle Faktoren wie Klimaschutz, Gesundheit
- 16 und Bildung angemessen zu berücksichti-
- 17 gen. Dies ist entscheidend, um langfristig
- 18 eine verantwortungsvolle und nachhaltige
- 19 Industriepolitik zu gestalten.
- 20 Neuseeland, Mitglied der sogenannten
- 21 Wellbeing Alliance, dient hierbei als
- 22 Beispiel. Dort werden Haushaltsmittel be-
- 23 reitgestellt, um spezifische Wohlfahrtsziele
- 24 zu erreichen, wie etwa die Förderung der
- 25 psychischen Gesundheit oder das Wohl-
- 26 ergehen von Kindern. Der Erfolg dieser
- 27 Maßnahmen wird systematisch gemessen
- 28 und evaluiert. Darüber hinaus sollten bei
- 29 der Entwicklung neuer Wohlstandsindika-
- 30 toren auch folgende Ansätze in Betracht
- 31 gezogen werden:
- 32 • Brutto-Ökosystemprodukt (Gross Ecosys-
- 33 tem Product, GEP)
- 34 • Human Development Index (HDI)
- 35 • Better Life Index der OECD

- 36 • Recoupling Dashboard
- 37
- 38 Empfänger:
- 39 SPD-Bundesparteitag
- 40 SPD-Parteikonvent
- 41 SPD-Parteivorstand
- 42 SPD-Bundestagsfraktion
- 43 SPD-Landesparteitag RLP

Antrag 2025/B/3
AG60 plus RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme und Überweisung an die Land-
tagsfraktion und die Bundestagsfraktion**EU- und Bundestagswahl: Briefwahlstimmen in Ortsgemeinden statistisch berücksichtigen**

1 Wir fordern die Landesregierung und den
2 Landtag von RLP auf, über eine Bundes-
3 ratsinitiative das Bundeswahlgesetz so zu
4 ändern, dass wie bei den Landtags- und
5 Kommunalwahlen in RLP die Urnenwahl-
6 stimmen gemeinsam mit den Briefwahl-
7 stimmen auf Wahlbezirksebene ausgezählt
8 werden. Damit wird sichergestellt, dass
9 durch unvollständige Auszählungsergeb-
10 nisse kein falsches Bild in der Öffentlichkeit
11 entsteht!

12

13 Begründung

14 Bei den veröffentlichten Wahlergebnissen
15 der Ortsgemeinden gab es bei der EU-Wahl
16 2024 und Bundestagswahl 2025 viel Un-
17 mut in der Bevölkerung, weil die Statistiken
18 nur die Urnenwahlstimmen berücksichtigt
19 hatten und die Briefwahlstimmen nur auf
20 VG-Ebene eingeflossen sind. In der Statistik
21 für die Ortsgemeinden war zwar der Hin-
22 weis 11Nur Urnenwahl, ohne Briefwahl"ge-
23 geben, jedoch wird damit die Statistik für
24 die Ortsgemeinden bis zur Unkenntlichkeit
25 verfälscht! Beispiel: Der Briefwahlanteil in
26 der Südpfalz war für die EU-Wahl 2024 sehr
27 hoch: Landkreis SüW: 58,7%; Landkreis GER:
28 58,5%; Stadt LD: 49,8%!

E Europa und Internationales

Antrag 2025/E/1

Jusos RLP

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

Solidarischer Wiederaufbau Syriens – für eine friedliche und gerechte Zukunft

1 Der Bürgerkrieg in Syrien brach im Jahr 2011
2 im Zuge des Arabischen Frühlings aus –
3 einer Welle von Protesten gegen autoritä-
4 re Regime in der arabischen Welt. In Syri-
5 en richteten sich die Demonstrationen ge-
6 gen das Regime von Baschar al-Assad, das
7 seit Jahrzehnten durch politische Repressi-
8 on, fehlende Meinungsfreiheit und einen
9 mächtigen Sicherheitsapparat geprägt war.
10 Die sozialen Spannungen im Land hatten
11 sich zuvor bereits durch wirtschaftliche Un-
12 gleichheit, hohe Arbeitslosigkeit und eine
13 langanhaltende Dürre verschärft, die viele
14 Menschen in Armut gestürzt hatte. Der un-
15 mittelbare Auslöser des Konflikts war das
16 brutale Vorgehen des Regimes gegen De-
17 monstrierende in der Stadt Daraa, nach-
18 dem Kinder regierungskritische Graffiti ge-
19 sprüht hatten. Aus zunächst friedlichen
20 Protesten entwickelte sich ein bewaffneter
21 Aufstand, der in einen langjährigen Bürger-
22 krieg mündete. Dabei spielten auch kon-
23 fessionelle Spannungen zwischen der ala-
24 witischen Führung und der sunnitischen
25 Bevölkerungsmehrheit eine Rolle. Im wei-
26 teren Verlauf wurde der Konflikt zuneh-
27 mend durch internationale Akteure beein-
28 flusst: Russland und der Iran unterstütz-
29 ten das Assad-Regime, während westliche
30 Staaten, die Türkei und Golfstaaten ver-
31 schiedene Oppositionsgruppen förderten.
32 Später verschärfte die Ausbreitung extre-
33 mistischer Gruppen wie dem sogenannten
34 Islamischen Staat die Situation zusätzlich.

Z. 89 ff “Eine weitere Stärkung des
entwicklungspolitischen Engagements
Deutschlands in Syrien, insbesondere den
Maßnahmen mit Fokus auf Armutsbe-
kämpfung, Förderung von Bildung und
dem Aufbau von Arbeitsplätzen.”

Z.121 ersetzen durch: “7. Grundsätzlich kei-
ne Abschiebungen nach Syrien.”

Z.198 bis 200 streichen: “Gleichzeitig sen-
den wir ein klares Signal: Abschiebungen
nach Syrien sind untragbar.”

35 Der syrische Bürgerkrieg ist ein komplexer,
36 international verflochtener Konflikt mit ka-
37 tastrophalen humanitären Folgen. Millio-
38 nen sind geflüchtet, Hunderttausende ge-
39 storben, ganze Städte liegen in Trümmern.
40 Nach dem Fall des autoritären Assad- Re-
41 gimes und der Machtübernahme durch ei-
42 ne zivile Übergangsregierung unter Ahmad
43 al- Sharrah und ehemaligen syrischen Op-
44 positionsgruppen eröffnet sich nun die his-
45 torische Chance, Syrien neu und demokra-
46 tisch aufzubauen. Dieser Wendepunkt ver-
47 langt internationale Solidarität.

48 Die derzeitige Übergangsregierung unter
49 Ahmad al-Sharrah ist nicht unumstritten.
50 Einzelne Akteure stehen in Verbindung mit
51 der islamistischen Miliz Hayat Tahrir al-
52 Sham (HTS), die weiterhin Einfluss in Tei-
53 len des Landes ausübt. Die aktuell gelten-
54 de „Übergangsverfassung“ orientiert sich
55 in weiten Teilen am islamischen Recht, was
56 insbesondere aus frauen- und menschen-
57 rechtlicher Perspektive kritisch zu bewer-
58 ten ist. Eine demokratische Entwicklung Sy-
59 riens kann nur dann gelingen, wenn Grund-
60 und Freiheitsrechte universell garantiert
61 werden. Aus jungsozialistischer Sicht ist
62 die Unterstützung Syriens in dieser Pha-
63 se nicht nur eine humanitäre Pflicht, son-
64 dern auch ein Beitrag zu einer gerechten
65 Weltordnung, die auf Frieden, Selbstbe-
66 stimmung und wirtschaftlicher Gerechtig-
67 keit basiert. Ein stabiles, demokratisches
68 Syrien bedeutet zudem mehr Sicherheit für
69 die gesamte Region und eine neue Perspek-
70 tive für Geflüchtete, die derzeit in Euro-
71 pa und darüber hinaus leben. Deutschland
72 muss bei der Aufnahme diplomatischer Be-
73 ziehungen und bei jeglicher Unterstützung
74 der Übergangsregierung besonderen Wert
75 auf die Förderung demokratischer Struktu-
76 ren und rechtsstaatlicher Prinzipien legen.

77 Menschenrechte, insbesondere die Rechte
78 von Frauen, Minderheiten und politisch An-
79 dersdenkenden, müssen dabei Priorität ha-
80 ben.

81 Deshalb fordern wir die SPD im Sinne der in-
82 ternationalen Solidarität dazu auf, sich auf
83 allen Ebenen für die folgenden Punkte ein-
84 zusetzen:

85 1. Finanzielle und logistische Unterstützung
86 des Wiederaufbaus Syriens durch Kranken-
87 häuser, Wasser- und Energieversorgung so-
88 wie soziale Wohnprojekte.

89 2. Ein entwicklungspolitisches Sonderpro-
90 gramm zur Unterstützung Syriens, das ge-
91 zielt Maßnahmen zur Armutsbekämpfung,
92 Förderung von Bildung und Aufbau von Ar-
93 beitsplätzen umfasst.

94 3. Die Aufnahme diplomatischer Beziehun-
95 gen zur neuen Übergangsregierung Syri-
96 ens, um einen politischen und wirtschaftli-
97 chen Austausch auf Augenhöhe zu ermög-
98 lichen.

99 4. Den Abschluss fairer und nachhaltiger
100 Handelsabkommen zwischen Syrien und
101 der Bundesrepublik Deutschland, insbe-
102 sondere im Bereich Textilien (z. B. Baum-
103 wolle), Agrarprodukte und Technologie, um
104 die syrische Wirtschaft langfristig zu sta-
105 bilisieren. Diese Abkommen müssen dabei
106 unter strikter Einhaltung menschenrechtli-
107 cher und arbeitsrechtlicher Standards ste-
108 hen. Eine Kooperation darf autoritäre oder
109 diskriminierende Strukturen nicht fördern.

110 5. Die Unterstützung beim Aufbau un-
111 abhängiger Gewerkschaften und Ar-
112 beiter*innenvertretungen in Syrien, um
113 menschenwürdige Arbeitsbedingungen
114 und faire Löhne zu sichern.

115 6. Eine Überprüfung und ggf. Neubewer-
116 tung der EU-Sanktionen gegenüber Syrien,
117 mit dem Ziel, rein wirtschafts- und zivilge-
118 sellschaftsbezogene Entwicklung nicht län-

119 ger zu behindern, ohne dabei menschen-
120 rechtliche Standards zu vernachlässigen.

121 7. Ein uneingeschränktes Nein zu Abschie-
122 bungen nach Syrien. Gleichzeitig sollen Pro-
123 gramme geschaffen werden, die es syri-
124 schen Geflüchteten ermöglichen, vor einer
125 freiwilligen Rückkehr eine Erkundungsrei-
126 se nach Syrien anzutreten - etwa, um den
127 Zustand ihrer Häuser oder Familienange-
128 legenheiten zu prüfen - ohne dass sich
129 dies negativ auf ihren Aufenthaltsstatus
130 oder Sozialleistungsanspruch in Deutsch-
131 land auswirkt. Solche Programme müssen
132 rechtssicher, freiwillig und rückkehroffen
133 gestaltet werden. Rückkehrer*innen müs-
134 sen das Recht behalten, nach Deutschland
135 zurückzukehren, wenn sich eine dauerhaf-
136 te Rückkehr in ihr Herkunftsland als nicht
137 möglich oder unzumutbar herausstellt. Die
138 ablehnende Haltung gegenüber Abschie-
139 bungen ist angesichts der anhaltenden Un-
140 sicherheit in Syrien zwingend: Der so ge-
141 nannte Islamische Staat (IS) gewinnt er-
142 neut an Einfluss, während regimetreue Mi-
143 lizen wie auch staatliche Einheiten für
144 Menschenrechtsverletzungen verantwort-
145 lich gemacht werden. In vielen Regionen
146 herrschen Willkür, Gewalt und Rechtlosig-
147 keit. Eine sichere Rückkehr ist derzeit nicht
148 pauschal gewährleistet.

149 8. Eine Überprüfung der Aufnahme Syri-
150 ens in europäische und internationale ent-
151 wicklungspolitische Netzwerke, um die In-
152 tegration des Landes in die globale Gemein-
153 schaft voranzutreiben.

154 9. Deutschland soll auf diplomatischem
155 Weg sich dafür einsetzen, dass Syrien und
156 Israel (Wirtschafts-)Beziehungen aufbau-
157 en, dabei soll auch beobachtet werden, in-
158 wiefern sich antisemitische Einstellungen
159 in der syrischen Gesellschaft verändern.

160 10. Der Wiederaufbau in Syrien muss auch

161 in den kurdischen Gebieten stattfinden. Da-
162 für muss zwischen dem syrischen Staat und
163 den Kurd*innen ein vertrauensvolles und
164 friedliches Zusammenleben entstehen. Au-
165 ßerdem muss die Türkei ihre völkerrechts-
166 widrige Besatzung in den kurdischen Ge-
167 bieten Syriens beenden und Angriffe auf
168 Kurd*innen in Syrien sofort beenden.

169 Besonders gefährdet sind ethnische und
170 religiöse Minderheiten wie Kurd*innen,
171 Christ*innen und Drus*innen, die wei-
172 terhin teils systematisch diskriminiert
173 oder verfolgt werden. Mädchen und
174 Frauen sind vielerorts massiver Gewalt,
175 struktureller Benachteiligung und einem
176 weitreichenden Mangel an Rechten und
177 Schutz ausgesetzt. Ein echter Wiederauf-
178 bau Syriens muss daher immer auch ein
179 emanzipatorischer sein.

180 Die Situation in Syrien befindet sich an
181 einem Wendepunkt. Nach Jahren der Ge-
182 walt bietet sich eine einmalige Gelegen-
183 heit, dem Land beim Übergang zu Frieden,
184 Demokratie und wirtschaftlicher Stabilität
185 zu helfen. Als Sozialist*innen stehen wir
186 in der Tradition internationaler Solidarität.
187 Wir wissen: Kein Land baut sich allein wie-
188 der auf – besonders nicht nach einem solch
189 verheerenden Konflikt.

190 Die Unterstützung Syriens bedeutet nicht,
191 die Fehler westlicher Interventionspolitik
192 zu wiederholen – sie bedeutet, Hilfe zur
193 Selbsthilfe zu leisten. Mit gezielter Entwick-
194 lungszusammenarbeit, fairen Handelsbe-
195 ziehungen und einem politischen Dialog
196 auf Augenhöhe kann Deutschland einen
197 nachhaltigen Beitrag zur Stabilisierung der
198 Region leisten. Gleichzeitig senden wir ein
199 klares Signal: Abschiebungen nach Syrien
200 sind untragbar.

201 Viele syrische Mitbürger*innen haben in
202 Deutschland ihre Heimat gefunden, in der

203 sie arbeiten, lernen, Familien gründen und
204 zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei-
205 tragen. Es wäre zutiefst unsolidarisch, diese
206 Menschen nun zu zwingen, alles aufzuge-
207 ben. Die Rechte, die sie hier erlangt haben,
208 müssen respektiert und geschützt werden.
209 Gleichzeitig sollen jene, die freiwillig zu-
210 rückkehren möchten, um beim Wiederauf-
211 bau zu helfen, gezielte Unterstützung er-
212 halten – mit finanzieller und organisato-
213 rischer Begleitung sowie gesicherter Rück-
214 kehroption nach Deutschland, falls die Be-
215 dingungen es erfordern.

216 Ein wirtschaftlich starkes Syrien, das den
217 Weg aus dem Status eines Entwicklungs-
218 landes schafft, nützt langfristig auch Euro-
219 pa. Frieden und Wohlstand sind kein Null-
220 summenspiel - sie entstehen durch Zusam-
221 menarbeit auf Augenhöhe, Solidarität und
222 gemeinsame Verantwortung.

223 Wir fordern die SPD auf, sich dieser Verant-
224 wortung zu stellen und den Wiederaufbau
225 Syriens aktiv mitzugestalten – im Geiste in-
226 ternationaler Solidarität und Gerechtigkeit,
227 im Namen der Menschlichkeit.

G Gesellschafts- und Bildungspolitik

Antrag 2025/G/1

AG60 plus Südpfalz, AG60 plus RLP

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Landtagsfraktion

Klimaschutz in Lehrpläne aller Bildungseinrichtungen einbringen

1 Wir fordern die Landesregierung und den
2 Landtag von RLP auf, gesetzliche Regelun-
3 gen im Bildungsbereich zu schaffen, da-
4 mit auch das Bewusstsein der heranwach-
5 senden jungen Leute für das so wich-
6 tige Thema „Klimaschutz/Energiewende“
7 geschärft wird! Es müssen sowohl die Ur-
8 sachen und Auswirkungen der Klimakrise
9 als auch die Maßnahmen (Gesetze, Ener-
10 giewende, etc.) dazu vermittelt werden! Al-
11 le Bildungseinrichtungen des Landes sind
12 davon betroffen:

13 -KiTas

14 -Grundschulen

15 -weiterführende Schulen (Realschule plus,
16 IGS, Gymnasien etc.)

17 -Berufsbildende Schulen

18 -Meisterschulen

19 -Hochschulen/Unis

20

21 **Begründung**

22 Wir lesen und sehen in den täglichen Nach-
23 richten welche Schäden durch den vom
24 Menschen verursachten Klimawandel ent-
25 stehen. - Das weltweite Klimaschutzab-
26 kommen von Paris (Dez. 2015) hat die Gren-
27 zen für die Erwärmung des Planeten festge-
28 legt: „Die beigetretenen Staaten verpflich-
29 ten sich, die Erderwärmung auf deutlich
30 unter 2 °C, möglichst jedoch auf 1,5 °C, ge-
31 genüber dem vorindustriellen Niveau zu
32 begrenzen.“ - Am 21.03.2021 hat das Bun-
33 desverfassungsgericht mit dem „Klimabe-
34 schluss“ entschieden, „dass nachfolgende
35 Generationen diese nicht nur um den Preis

36 radikaler eigener Enthaltbarkeit weiter be-
37 wahren könnten“. Es dürfe nicht dazu kom-
38 men, dass einer Generation das Recht zu-
39 gestanden werde, „unter vergleichsweise
40 milder Reduktionslast große Teile des CO2-
41 Budgets zu verbrauchen, wenn damit zu-
42 gleich den nachfolgenden Generationen ei-
43 ne radikale Reduktionslast überlassen und
44 deren Leben umfassenden Freiheitseinbu-
45 ßen ausgesetzt würde.“ In der Folge des Ur-
46 teils wurde das Klimaschutzgesetz mit der
47 Novellierung 24.06.2021 geändert.

Antrag 2025/G/2
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisung an die Landtagsfraktion und
die Programmkommission für das LTW-
Programm**Reduzierung von Kettenverträgen und Aufbau einer langfristig und zukunftsorientierten Personal(entwicklungs)planung in den Schulen von Rheinland-Pfalz**

1 Allgemeines Verfahren zur Einstellungspra-
2 xis für befristet beschäftigte Lehrkräfte in
3 Rheinland-Pfalz:
4 Laut eines Entscheides der Landesregie-
5 rung kann befristet beschäftigten Lehr-
6 kräften, die sich um Planstellen bewerben
7 und die zum 31.07.2018 über Vertretungs-
8 verträge von insgesamt fünf Jahren und
9 länger verfügen (5- Jahres-Korridor), dann
10 kein Planstellenangebot unterbreitet wer-
11 den, wenn näher darzulegenden Gründen
12 dagegensprechen.
13 Daran hat sich bis heute nichts geändert
14 und die Frage, die sich stellt, ist, was kon-
15 kret die „näher dazulegenden Gründe“ um-
16 fasst und wie diese sich quantitativ in der
17 Realität abbilden.
18 Für Lehrkräfte, die mehr als drei Jahren
19 Vertretungsverträge mit mindestens hal-
20 bem Deputat innehaben, besteht ein eige-
21 ner Einstellungskorridor. Bis zu 20 Prozent
22 aller Planstellen können an Lehrkräfte ver-
23 geben werden, die sich in diesem Korridor
24 befinden, ungeachtet der Frage, wie viele
25 Lehrkräfte sich tatsächlich in diesem Korri-
26 dor befinden.
27 Die Auswahl und Einstellung erfolgt wei-
28 terhin nach Bestenauslese auf Basis der
29 Auswahlnote und am fächerspezifischen
30 Bedarf. Lehrkräfte, die bereits seit fünf oder
31 mehr Jahren in Vertretungsverträgen be-
32 schäftigt sind, erhalten dabei im Rahmen

33 des oben beschriebenen Vertretungskorri-
34 dors einen Bonus, d.h. sie werden beson-
35 ders berücksichtigt.

36 Kein Auswahl- oder Bonusmerkmal ist hin-
37 gegen – anders als bei beamteten Lehrern
38 – ein weitergehendes schulisches Engage-
39 ment der Vertretungslehrkräfte, wie z.B.
40 jahrelange Klassenleitungen/ Engagement
41 in der Schule/ Sonderaufgaben (z.B. Präven-
42 tionsbeauftragte, SV-Lehrkräfte etc.). Aber
43 gerade die Wahrnehmung von Sonderauf-
44 gaben ist doch ein Indikator für besonderes
45 Engagement, motiviert die Beteiligten über
46 die reine Notenverbesserungs-Arbeit hin-
47 aus und kann somit die Schule für die Wahr-
48 nehmung des eigentlichen Bildungsauftra-
49 ges unterstützen. Lehrerinnen und Leh-
50 rer mit abgeschlossenem zweitem Staats-
51 examen erhalten vom Land einen Bonus
52 auf ihren Abschlussschnitt. Bei einem er-
53 füllten Vertretungsjahresvertrag und mind.
54 12 Unterrichtsstunden pro Woche (Vollzeit
55 Gymnasium 24, Realschule 27 Std./ pro Wo-
56 che) erhält die Lehrkraft 0,2 Punkte auf ih-
57 ren Abschlussschnitt „gutgeschrieben“ und
58 startet im Jahr darauf mit einer entspre-
59 chenden Benotung in das Listenverfahren
60 um eine Planstelle. Max. wird der Schnitt
61 aber um 1,0 verbessert (5 Jahre Vertretung
62 x 0,2).

63 Mindestens wäre es sinnvoll, den einzelnen
64 Schulen mehr Handlungsspielraum und
65 Freiheiten in der Auswahl ihrer zukünfti-
66 gen Lehrkräfte zu geben und ihnen ein wei-
67 tergehendes Mitspracherecht bei der Per-
68 sonalauswahl / Stellenbesetzung einzuräu-
69 men.

70 Das seit 2002 beschlossene Personalma-
71 nagement im Rahmen erweiterter Selbst-
72 ständigkeit von Schulen (PES) dient eben
73 nur einem temporären Ausfall und nicht
74 der langfristigen Einstellung von Angestell-

75 ten bzw. Besetzung der Planstellen. Die frü-
76 here Praxis, dass Schulen Stellen für ih-
77 ren Bedarf ausschreiben und Lehrer mit
78 Planstellen versorgen konnten (sogenann-
79 tes Schulscharfes Verfahren), wurde stark
80 eingeschränkt (max. alle 2-3 Jahre). Die
81 ADD hat das letzte Mitspracherecht; prak-
82 tisch wird die Priorisierung von LehrerInnen
83 mit besserem Notenschnitt präferiert. Die
84 perspektivisch bessere Wahl einer Person,
85 die möglicherweise schon fest etabliert ist
86 an der Schule, dürfte dann nicht eingestellt
87 werden bzw. darf dies nur mit besonderer
88 Begründung erfolgen (somit wieder Mehr-
89 arbeit für die Schulleitungen). Allerdings
90 sind Einstellungen nur im Rahmen der zur
91 Verfügung stehenden Stellen und des Ge-
92 samtbedarfs möglich. Die ebenso banale
93 wie wichtige Erkenntnis, dass Stellen nur
94 besetzt werden können, wenn es sie gibt,
95 stößt dann auf ein Problem, wenn der Sa-
96 che nach ein Mehr an Planstellen – in al-
97 len Schularten - dringend geboten wäre, de
98 facto aber die Zahl der Planstellen begrenzt
99 bleibt.

100 Während in Realschulen und IGS oder auch
101 in Grundschulen bereits heute ein deutli-
102 cher Lehrkräftemangel besteht (auch be-
103 reits in den Hochschulen erkennbar an
104 rückläufigen Studierendenzahlen) drohen
105 jetzt auch im gymnasialen Bereich im hier
106 & jetzt Abwanderungen in andere Bundes-
107 länder und gleichzeitig in den nächsten
108 Jahren erwartbarer Lehrkräftemangel.

109 Bei der weitergehenden Auseinanderset-
110 zung mit der Thematik lässt sich leider eine
111 „gewisse Intransparenz“ feststellen.

112 – So ist es z.B. nicht klar, wie viele voll ausge-
113 bildete Lehrkräfte in RLP nach dem Zweiten
114 Staatsexamen mehr als drei Jahre in befris-
115 teten Verträgen eingesetzt sind? Auch eine
116 regionale Verteilung lässt sich nicht eruie-

117 ren.

118 – Ist bekannt, wie viele Lehrkräfte aufgrund
119 der Perspektivlosigkeit und Intransparenz –
120 die eigene Entwicklung betreffend - in an-
121 dere Bundesländer abwandern?

122 – Ist bekannt, wie viel Ausfallstunden durch
123 eine höhere Personalverfügbarkeit vermie-
124 den werden könnten?

125 – Ist bekannt, wie viele Stellenbesetzungen
126 durch reinen Ländertausch erfolgen, wäh-
127 rend Anwärtern und Anwärterinnen oder
128 angestellten Lehrkräften mit der gleichen
129 Fächerkombination keine Planstelle ange-
130 boten wird.

131 – Ist bekannt, wie viele Studierende im Hin-
132 blick auf eine erwartbare Planstelle die Un-
133 terrichtserlaubnis für Deutsch als Fremd-
134 sprache anstreben und tatsächlich auch er-
135 langen, aber dennoch keine Planstelle er-
136 halten (siehe Sondereinstellungskorridor).
137 Die Unterrichtserlaubnis wird als Einstel-
138 lungsgarant etikettiert, de facto aber hat
139 sie keine oder nur eine unwesentliche Re-
140 levanz, wobei gleichzeitig diese Lehrkräfte
141 händeringend gesucht werden.

142 Umgang mit den befristeten Lehrkräften
143 zu den Sommerferien Seit 2019 müssen
144 Vertretungslehrer in Rheinland-Pfalz kei-
145 ne Kündigung zu den Sommerferien fürch-
146 ten. Erstmals gilt nach Angaben des Bil-
147 dungsministeriums eine Regelung, dass al-
148 le Vertretungslehrer und Vertretungsleh-
149 rerinnen, die vor dem 1. März eines Jah-
150 res einen Vertrag abgeschlossen haben und
151 mindestens bis Schuljahresende beschäf-
152 tigt sind, über die Sommerferien bezahlt
153 werden. Wird ein Vertrag jedoch erst NACH
154 dem 1. März eines Jahres abgeschlossen, so
155 greift diese Regelung nicht und die Lehr-
156 kräfte werden nicht über die Sommerferien
157 bezahlt.

158 Diese Termingrenze erschließt sich nicht;

159 was genau sollte dem entgegenstehen,
160 Lehrkräften mit einem Vertretungsvertrag
161 oder auch Referendaren, die ihren Ab-
162 schluss z.B. im Mai/Juni erhalten, über die
163 Ferien Sicherheit zu geben, zumal in den
164 vergangenen Jahren drei von vier Lehr-
165 kräften, die vor den Sommerferien einen
166 Vertretungsvertrag hatten, auch nach den
167 Sommerferien weiterbeschäftigt wurden.
168 Müssen $\frac{3}{4}$ der Betroffenen arbeitslos wer-
169 den, um für das verbleibende Viertel eine
170 Nichtverlängerung zu ermöglichen? Ist es
171 eine Frage des Haushalts oder ist es eine
172 Umgangsform gerade mit jungen motivier-
173 ten Kolleginnen und Kollegen, die die Per-
174 spektivproblematik gleich mit der Keule zu
175 vermitteln versuchen? In jedem Fall soll-
176 ten genügend Mittel für den Bildungshaus-
177 halt eingeplant werden und gleichzeitig die
178 Thematik der Wahrnehmung von Sonder-
179 aufgaben, Projektarbeiten etc. hervorgeho-
180 ben werden.

181 2019 waren zum 01. Mai an den Schulen in
182 Rheinland-Pfalz 2521 Lehrerinnen und Leh-
183 rer mit einem befristeten Vertretungsver-
184 trag beschäftigt. Damit wurden 1823 Voll-
185 zeitstellen abgedeckt – die befristeten Kol-
186 leginnen und Kollegen übernehmen dabei
187 mindestens die gleiche Arbeit wie ihre ver-
188 beamteten Kolleginnen und Kollegen, er-
189 halten jedoch weitaus weniger Gehalt mit
190 gleichzeitiger Planungsunsicherheit. Gera-
191 de vor dem Hintergrund der Coronaproble-
192 matik und der zunehmenden Herausforde-
193 rungen hinsichtlich der Integration Kindern
194 mit Migrationshintergrund – ist eine Ana-
195 lyse der Arbeitslosenmeldungen von Lehr-
196 kräften zu Beginn der Sommerferien wei-
197 terführend.

198 Die Landeskonzferenz der AfA möge be-
199 schließen: Wir brauchen eine langfristig
200 orientierte und zukunftsichere Perso-

201 nal(entwicklungs)planung in den Schulen,
202 die auch den jungen Lehrkräften langfris-
203 tig in unserem Bundesland Perspektiven
204 bietet. Diese umfasst

205 – Die Analyse von Bestands- und Ent-
206 wicklungszahlen hinsichtlich der Befristun-
207 gen, Arbeitslosmeldungen und Abwande-
208 rungen, wie oben ausgeführt

209 – Die Erhöhung der Zahl der Planstellen
210 zum perspektivischen Aufbau und der Ent-
211 wicklung von jungen Lehrkräften

212 – Die Sicherstellung, dass nach einer An-
213 einanderreihung von Kettenverträgen den
214 Lehrkräften frühzeitig ein Planstellenange-
215 bot gemacht werden kann

216 – Die Weiterbeschäftigung der Befristeten,
217 die nach dem 1.3. eines Jahres vertraglich
218 verpflichtet werden, auch über die Som-
219 merferien hinaus

220 – Die Unterstützung der jungen Lehrkräfte
221 bei der Verbesserung ihrer Auswahlnoten

222 – Die Aufnahme von Bonuspunkten für
223 besonderes Engagement zur Verbesserung
224 des Abschluss-Durchschnitts ebenso wie

225 – Die in diesem Zusammenhang zu erwäh-
226 nende Verbesserung der Übernahmechan-
227 cen durch die Zertifizierung von Deutsch als
228 Fremdsprache.

229

230 Empfänger:

231 SPD-Landesvorstand

232 SPD-Landtagsfraktion RLP

233 SPD-Landesparteitag RLP

Antrag 2025/G/3**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Lehrkräfteausbildung öffnen und verbessern - Das duale Lehramtsstudium umsetzen!**

1 Das schulische Bildungswesen ist ein
2 Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Eine
3 große Zahl Lehrer*innen schultert das
4 Schulsystem und gleichzeitig bleiben
5 auch langfristig Stellen unbesetzt. Mit
6 dieser Unterversorgung an Lehrkräften
7 sehen sich auch zukünftige Lehrer*innen
8 konfrontiert, was sie zu einem Faktor für
9 die fehlende Attraktivität des Lehrberufes
10 macht. Dass, gemäß Lehrkräftetrichter,
11 nur die Hälfte der Studienanfänger*innen
12 den Vorbereitungsdienst (Referendariat)
13 an den Schulen beginnen, kann auch
14 deshalb nicht verwundern. Auch wenn
15 die (Un-) Zufriedenheitsfaktoren für das
16 Lehramtsstudium vielfältig sind, sticht
17 die Kritik an der praxisfernen Struktur
18 der Lehrendenausbildung hervor. Das
19 Lehramtsstudium ist im Regelfall in zehn
20 Semester wissenschaftlichen Studiums
21 und einen anschließenden 18-monatigen
22 Vorbereitungsdienst gegliedert. Ausnah-
23 men bilden Quereinstiegsmöglichkeiten,
24 mit denen bereits auf den Lehrkräfte-
25 mangel reagiert wird. Die zwei Phasen der
26 Lehrer*innenausbildung sind unzureichend
27 miteinander verzahnt³, das kritisieren wir.
28 Gleichzeitig betonen wir die Relevanz
29 universitärer Bildung für die Unterrichts-
30 qualität von Lehrenden, stellen jedoch die
31 Anfrage nach der Leistungserwartung an
32 Lehramtsstudierende, die als einer der
33 führenden Gründe für den Studienabbruch
34 gilt.
35 Mit diesem Antrag folgen wir der Kri-

36 tik an dem praxisfernen Lehramtsstudi-
37 um, das nur vier Mal drei Wochen Prak-
38 tikum beinhaltet und damit unzureichend
39 auf die Tätigkeiten von Lehrer*innen vor-
40 bereitet. Die praktischen Erfahrungen mit
41 Schüler*innen als eigentliches Subjekt des
42 Studiums, können weder 18 noch 24 Mo-
43 nate Vorbereitungsdienst abbilden. Wir for-
44 dern deshalb die Integration von Praxis
45 in das Studium und damit einhergehend
46 die rechtsverbindliche Umsetzung dieser
47 Verbindung von wissenschaftlichem Studi-
48 um sowie dem vorbereitenden Studiense-
49 minar durch ein zusätzliches duales Lehr-
50 amtsstudium. Grundlage dafür bildet der
51 Beschluss der Kultusministerkonferenz, der
52 unter anderem die Einführung eines dua-
53 len Lehramtsstudiums für die Öffnung des
54 Lehramts für weitere Studierendengrup-
55 pen empfiehlt.

56 Weiterhin fordern wir ein duales Lehramts-
57 studium für angehende Grundschulleh-
58 rer*innen. Unter Beachtung der folgenden
59 Punkte: 1. Praxisintegriertes Lehramtsstu-
60 dium für das Grundschullehramt, 2. die
61 Öffnung des Studiums für Menschen mit
62 Fachabitur, 3. eine angemessene Vergütung
63 der Studierenden und 4. das Fokussieren
64 auf Anwendungsgebiete der Pädagogik, Er-
65 ziehungswissenschaft, Kinderpsychologie
66 und Fachdidaktik. Wir wollen mit diesem
67 Antrag die Forderung nach einem dualen
68 Studium auf alle Lehramtsstudiengänge
69 ausweiten. Uns bekräftigt, dass bereits
70 in der Hälfte der Bundesländer Modell-
71 versuche mit verschiedenen Varianten
72 des dualen Studiums umgesetzt werden.
73 Das Land Rheinland-Pfalz darf hier nicht
74 den Anschluss verlieren, weshalb wir
75 dringenden Handlungsbedarf sehen.
76 Mit diesem Antrag fordern wir wie nachfol-
77 gend ausgeführt:

78

79 1) Wir fordern vom Land Rheinland-Pfalz
80 den rechtlichen Rahmen für ein praxisinte-
81 griertes duales Lehramtsstudium zu schaf-
82 fen, um die Attraktivität des Studiengangs
83 und Berufsfeldes zu erhöhen und für weite-
84 re Zielgruppen zu öffnen.

85 a. Der Beschluss der KMK hat vorrangig
86 zum Ziel zusätzliche Lehrer*innen zu ge-
87 winnen. Ziel des von uns geforderten dua-
88 len Studiums ist nicht die kurzfristige Kom-
89 pensation des Lehrkräftemangels, sondern
90 zunächst eine langfristige und verbesser-
91 te Qualifizierung von Lehrenden. Dass mit
92 dem dualen Studium kurzfristig Studieren-
93 de als Lehrende in das Schulsystem inte-
94 griert werden, erzeugt ein Spannungsfeld.
95 Daraus resultiert für uns die Aufgabe, dass
96 diesen Studierenden ein besonderer Schutz
97 zukommen muss, sodass der Fachkräfte-
98 mangel nicht auf dem Rücken der Studie-
99 renden ausgetragen wird.

100 b. Heute belastet der Fachkräftemangel
101 Lehrende sowie zahlreiche Studierende, die
102 als Vertretungskräfte in Schulen arbeiten.
103 Hier gilt es hervorzuheben, dass die Einfüh-
104 rung des Studiengangs nicht die Kompen-
105 sation des Lehrkräftemangels durch unbe-
106 gleitete Vertretungskräfte legitimiert. Die
107 strukturelle Integration von dualen Studie-
108 renden wird stattdessen dafür sorgen, dass
109 gleich qualifizierte, aber begleitete Studie-
110 rende bisherige Vertretungskräfte ersetzen
111 werden (vgl. 3b).

112 c. Hinsichtlich dualer Studiengänge ist fest-
113 zustellen, dass diese häufiger Jugendliche
114 anspricht, deren Eltern selbst über kei-
115 ne akademischen Abschlüsse verfügen. Die
116 geforderte Öffnung des Lehramtsstudiums
117 könnte Ungleichheit im Zugang zum Lehr-
118 amtsstudium verringern. Die gesteigerte
119 Vielfalt unter Lehrenden fördert Role Mo-

120 dels und könnte nachgelagerte Effekte auf
121 die Bildungsungleichheit haben.

122 d. Zudem setzen wir uns für eine faire
123 Vergütung von Studierenden im dualen
124 Lehramtsstudium ein, da Umfragen zeigen,
125 dass viele sich ohne finanzielle Absiche-
126 rung nicht für diesen Studienweg entschie-
127 den hätten

128 e. Wir unterstützen die Forderungen der
129 GEW zur grundsätzlich nötigen Erhöhung
130 der Kapazitäten für die Ausbildung von Leh-
131 renden, in dem Bewusstsein, dass ein zu-
132 sätzliches duales Studium einen erhebli-
133 chen Mehraufwand bedeutet. Die Aufhe-
134 bung der Trennung von Referendariat und
135 Studium verspricht jedoch das Freiwerden
136 von Arbeitskräften in den Studiensemina-
137 ren.

138

139 2) Das duale Lehramtsstudium ist wissen-
140 schaftlich so zu begleiten, dass aus den bei-
141 den Studiengängen der Lehrendenausbil-
142 dung langfristig eine einheitliche, innovati-
143 ve Struktur gebildet werden kann.

144 a. Die Begleitung hat als oberstes Ziel
145 den Schutz der Lernenden vor Missbrauch
146 (insbesondere Machtmissbrauch) und soll-
147 te fortlaufend kurzfristige und langfristi-
148 ge Effekte auf Lernende bewerten. Darauf
149 aufbauend sind präventive oder steuern-
150 de Maßnahmen zu realisieren. Die Beglei-
151 tung erfolgt deshalb auf den folgenden
152 zwei Ebenen.

153 b. Eine übergeordnete Begleitung gilt dem
154 Studiengang als solchen und soll duales
155 und Vollzeitstudium unter anderem unter
156 Beachtung der Qualitätsstandards der Leh-
157 rendenausbildung bewerten. Ziel der Aus-
158 wertung ist eine abschließende, aber er-
159 gebnisoffene Bewertung der Studiengän-
160 ge. Ergebnis kann das Fortsetzen beider
161 Studienformen oder das Einstellen des

162 qualitativ unterlegenen Studiengangs sein.
163 Nicht zuletzt, um die Attraktivität des Stu-
164 diums zu erhöhen, sind als Bewertungskri-
165 terien auch die Bedürfnisse der Studieren-
166 den an das Lehramtsstudium einzubezie-
167 hen.

168 c. Auf der zweiten Ebene ist die individuel-
169 le Begleitung der Studierenden als Lehren-
170 de zu beschreiben. Diese gilt insbesondere
171 hinsichtlich 2a und 1a und wird als qualita-
172 tive Aufwertung der Praxisanteile unter 3b
173 weiter ausgeführt.

174

175 3) Wir fordern die quantitative und quali-
176 tative Aufwertung der Praxisanteile für Ba-
177 chelor und Master of Education, ohne ei-
178 ne Abwertung des wissenschaftlichen Stu-
179 diums vorzunehmen.

180 a. Die quantitative Aufwertung von Praxis-
181 anteilen könnte sowohl in Praxissemestern
182 als auch im wöchentlichen Regelunterricht
183 stattfinden. Die konsequente Umsetzung
184 unserer Forderungen bedeutet, dass be-
185 reits der Bachelor of Education praxisinte-
186 griert stattfindet. Innovationsbereitschaft
187 und Reflexionsfähigkeit in Form von Selbst-
188 und Fremdeinschätzung müssen frühest-
189 möglich erlernt werden. Auch die beruf-
190 liche Eignung ist damit früh festzustel-
191 len und zu fördern. Dabei muss das Stu-
192 dium fachwissenschaftlicher, fachdidakti-
193 scher und pädagogischer Elemente Grund-
194 lage sein für praktische Tätigkeiten.

195 b. Die qualitative Aufwertung der Praxis-
196 anteile bedeutet die Begleitung des Unter-
197 richts durch Seminarleitungen und inner-
198 halb des wissenschaftlichen Studiums. Die-
199 se Begleitung ermöglicht gegenüber dem
200 Status quo, wie unter 1b festgestellt, sofort
201 eine höhere Unterrichtsqualität in Schulen.
202 Diese Begleitung sichert die Beurteilung
203 auf Basis der erworbenen wissenschaftli-

204 chen Grundlagen.

205 c. Der bisherige Anteil praktischer Erfahrun-
206 gen berücksichtigt nicht ausreichend die
207 Bedürfnisse von Studierenden. Integrierte
208 Praxisanteile hingegen erhöhen die Wahr-
209 nehmung eigener Fähigkeiten von Lehr-
210 amtsstudierenden und könnten in Verbin-
211 dung mit dem wissenschaftlichen Studium
212 die Relevanz der universitären Inhalte erhö-
213 hen.

214 d. Die Relevanz des wissenschaftlichen Stu-
215 diums muss in einem dualen Lehramtsstu-
216 dium bestehen bleiben und profitiert von
217 der Rückkopplung mit praktischen Erfah-
218 rungen im Unterricht.

219

220 Die Anzahl an Lehramtsstudierenden, die
221 systematisch in das Schulsystem integriert
222 werden, können und sollen in bildungs-
223 theoretisch besonders wertvollen koopera-
224 tiven Formaten eingesetzt werden. Diese
225 Formate bereichern die Unterrichtsqualität
226 auf verschiedenen Ebenen und zeigen ab-
227 schließend, was wir mit diesem Antrag be-
228 absichtigen: Das Lehramtsstudium würde
229 nicht nur für Studierende und solche, die
230 das werden könnten, attraktiv werden, son-
231 dern würde das Bildungssystem bereichern
232 und allen daran Beteiligten nützen.

Antrag 2025/G/4
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Den demografischen Wandel in der Daseinsvorsorge gestalten**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
2 Der demografische Wandel mit weitrei-
3 chenden Auswirkungen auf die Daseinsvor-
4 sorge stellt eine der größten Herausforde-
5 rungen unserer Gesellschaft dar. Die altern-
6 de Bevölkerung erfordert eine Anpassung
7 der Daseinsvorsorge, um den Bedürfnissen
8 aller Bürgerinnen und Bürger gerecht zu
9 werden. Es ist von entscheidender Bedeu-
10 tung, dass wir proaktive Maßnahmen er-
11 greifen, um die Daseinsvorsorge zukunfts-
12 fähig zu gestalten und die Lebensqualität in
13 unseren Gemeinden zu sichern. Eine altern-
14 de Gesellschaft erfordert neue Ansätze und
15 Lösungen, um die Lebensqualität aller Bür-
16 gerinnen und Bürger zu sichern. Durch die
17 proaktive Gestaltung der Daseinsvorsorge
18 können wir nicht nur den Herausforderun-
19 gen des demografischen Wandels begeg-
20 nen, sondern auch Chancen für eine inklu-
21 sive und solidarische Gesellschaft schaffen.
22 Wir, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit for-
23 dern die Politik auf, ein entsprechendes Pro-
24 gramm mit verbindlichen Lösungen für die
25 Gestaltung des demografischen Wandels in
26 der Daseinsvorsorge zu erarbeiten und auf
27 den Weg zu bringen.
28 Dies sollte folgende Maßnahmen umfas-
29 sen:
30 1. Bedarfsgerechte Infrastruktur:
31 Entwicklung und Anpassung von Infra-
32 strukturen, die den Bedürfnissen einer äl-
33 ter werdenden Bevölkerung gerecht wer-
34 den, wie barrierefreie Zugänge, senioren-
35 gerechte Wohnformen und öffentliche Ver-

36 kehrsmittel.

37 2. Gesundheitsversorgung:

38 Sicherstellung einer flächendeckenden und
39 qualitativ hochwertigen Gesundheitsver-
40 sorgung, die auf die spezifischen Bedürfnis-
41 se älterer Menschen ausgerichtet ist, ein-
42 schließlich der Förderung von Hausärzten
43 und mobilen Pflegediensten.

44 3. Soziale Teilhabe:

45 Förderung von Programmen, die die sozia-
46 le Teilhabe älterer Menschen unterstützen,
47 wie z.B. Freizeitangebote, Bildungsinitiati-
48 ven und ehrenamtliche Tätigkeiten, um Iso-
49 lation und Einsamkeit zu vermeiden.

50 4. Fachkräftegewinnung:

51 Initiativen zur Gewinnung und Ausbildung
52 von Fachkräften im Bereich der Altenpflege
53 und -betreuung, um den steigenden Bedarf
54 an qualifiziertem Personal zu decken.

55 5. (Intergenerationaler Austausch) Genera-
56 tion übergreifender Austausch:

57 Förderung von Projekten, die den Aus-
58 tausch zwischen den Generationen stär-
59 ken, um das Verständnis und die Zusam-
60 menarbeit zwischen Jung und Alt zu för-
61 dern.

62 6. Digitale Teilhabe:

63 Sicherstellung, dass ältere Menschen Zu-
64 gang zu digitalen Technologien haben und
65 in der Lage sind, diese zu nutzen, um ihre
66 Lebensqualität zu verbessern und die Teil-
67 habe am gesellschaftlichen Leben zu för-
68 dern.

69 Nur durch gemeinsames Handeln können
70 wir die Herausforderungen meistern und
71 eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge für al-
72 le Generationen gewährleisten.

Antrag 2025/G/5
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Duale Ausbildung bei den Erzieher:innen ausbauen**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die frühkindliche Bildung spielt eine ent-
- 3 scheidende Rolle in der Entwicklung unse-
- 4 rer Kinder. Um den hohen Anforderungen
- 5 und Herausforderungen in diesem Berufs-
- 6 feld gerecht zu werden, ist es unerlässlich,
- 7 dass die Ausbildung von Fachkräften in der
- 8 Kindererziehung reformiert wird. Eine dua-
- 9 le Ausbildung, die theoretische Kenntnis-
- 10 se mit praktischen Erfahrungen in Einrich-
- 11 tungen der frühkindlichen Bildung kombi-
- 12 niert, würde nicht nur die Qualität der Aus-
- 13 bildung erhöhen, sondern auch die Attrak-
- 14 tivität des Berufs steigern.
- 15 Ziele der dualen Ausbildung:
- 16 1. Praxisnahe Ausbildung: Durch die enge
- 17 Verzahnung von Theorie und Praxis können
- 18 angehende Erzieherinnen und Erzieher di-
- 19 rekt in den Arbeitsalltag eintauchen und
- 20 wertvolle Erfahrungen sammeln.
- 21 2. Qualitätssteigerung: Eine fundierte Aus-
- 22 bildung führt zu einer höheren Fachkom-
- 23 petenz, was sich positiv auf die Betreuung
- 24 und Förderung der Kinder auswirkt.
- 25 3. Fachkräftemangel entgegenwirken: Eine
- 26 duale Ausbildung könnte dazu beitragen,
- 27 mehr junge Menschen für den Beruf zu be-
- 28 geistern und somit dem Fachkräftemangel
- 29 in der frühkindlichen Bildung entgegenzu-
- 30 wirken.
- 31 4. Berufliche Perspektiven: Durch die dua-
- 32 le Ausbildung erhalten die Absolventinnen
- 33 und Absolventen bessere berufliche Per-
- 34 spektiven und Entwicklungsmöglichkeiten.
- 35 Wir fordern daher die zuständigen Bil-

36 dungsträger und politischen Entschei-
37 dungsträger auf, die Rahmenbedingungen
38 für eine duale Ausbildung in der Kin-
39 dererziehung zu schaffen. Dies umfasst
40 die Entwicklung eines entsprechenden
41 Ausbildungsplans, die Sicherstellung von
42 Praktikumsplätzen sowie die Einbindung
43 von Fachkräften aus der Praxis in die
44 Ausbildung.

45 Wir sind überzeugt, dass eine duale Ausbil-
46 dung für Kindererzieherinnen und Kinder-
47 erzieher einen wichtigen Schritt in die rich-
48 tige Richtung darstellt und die Qualität der
49 frühkindlichen Bildung nachhaltig verbes-
50 sern wird.

51

52 Empfänger:

53 SPD-Landesparteitag Rheinland-Pfalz

54 SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

55 SPD-Landesvorstand Rheinland-Pfalz

56 SPD-Parteivorstand

57 SPD-Bundesparteitag

Antrag 2025/G/6**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme und Überweisung an die Programmkommission für das LTW-Programm****Für eine Hochschullandschaft die ins 21. Jahrhundert gehört**

1 Unsere Hochschulen stehen am Scheide-
 2 weg: Zwischen analoger Tradition und digi-
 3 taler Zukunft, zwischen politischer Sprach-
 4 losigkeit und gesellschaftlicher Verantwor-
 5 tung, zwischen Zugangshürden und ech-
 6 ter Teilhabe. Die Corona-Pandemie hat da-
 7 bei nicht nur Schwächen offengelegt, son-
 8 dern auch neue Möglichkeiten eröffnet –
 9 und genau hier setzen wir an. Wir wollen
 10 Hochschulbildung mutig und gerecht ins
 11 21. Jahrhundert überführen.
 12 Ob digitale Lehre, faire Prüfungsformate,
 13 barrierearme Zulassung für Geflüchtete,
 14 sprachfähige ASten oder ein studentisches
 15 Mitglied in der Hochschulleitung: Unsere
 16 hochschulpolitischen Forderungen sind ein
 17 Gesamtpaket für mehr Chancengleichheit,
 18 Mitbestimmung und Zukunftsorientierung
 19 an rheinland-pfälzischen Hochschulen,
 20 auch im Hinblick auf die Umwelt.
 21 Auch den Bereich Wohnen und Wohnungs-
 22 bau nehmen wir in den Blick: Als zentra-
 23 les Thema, welches ein Studium ermöglicht
 24 und die Bedingungen anpasst.
 25 Wir denken Hochschule weiter – offen, kri-
 26 tisch, solidarisch. Denn nur wenn wir struk-
 27 turelle Hürden abbauen, können alle Stu-
 28 dierenden ihr Potenzial entfalten. Zeit, die
 29 Weichen dafür jetzt zu stellen. Wir stehen
 30 stabil gegen rechten Intellektualismus.
 31 Hochschulen sind nicht nur Orte der Wis-
 32 sensvermittlung, sondern zentrale gesell-
 33 schaftliche Räume, in denen Demokratie
 34 gelebt, soziale Teilhabe ermöglicht und Zu-

A3 : Prioritäten für eine Debatte: Faire Stu-
 dichancen, Studentische Vizepräsident*in,
 TV Stud.

A4/A5/A6 : Wir nehmen dies an und wür-
 den diese Stelle (Zeile 61 Digitale... bis Zeile
 72 ...sein).

A7 : Das aktuelle Prüfungssystem unse-
 res Studiums führt zum Teil nicht zur ge-
 wünschten Professionalisierung und Aka-
 demisierung von Studierenden, sondern zu
 mehr Stress, Angst und Leistungsdruck.
 (Zeile 148-152 ersetzen)

A8 : Ergänzung hinter 'Geflüchtete' und in-
 ternationale Studierende'. (Zeile 192)

A9 : Zeile 197 - 199 = Hochschulautonomie.

A10: Politische Asten - ab Zeile 237: Durch
 §108 Abs. 2 Satz 2 bereits gewährleistet.

A11 : Die Festlegung der studentischen Vi-
 zepresident*innenschaft im Gesetz würde
 mehr Autonomie für die Hochschulen be-
 deuten, da die Experimentierklausel eine
 Frist setzt.

A15: Zeile 438: In RP ist das Studium für
 Menschen ohne Abitur bereits geöffnet.
 Dies setzt beispielsweise eine abgeschlos-
 sene Berufsausbildung voraus. RP hat die
 vierhöchste Quote von Erstsemestern ohne

35 kunft gestaltet wird. Wir rücken die Mög-
36 lichkeit für studentisches Gewerbe und
37 bessere Lernräume in den Fokus. Wir neh-
38 men auch die Sicherheitspolitischen Fragen
39 in den Blick: Wir stehen nach wie vor hin-
40 ter einer Zivilklausel an Hochschulen und
41 werden uns als Jugendverband auch dafür
42 einsetzen. Wir setzen uns für eine progres-
43 sive Hochschulpolitik ein, die allen Men-
44 schen faire Chancen eröffnet, soziale Bar-
45 rieren abbaut und die Herausforderungen
46 der Gegenwart aktiv adressiert.

47

48 Hochschulrecht reformieren!

49 Aus der Pandemie lernen - Hochschulbil-
50 dung ins 21. Jahrhundert befördern

51

52 Die COVID-19 Pandemie stellte für die Ge-
53 sellschaft und gerade für die Hochschulen
54 ein einschneidendes Erlebnis dar. Die Erfah-
55 rungen aus dieser Zeit sollen wegweisend
56 für die Lehre sein.

57 Wir fordern, dass die aus der Corona-
58 Pandemie gewonnenen Erkenntnisse zur
59 Digitalisierung von Studium und Lehre
60 nachhaltig in die Struktur der Hoch-
61 schulen überführt werden. Digitale Lehr-
62 und Prüfungsformate müssen dauer-
63 haft ausgebaut, barrierefrei gestaltet
64 und datenschutzkonform umgesetzt
65 werden, insbesondere durch die Einschrän-
66 kung oder Abschaffung problematischer
67 Proctoring-Software. Aufzeichnungen von
68 Vorlesungen müssen allen Studierenden
69 zugänglich gemacht werden.

70 Bei mehrfach angebotenen Seminaren soll
71 mindestens ein digitales Format verpflich-
72 tend sein. Zudem soll der kritische Umgang
73 mit Künstlicher Intelligenz (KI) fester Be-
74 standteil der Hochschulbildung werden –
75 entsprechende Initiativen sind landesseitig
76 zu fördern.

Abitur.

A16 : Bezug aus Hessen streichen. Zeile 445
bis 451 streichen und ersetzen durch: Hier-
bei sollen vor allem die Maßnahmen, die
in Rheinland-Pfalz ergriffen wurden, ausge-
baut und weitergeführt werden.

A17 : Zeile 478 bis 481: wird gestrichen.

A19 : Ab Zeile 588: Ergänzung vor dem
Beginn des Abschnitts: Die Finanzierung
von Hochschulinfrastruktur soll öffentlich,
ohne Einflussnahme oder Werbewirkung
durch privatwirtschaftliche Akteure erfol-
gen, um eine unabhängige Lehre und For-
schung zu gewährleisten.

77 Im 21. Jahrhundert aus der Pandemie ler-
78 nen, bedeutet die Ausweitung des digitalen
79 Studienangebotes kontinuierlich weiterzu-
80 entwickeln und zu erweitern. Insbesondere
81 digitale Formate haben sich als wichtige Er-
82 gänzung zur Präsenzlehre erwiesen.
83 Dies unterstützt Studierende mit Behin-
84 derung dabei, am Stoff teilhaben zu kön-
85 nen, als auch das allgemeine Verbinden
86 von Leben und Studium für alle Studie-
87 rende. Eine weitere Verbesserung für alle
88 Studierende stellt ein digitales Prüfungs-
89 format dar. Dies muss so gestaltet sein,
90 dass kein Abgreifen von personenbezoge-
91 nen Daten möglich ist. Proctoring Softwa-
92 ren sind auf Datenschutzbedingungen kon-
93 tinuierlich zu überprüfen und bei Verstö-
94 ßen zu verbieten.
95 Fachbereiche, die während der Pandemie
96 Seminare Online durchgeführt haben, müs-
97 sen Konzepte entwickeln, in denen Semi-
98 nare und Vorlesungen auch nach der Pan-
99 demie Online anzubieten sind, hybride For-
100 men sollen in den Vorlesungen einen Min-
101 deststandard darstellen. Weiterhin müssen
102 Vorlesungen aufgenommen werden, damit
103 Studierende keinen Nachteil bei Nichter-
104 scheinen durch Krankheitsfällen oder fami-
105 liären wie persönlichen Pflichten bekom-
106 men. Außerdem kann im eigenen Tem-
107 po das Thema angelernt werden. Semi-
108 nare, welche in mehreren Kursen ange-
109 boten werden, soll mindestens einer der
110 Kurse digital stattfinden. Dies führt zu ei-
111 ner Flexibilisierung, um Hochschulbildung
112 und Privatleben besser zu vereinen. Dies
113 soll sowohl Barrierefreiheit Rechnung tra-
114 gen als auch die Verbindung zwischen Care-
115 Verantwortung und Studium besser er-
116 möglichen.
117 Neben der digitalen Lehre muss auch der
118 kritische Umgang mit Künstlicher Intelli-

119 genz Bestandteil des Hochschulalltags sein.
120 Einige Hochschulen wie die Hochschule Ko-
121 blenz gehen inzwischen hin und bauen ih-
122 re Initiative gegenüber KI aus. Die Hoch-
123 schule Koblenz will u.a. mehrere Model-
124 le ihren Studierenden zur Verfügung stel-
125 len, als wichtiger Fähigkeit für die zukünf-
126 tige Arbeitspraxis, welche immer stärker
127 durch KI geprägt wird. Neben den tatsäch-
128 lichen Anwendungen von KI soll die Soft-
129 ware auch kritisch diskutiert werden kön-
130 nen. Das Land Rheinland-Pfalz soll diese Be-
131 mühungen stärker unterstützen.

132

133 Faire Chancen im Studium

134

135 Studium bedeutet auch immer einen Um-
136 gang mit prekären Bedingungen. Flexible
137 Prüfungsformen unterstützen hierbei, um
138 die schwierigen Bedingungen des Lebens
139 besser begleiten zu können.

140 Wir fordern die flächendeckende Einfüh-
141 rung von Studienleistungen anstelle klas-
142 sischer Prüfungsleistungen in allen Prü-
143 fungsformen. Ergänzend setzen wir uns für
144 eine einheitliche Abmeldefrist von 24 Stun-
145 den für sämtliche Prüfungsformate ein. Ziel
146 ist ein stressfreieres, selbstbestimmtes und
147 chancengerechtes Studium für alle.

148 Das aktuelle System unseres Studiums
149 führt nicht zu Professionalisierung und
150 Akademisierung von Studierenden, son-
151 dern zu mehr Stress, Angst und Leistungs-
152 druck.

153 Ein zentraler Hebel ist die Abkehr von Prü-
154 fungsleistungen zu Studienleistungen se-
155 hen wir als sinnvolles Mittel, um schon
156 kurzfristig Druck zu lindern. Studienleis-
157 tungen ermöglichen ein stressfreies Stu-
158 dieren, weil es im Unterschied zu Prü-
159 fungsleistungen keine Fehlversuche gibt.
160 Deshalb sollen Studienleistungen in allen

161 Bereichen universitärer Prüfungen ausge-
162 weitet werden (Klausuren, Hausarbeiten,
163 mündliche Prüfungen, Laborarbeiten, etc.).
164 Aus der Pandemie zu lernen, bedeutet auch,
165 in der Pandemie entwickelte Konzepte wei-
166 terzuentwickeln.

167 Zusätzlich fordern wir eine flächendecken-
168 de Abmeldefrist von 24 Stunden für al-
169 le Prüfungsarten. Der psychische Druck,
170 an einer Prüfung teilnehmen zu müssen,
171 obwohl man kurzfristig erkrankt ist oder
172 sich nicht ausreichend vorbereitet fühlt,
173 darf nicht länger institutionalisiert werden.
174 Denn unter Druck eine Prüfung zu bestrei-
175 ten, führt nicht zu Diamanten, sondern
176 im besten Fall zu einer persönlich unzurei-
177 chenden Note oder im schlimmsten Fall zu
178 einer nicht bestandenen Prüfungsleistung.
179 Die Einführung von Studienleistungen und
180 die Abkehr von Prüfungsleistungen ist ein
181 Schritt in ein selbstbestimmtes Studium,
182 weil die Exmatrikulation durch die uni-
183 versitäre Seite beschränkt wird. Der ei-
184 genständige und selbstbestimmte Abbruch
185 des Studiums wird ein Stück mehr Realität
186 und damit auch ein emanzipatorisches und
187 selbstbestimmtes Leben.

188

189 Barriereabbau für Geflüchtete bei der
190 Hochschulzulassung

191

192 Geflüchtete Menschen brauchen eine Zu-
193 kunftsperspektive und diese soll gerade in
194 den Hochschulen ermöglicht werden.

195 Wir fordern, dass Geflüchteten mit ver-
196 gleichbaren Qualifikationen zu den gelten-
197 den Zugangsberechtigung ein sofortiger
198 Zugang zum Studium ermöglicht wird –
199 unabhängig vom erreichten Sprachniveau,
200 insbesondere im Bereich der Naturwissen-
201 schaften, Wirtschaftswissenschaften und
202 Ingenieurwesen. Spracherwerb und Studi-

203 um müssen parallel ermöglicht, anerkannt
204 und unterstützt werden.

205 Geflüchtete Menschen brauchen mög-
206 lichst schnell eine Perspektive für ihre
207 Zukunft. Die Anerkennung der Studienab-
208 schlüsse der KMK im Lübecker Beschluss
209 vom 11.03.2022 mit ihren Ergänzungsbe-
210 schlüssen seit 2023, war ein wichtiger
211 Schritt, ukrainischen Geflüchteten eine
212 solche Perspektive zu bieten. Dies haben
213 die Hochschulen allerdings durch ihre
214 Forderung eines unrealistischen B2 / C1
215 Niveau ausgehebelt. Um so etwas zukünf-
216 tig zu verhindern, ist es erforderlich, dass
217 die Hochschulen selbst unabhängig vom
218 Sprachniveau es ermöglichen, dass ein
219 Studium in Deutschland absolviert werden
220 kann. Dies gilt insbesondere für die Fächer,
221 in welchen gerade in den ersten Semestern
222 Grundlagenwissen vermittelt wird, welche
223 auch in anderen Sprachen zur Verfügung
224 stehen. Gerade in den Bereichen der Na-
225 turwissenschaften, Ingenieurwesen und
226 der Wirtschaftswissenschaften. Parallel zur
227 Immatrikulation sollen durch genügend
228 Mittel und Kooperation zwischen Sprach-
229 schulen und Universitäten Geflüchtete
230 einen Zugang zu offiziell anerkannten
231 Deutsch Sprachkursen bekommen und
232 im Studium über CP auch angerechnet
233 werden. Weiterhin fordern wir, dass diese
234 Regel auf alle geflüchteten Menschen
235 ausgeweitet wird.

236

237 Politische ASten

238

239 ASten sind eine wichtige Institution der
240 politischen Willensbildung von Studieren-
241 den und sollten auch gesellschaftspolitisch
242 wirken dürfen. Wir fordern eine gesetzli-
243 che Klarstellung im rheinland-pfälzischen
244 Hochschulgesetz (HochSchG), die es ASten

ermöglicht, sich zu gesellschaftspolitischen Fragen zu äußern, sofern diese einen erheblichen Einfluss auf die Lebensrealität und Zukunft aktueller Studierender haben. Dazu ist § 108 HochSchG RLP entsprechend zu ändern:

In Absatz 1 soll ein neuer Punkt 11 eingefügt werden: „Die Allgemeinen Studierendenausschüsse dürfen sich zu gesellschaftspolitischen Fragen äußern, sofern ein erheblicher Bezug zu den Zukunftsentwürfen und Lebensrealitäten von Studierenden vorhanden ist. Der letzte Satz in Absatz 2 „Eine überwiegende Nutzung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ist unzulässig.“ ist zu streichen.

Die ASten sollen nicht nur als Statusgruppenvertretung in die Hochschulen wirken, sondern auch als politische Vertretung der Studierenden auf landes- und bundespolitischer Ebene für ihre Belange eintreten dürfen. Ihre Arbeit endet nicht an den Türen der Hochschule – sie betrifft auch bildungs-, sozial-, klima- oder arbeitspolitische Fragen, die unmittelbar Auswirkungen auf die studentische Lebenswirklichkeit haben.

Das aktuelle Hochschulgesetz lässt eine politische Positionierung der ASten nur sehr eingeschränkt zu. Dadurch wird studentisches Engagement entpolitisiert und demokratische Mitgestaltung eingeschränkt. In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche – etwa durch Klimakrise, soziale Ungleichheit oder Antidiskriminierungskämpfe – ist eine politisch sprechfähige Studierendenschaft wichtiger denn je.

Wir wollen den ASten ausdrücklich die Möglichkeit geben, sich zu relevanten politischen Fragen zu äußern – dort, wo studentische Interessen betroffen sind. Eine entsprechende Änderung des HochSchG schafft Rechtssicherheit, fördert politische

287 Bildung und stärkt die Rolle der studentischen Selbstverwaltung als Teil einer demokratischen Hochschule.

290

291 Studentische*r Vizepräsident*in

292

293 Wir fordern die Einführung eines studentischen Vizepräsidenten- bzw. Protektorats an allen Hochschulen in Rheinland-Pfalz. Studierende sollen durch eine verbindlich im Hochschulgesetz verankerte Mitwirkung auf Leitungsebene direkt an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Regelung orientiert sich an §82 des Landeshochschulgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, soll aber um einen festen Sitz für eine studentische Vertretung erweitert werden.

305 Die Universitäten und Hochschulen und ihre Mitglieder bilden eine Einheit. Diese Einheit und Gesamtheit sollen sich auch in der Hochschul-Führung widerspiegeln. Denn anstatt eines Professoralen Management, sollten alle Mitglieder einer Hochschule in allen Gremien (auch der Leitung!) beteiligt sein. Momentan ist die größte Studentengruppe der Hochschulen im zentralen Gremium nicht vertreten.

315 Wir wollen daher, dass die Regelung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Zusammensetzung des Präsidiums übernommen wird. Denn der §82 sieht vor, dass die Mitglieder der Hochschulleitung sich aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt:

321 1. die Hochschulleiterin oder der Hochschulleiter,

323 2. die Kanzlerin oder der Kanzler sowie nach Maßgabe der Grundordnung

325 3. bis zu zwei weitere hauptamtliche Professorinnen oder Professoren und

327 4. bis zu zwei weiteren Mitgliedern der Hochschule

329 Wir fordern für RLP, dass die Regel so an-
330 gewandt wird, dass mindestens eine Stel-
331 le studentisch besetzt wird. Also ein Platz
332 für ein studentischen Protektorat / Vizeprä-
333 sident*in ermöglicht wird.

334 Die studentische Vizepräsident*in bzw. das
335 andere Hochschulmitglied wird in den je-
336 weiligen Statusgruppen Vertretung nomi-
337 niert und im Rahmen der geltenden Hoch-
338 schulverfahren vom Senat bestätigt.

339 Die Leitungsverantwortung wird so-
340 mit auch auf Mitarbeitenden und die
341 Studierenden übertragen, was dem
342 Gemeinsamkeits-Gedanken der Hochschu-
343 le mehr Rechnung trägt.

344 Dies stärkt sowohl das politische Engage-
345 ment der Studierendenschaft und Mitar-
346 beitendenschaft als auch die Bindung zwi-
347 schen aller Statusgruppen an die Hoch-
348 schulen. Dies ermöglicht einen tieferen Ein-
349 blick in die Entscheidungsebene zu erhal-
350 ten, was nicht nur der Transparenz von Ent-
351 scheidungen hilft, sondern auch der Nach-
352 vollziehbarkeit und damit auch der Akzep-
353 tanz.

354 Es kommt ein weiterer Baustein dazu, so-
355 dass man nicht über, sondern mit Studie-
356 renden im Kontext des universitären Le-
357 bens spricht. Hierbei werden die Betei-
358 ligungsrechte der aktuellen Hochschullei-
359 tung nicht geschwächt, sondern in einem
360 zentralen Teil der Hochschulführung dafür
361 gesorgt, dass Studierende ihren Platz bei
362 der Vertretung ihrer Perspektive bekom-
363 men.

364 Kompetenzen die dem* der zusätzlichen VP
365 zu stehen sind in erster Linie dem der rest-
366 lichen Vizepräsidenten gleichgestellt. Dies
367 gilt ebenso für die Büroausstattung.

368 Wir fordern außerdem, dass es zu einer or-
369 dentlichen Vergütung kommt und sich der*
370 die studentische VP dieser Aufgabe entwe-

371 der im Rahmen eines 20 Stunden Jobs mit
372 Teilzeitstudium oder mit Ausnahmerege-
373 lungen der Vollzeit erledigen kann.

374

375 Ja zur Zivilklausel

376

377 Wir stehen klar hinter Zivilklauseln. Wir
378 fordern, ein Hochschulsystem, welches der
379 aktuellen sicherheitspolitischen Lage an-
380 passen kann, ohne den Verlust wichti-
381 ger grundgesetzlicher Errungenschaften in
382 Kauf nehmen zu müssen. Die Hochschu-
383 len sollen nach wie vor eigenständig ent-
384 scheiden dürfen, ob ihre Forschung zu mili-
385 tärischen Zwecken verwendet werden darf
386 oder nicht. Nichtsdestotrotz gilt die freie
387 Gewissensentscheidung für jede*n Wissen-
388 schaftler*in, ohne Einbußen in der Karrie-
389 re, darüber zu entscheiden, ob er*sie an mi-
390 litärischer Forschung beteiligt sein möch-
391 te oder nicht, mögliche Alternativen müs-
392 sen bereitgestellt werden. Dies umfasst
393 sowohl Fragen nach Dual-Use Forschung
394 als auch rein militärisch verwendbarer For-
395 schung. Diese Fragen müssen durch paritä-
396 tisch besetzte Ethikkommissionen, aus Pro-
397 fessor*innen, Wissenschaftlichen Mitarbei-
398 ter*innen, nicht wissenschaftliches Perso-
399 nal und Studierenden, bearbeitet werden.
400 Eine Einflussnahme bzgl. der gegenwärti-
401 gen Sicherheitspolitischen Lage auf Hoch-
402 schulen ist aus unserer Sicht nicht mit der
403 Freiheit von Wissenschaft und Lehre verein-
404 bar. Wir lehnen ab, dass politischer Druck
405 auf die Hochschulen ausgeübt wird, um ih-
406 re Zivilklauseln zurückzunehmen. Wir wis-
407 sen darum, dass Hochschulen in der hybri-
408 den Kriegsführung Angriffsziele darstellen.
409 Es ist hoheitliche Aufgabe sicherzustellen,
410 dass jede Hochschule, unabhängig davon,
411 ob sie eine Zivilklausel hat, so ausgestat-
412 tet wird, dass sie sich gegen hybride An-

413 griffe verteidigen kann. Daher sollen unse-
414 re Hochschulen im Auf- und Ausbau ihrer
415 eigenen Cyber Security unterstützt werden.
416 Wir möchten nicht in die Freiheit der Wis-
417 senschaft und Forschung eingreifen, jedoch
418 stellen wir klar, dass unsere Position nach
419 Zivilklauseln unabdingbar ist und wir uns
420 für solche an den Rheinland- Pfälzischen
421 Universitäten einsetzen.

422 Für uns gilt grundsätzlich, dass Wissen-
423 schaft durch die gesellschaftliche Verant-
424 wortung sich für Frieden weltweit einset-
425 zen soll, um zur Lösung von gesellschaftli-
426 chen und politischen Problemen einen Bei-
427 trag zu leisten. Dazu zählt auch, dass sich
428 Hochschulen mit Kriegsursachen beschäf-
429 tigen und Möglichkeiten ziviler und fried-
430 licher Konfliktlösung erforschen Hochschu-
431 len sollen durch paritätisch besetzte Ethik-
432 kommissionen (zusammengesetzt aus Pro-
433 fessor*innen, Wissenschaftlichen Mitarbei-
434 ter*innen, nicht wissenschaftliches Perso-
435 nal und Studierenden) über solche Fragen
436 beraten.

437

438 Kein Abi? Kein Problem! – Für einen gerech-
439 ten und durchlässigen Hochschulzugang
440

441 Das HochSchG RLP soll um eine Klausel er-
442 gänzt werden, die experimentelle Studien-
443 zugänge für Realschüler*innen ermöglicht.
444 Wir orientieren uns hierbei an den erfolg-
445 reichen Modellversuch des Landes Hessen,
446 welcher auch Realschüler*innen mit abge-
447 schlossener Berufsausbildung und einem
448 Schnitt von mindestens 2,5 einen allgemei-
449 nen Hochschulzugang ermöglicht. Wir for-
450 dern, diesen Modellversuch auf Rheinland-
451 Pfalz zu übertragen. Die Umsetzung soll
452 wissenschaftlich begleitet und nach einem
453 Zeitraum von 15 Jahren umfassend evalu-
454 iert werden - mit besonderem Fokus auf

455 die Auswirkungen auf die Bildungsgerech-
456 tigkeit im Bildungssystem. Auf Basis der
457 gewonnenen Erkenntnisse kann anschlie-
458 ßend eine fundierte Entscheidung über ei-
459 ne mögliche dauerhafte Implementierung
460 getroffen werden.

461 Die Begabten Regelung des Hochschul-
462 rechts soll auch explizit auf Schüler*innen
463 bezogen werden, welche auf Realschulen
464 sind. Wir fordern, dass in das HochSchG
465 RLP eine Klausel eingefügt wird, die einen
466 experimentellen Zugang mit Realschulab-
467 schluss zu Hochschulen erlaubt.

468 Langfristig setzen wir uns für eine Öffnung
469 des Hochschulzugangs in Rheinland-Pfalz.
470 Ein solcher Schritt würde die soziale Durch-
471 lässigkeit des Bildungssystems stärken und
472 neue Perspektiven für bislang unterreprä-
473 sentierte Gruppen schaffen.

474

475 Zum Thema „Hochschulrecht reformie-
476 ren“ fordern wir, dass:

477

- 478 • KI in die Hochschulen implementiert
479 wird.
- 480 • digitale Zusatzangebote geschaffen
481 werden.
- 482 • Parallelkurse ein Onlineangebot be-
483 kommen sollen.
- 484 • Studienleistungen an Stelle von Prü-
485 fungsleistungen eingeführt werden.
- 486 • Geflüchtete mit Sprachkursen unter-
487 stützt werden und so ein Studium
488 besonders in den Bereichen Natur-
489 wissenschaften, Ingenieurwesen
490 und Wirtschaftswissenschaften
491 ermöglicht werden kann.
- 492 • ASten sich rechtlich zu gesellschafts-
493 politischen Fragen äußern dürfen.
- 494 • nicht-professorale Vizepräsident*in-
495 nen ermöglicht werden sollen und
496 sie mit genügend Geldmitteln

- 497 ausgestattet werden.
- 498 • Zivilklauseln erhalten bleiben sollen.
 - 499 • die freie Entscheidung, ob man sich
 - 500 militärischer Forschung oder Dual-
 - 501 use Forschung beteiligt, kein Nachteil
 - 502 für die wissenschaftliche Karriere ist.
 - 503 • Realschulabsolvent*innen mit abge-
 - 504 schlossener Berufsausbildung (Note
 - 505 mindestens 2,5) Zugang zu den Hoch-
 - 506 schulen gegeben wird.

507

508 Umwelt

509 Studentische Mobilität - der RLP Weg

510

511 Das Deutschland-Semesterticket muss kos-
512 tenlos werden. Kurzfristig fordern wir, dass
513 es weiter vergünstigt bleibt und der Preis
514 nicht steigt. Für Studierende und Auszubil-
515 dende fordern wir, dass es Rabatte gibt be-
516 vor wir das Deutschland-Ticket kostenlos
517 allen Menschen zur Verfügung stellen. Au-
518 ßerdem sollten Hochschulen gemeinsam
519 mit Car- und Bikesharing-Anbietern Koope-
520 rationen schließen, um Studierenden und
521 Auszubildenden vergünstigte Tarife zu er-
522 möglichen.

523

524 Das Deutschland-Semesterticket muss als
525 soziales und umweltfreundliches Angebot
526 erhalten bleiben! Hierzu setzt sich die SPD
527 in Fraktion und Land dafür ein, dass die-
528 se Ersparnis erhalten bleibt und bereits ab
529 Wintersemester 2026 / 2027 für Studieren-
530 de und Azubis verbilligt wird. Mittelfristig
531 soll das Deutschland Ticket für alle Kos-
532 tenfrei werden. Weiterhin sollen Universi-
533 täten in Kooperation mit Car- und Bikesha-
534 ring Anbietern Rahmenverträge abschlie-
535 ßen, damit Studierende und Auszubildende
536 durch Studierenden- und Azubirabatte bil-
537 liger umweltfreundliche Angebote wie Car-
538 sharing oder den Fahrradverleih im alltägli-

539 chen Leben nutzen können.

540

541 Lebensmittelrettung an Hochschulen
542 durch Fairteiler fördern

543

544 Wir fordern, wenn sich Kooperationen
545 mit Lokalen Foodsharing Initiativen an-
546 bieten, dass an allen Hochschulen in
547 Rheinland-Pfalz öffentlich zugängliche
548 Fairteiler eingerichtet werden. Dies soll
549 in Form von Regalen und Kühlschränken
550 gesehen. Diese Fairteiler sollen in Zusam-
551 menarbeit mit den ASten und lokalen
552 Foodsharing-Initiativen betrieben und auf
553 entsprechenden digitalen Plattformen (wie
554 z.B.foodsharing.de) eingetragen werden.

555 Eine nachhaltige Hochschule bekämpft
556 auch Lebensmittelverschwendung. Ein Teil
557 der Nachhaltigkeitsstrategie von Hoch-
558 schulen muss die Lebensmittelrettung
559 darstellen. Fairteiler dienen als niedrig-
560 schwelliges Angebot, denn sie stehen allen
561 Menschen offen, unabhängig von Ein-
562 kommen Herkunft oder Status. Durch das
563 Einsetzen von Fairteiler in den Hochschulen
564 werden öffentliche Räume sinnvoll genutzt
565 und es wird ein Zeichen der Nachhaltigkeit
566 gesetzt.

567 Hochschulen sollen, am besten in Koopera-
568 tion mit ASten, Foodsharing Kühlschränke
569 und Regale (Fairteiler) bereitstellen und ei-
570 ne Anlaufstelle für alle Bürger*innen durch
571 einen offenen Zugang gewährleisten.
572 Wichtig ist außerdem, dass die Fairteiler
573 öffentlich beworben werden.

574 Es soll in Kooperation mit lokale Foodsha-
575 ring NGOs ein Konzept für die jeweili-
576 ge Kommune ausgearbeitet werden. Die-
577 se Fairteiler sollen in Apps wie z.B.Foodsha-
578 ring.de eingetragen werden.

579 Zum Thema „Umwelt“ fordern wir, dass:

580 • das Deutschland Ticket langfristig

- 581 kostenlos wird.
- 582 • das Deutschland-Semesterticket kos-
- 583 tenlos erhalten bleibt.
- 584 • wenn Kooperationen zu Foodsharing
- 585 Anbietern gegeben sind, die ASTen ei-
- 586 nen Fairteiler bereitstellen.

587

588 Antikapitalistische Hochschule

589 Verbot von Hörsaalsponsoring

590

591 Wir fordern ein landesweites Verbot von

592 Hörsaalsponsoring an Hochschulen in

593 Rheinland-Pfalz. Die Finanzierung von

594 Hochschulinfrastruktur muss vollständig

595 öffentlich erfolgen, ohne Einflussnahme

596 oder Werbewirkung durch privatwirt-

597 schaftliche Akteure.

598 Gutes Lernen ist nur in modernen und gut

599 ausgestatteten Räumen möglich. Es ist also

600 notwendig, in die Infrastruktur der Hoch-

601 schulen zu investieren. Dennoch lehnen wir

602 das Hörsaalsponsoring ab und wollen ein

603 konsequentes Verbot. Hochschulen sind

604 ein Ort der freien Entfaltung und wissen-

605 schaftlicher Freiheit, Sponsoring an Lernor-

606 ten stört diese Freiheiten gewaltig, wöh-

607 rend der Lehrveranstaltungen sollen die

608 Studierenden keiner Beeinflussung durch

609 Unternehmen ausgesetzt werden. Zudem

610 lehnen wir die oft mit dem Sponsoring ver-

611 bundenen Sondernutzungsrechte der Un-

612 ternehmen für diese Räume ab. Univer-

613 sitäten und Fachhochschulen müssen öf-

614 fentlich zugängliche Bildungsinstitutionen

615 bleiben, deren Ausstattung und Infrastruk-

616 tur aus öffentlicher Hand finanziert werden

617 – nicht durch private Imagepflege. Durch

618 Hörsaalsponsoring sehen wir die Unabhän-

619 gigkeit der Lehre und Forschung unmittel-

620 bar gefährdet, denn dies führt schon kurz-

621 fristig zur selektiven Dominanz einiger we-

622 niger Unternehmen in der Hochschule.

623 Wir fordern, dass kein Hörsaalsponsoring
624 an den Hochschulen stattfindet.

625

626 Studentisches Leben

627 Wohnungsbauoffensive und Zusammen-
628 halt

629

630 Wir fordern den flächendeckenden Aus-
631 bau von Studierenden- und Azubiwerken in
632 Rheinland-Pfalz. Wir wollen eine allgemei-
633 ne Versorgung für Menschen in Ausbildung
634 ermöglichen.

635 Um den Abbau von Vorurteilen und Ressen-
636 timents zwischen Studierenden und Aus-
637 zubildenden zu fördern und die Lebenser-
638 fahrungen miteinander zu verknüpfen, soll
639 beim Neubau von Wohnheimen darauf ge-
640 achtet werden, Studierenden- und Auszu-
641 bildendenwohnheime im selben Quartier
642 anzusiedeln, um so Begegnungsstätten für
643 die beiden Gruppen innerhalb eines sol-
644 chen „Jungen Quartiers“ zu schaffen. Auf
645 diese Weise lernen die Gruppen die Le-
646 bensrealität des anderen kennen, Konflik-
647 te, die beim Wohnen in einem gemeinsa-
648 men Wohnheim etwa durch völlig verschie-
649 dene Zeitpläne entstehen könnten, werden
650 jedoch vermieden.

651

652 Zweitwohnsitzsteuer

653

654 Wir fordern, dass Studierende und Auszu-
655 bildende von der Zweitwohnsitzsteuer bei
656 Immatrikulationsbescheinigung bzw. Aus-
657 bildungsvertrag zu befreien sind.

658 Es gibt vielfältige Gründe, weshalb man in
659 seiner Heimatgemeinde erst gemeldet blei-
660 ben möchte oder sein muss. Dass sie des-
661 halb zur Zahlung einer Zweitwohnsitzsteu-
662 er gezwungen werden, ist ungerecht und
663 kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass
664 ein Studien- oder Ausbildungsplatz von ih-

665 nen nicht angenommen wird.

666 Die Zweitwohnsitzsteuer ist regressiv und
667 unverhältnismäßig, denn sie wird unab-
668 hängig vom Einkommen erhoben und führt
669 so zu einer Mehrbelastung für Personen
670 mit geringerem Einkommen. Studierende
671 und Auszubildende gehören zur Gruppe der
672 Armutsgefährdeten und eine Zweitwohn-
673 sitzsteuer verschärft nur die prekäre Situa-
674 tion.

675 Die Steuer widerspricht der Chancenge-
676 rechtigkeit im Bereich der Bildung - Bil-
677 dung darf keine Frage des Geldes sein!
678 Die Notwendigkeit eines Zweitwohnsit-
679 zes entsteht nicht aus Luxus, sondern
680 aus strukturellen Gegebenheiten. Gründe
681 sind vor allem lange Pendelwege zwischen
682 Erstwohnsitz und Hochschul- bzw. Ausbil-
683 dungsstandort. Statt Studierende finansi-
684 ell zu belasten, sollten Kommunen erken-
685 nen, dass Studierende eine Stadt mit kul-
686 turellem Leben, Kaufkraft (vor allem, wenn
687 man sich für den Verbleib in dieser Stadt
688 entscheidet) und Innovationspotenzial be-
689 reichern.

690 Darüber hinaus führt die Befreiung von
691 der Zweitwohnsitzsteuer auch zu einer Ent-
692 lastung der Verwaltung, da Studierende
693 und Auszubildende besonders häufig ihren
694 Wohnort wechseln.

695 Die Zweitwohnsitzsteuer darf nicht zur
696 faktischen Strafzahlung für einen er-
697 folgreichen Bildungsweg werden, eine
698 Abschaffung dieser hingegen führt zu
699 einem hochschul- und ausbildungsfreund-
700 lichen Signal.

701

702 Psychosoziale und rechtliche Beratung von
703 Studierenden stärken

704

705 Die psychosoziale und rechtliche Beratung
706 von Studierenden muss ausgebaut und ver-

707 bessert werden! Gesellschaftlicher Druck,
708 Stress an der Uni und Schwierigkeiten im
709 privaten Umfeld erhöhen das Risiko, psy-
710 chologische Hilfe zu beanspruchen. Das
711 grundsätzliche Ziel ist, dass Universitäten
712 als Lernorte nicht zu psychischen Proble-
713 men führen dürfen. Auf dem Weg dorthin,
714 und weil psychologische Probleme nicht
715 nur durch universitären Stress sich ent-
716 wickeln, ist es wichtig, dass Universitäten
717 psychosoziale und rechtliche Beratungen
718 ausbauen und kostenlos gestalten. Hierzu
719 müssen den Studierendenwerken und den
720 Universitäten mehr Gelder, mehr Personal
721 und mehr Stunden zur Verfügung gestellt
722 werden.

723 Die entstehenden Kosten müssen vom
724 Land, der Universität und dem Studieren-
725 denwerk getragen werden. ASten, die kos-
726 tenlose Rechtsberatungen anbieten, sollen
727 ebenso vom Land entschädigt werden, da-
728 mit gute kostenlose Beratungen ausgebaut
729 werden können.

730

731 TV-Stud einführen

732

733 Die Arbeitsbedingungen an Hochschulen in
734 Rheinland-Pfalz sind für studentische Mit-
735 arbeitende nach wie vor von starker Preka-
736 rität geprägt.

737 Wir fordern weiterhin die zügige Umset-
738 zung eines Tarifvertrages für studentische
739 Mitarbeitende, um bessere Arbeitsbedin-
740 gungen für alle zu erreichen.

741 Zum Thema „Studentisches Leben“ fordern
742 wir, dass:

- 743 • der flächendeckende Ausbau von
744 Studierenden- und Azubiwerken
745 vorangetrieben wird.
- 746 • die Abschaffung der Zweitwohnsitz-
747 steuer für Studierende und Auszubil-
748 dende.

- 749 • psychosoziale und rechtliche Bera-
- 750 tung für Studierende ausgebaut und
- 751 verbessert wird
- 752 • ein Tarifvertrag für studentische Mit-
- 753 arbeitende einführt wird.

754

755 Studentische Kultur

756 Studentische Gewerbe fördern

757

758 Wir fordern den strukturellen und finenzi-
759 ellen Ausbau studentischer Gewerbe an al-
760 len Hochschulen in Rheinland-Pfalz. Dazu
761 gehören die Bereitstellung von Räumen auf
762 dem Campus, der Bau eigener Infrastrukt-
763 ren für studentisches Wirtschaften.

764 Wir fordern deshalb:

- 765 • die Bereitstellung bereits vorhande-
- 766 ner Räume durch die Hochschulen für
- 767 studentische Gewerbe,
- 768 • den Bau und die Finanzierung von
- 769 Gebäuden auf dem Campus, die ex-
- 770 plizit studentischer Selbstverwaltung
- 771 und wirtschaftlicher Aktivität gewid-
- 772 met sind,
- 773 • eine gesetzlich und strukturell ab-
- 774 gesicherte Grundlage zur Gründung
- 775 und langfristige Absicherung solcher
- 776 Projekte.

777 In vielen Bundesländern existieren studen-
778 tisch geführte Gewerbe mit langer Tradi-
779 tion – oft getragen von ASten oder ande-
780 ren Organen der studentischen Selbstver-
781 waltung. Diese Strukturen ermöglichen de-
782 mokratisch kontrolliertes Wirtschaften, för-
783 dern Eigenverantwortung und stärken die
784 politische wie organisatorische Handlungs-
785 fähigkeit der Studierendenschaft.

786 In Rheinland-Pfalz fehlt es bislang an einer
787 dauerhaften und institutionell abgesicher-
788 ten Struktur. Zwar gibt es drittmittelfinan-
789 zierte Projekte und einzelne Initiativen – ih-
790 nen fehlt jedoch meist die langfristige Per-

791 spektive und ein eigener Ort. Beispiele wie
792 an der TU Darmstadt zeigen, wie erfolgrei-
793 che studentische Gewerbe langfristig wir-
794 ken können – sowohl auf dem Campus als
795 auch in die Stadt hinein.

796 Gewerbe in studentischer Hand stärken de-
797 mokratische Strukturen und fördern Eigen-
798 verantwortung. Die erwirtschafteten Mit-
799 tel der Studentischen Gewerbe fließen an
800 studentische Projekte wieder zurück. Durch
801 die Etablierung dieser Struktur werden lan-
802 desweit dauerhaft Orte geschaffen, die
803 mittel- und langfristig wachsen können
804 und nicht wie bisher für punktuelle Events
805 ohne feste Räume sorgen. Studentische
806 Selbstverwaltung wird so praktisch gelebt.
807 Studentische Gewerbe sind rechtlich und
808 wirtschaftlich eigenständig, bleiben jedoch
809 unter demokratischer Kontrolle von Studie-
810 rendenparlament, Hochschule und Land.
811 Die erwirtschafteten Mittel fließen voll-
812 ständig in studentische Projekte zurück.
813 Damit schaffen sie dauerhafte, gemein-
814 wohlorientierte Alternativen und leisten ei-
815 nen Beitrag zur kulturellen und sozialen
816 Vielfalt auf dem Campus – und darüber hin-
817 aus.

818 Solche Orte werden zu identitätsstiftenden
819 Räumen studentischen Lebens, bieten sinn-
820 stiftende Arbeit, stärken das studentische
821 Engagement und erhöhen die Attraktivi-
822 tät des Studienstandorts Rheinland-Pfalz.
823 Sie verbinden Hochschule und Stadtgesell-
824 schaft und schaffen neue Kultur- und Be-
825 gungsorte.

826

827 Fachbereiche brauchen genügend Lernräu-
828 me

829

830 An allen Hochschulen in Rheinland-Pfalz
831 müssen ausreichend Lernräume für Stu-
832 dierende zur Verfügung stehen. Die Hoch-

833 schulen sollen verpflichtet werden, für je-
834 den Fachbereich Lernorte bereitzustellen,
835 die den tatsächlichen Bedarf abdecken.

836 Viele Lernorte platzen aus allen Nähten, Bi-
837 bliotheken sind regelmäßig dauerbesetzt.
838 Damit Studierende ihr volles Potenzial ent-
839 falten können, brauchen sie ruhige Orte
840 zum Lernen sowie geeignete Räume für
841 Gruppenarbeiten. Hierfür müssen genü-
842 gend Möglichkeiten bereitgestellt werden.
843 Da dies für alle Fachbereiche gelten soll,
844 müssen die Hochschulen prüfen, welche
845 Fachbereiche zu wenig Lernräume zur Ver-
846 fügung haben und dementsprechend mit
847 Geldern vom Land und des eigenen Haus-
848 haltes Abhilfe schaffen.

849 Lernräume sind nicht nur auf einzelne Fach-
850 bereiche beschränkt, auch Universitätsbi-
851 bliotheken spielen eine zentrale Rolle. Für
852 eine bestmögliche Ausstattung setzen wir
853 uns deshalb für den Aufbau einer ge-
854 meinsamen universitätsbibliothekarischen
855 Infrastruktur in Rheinland-Pfalz ein.

856 Zum Thema „Studentische Kultur“ fordern
857 wir, dass:

- 858 • studentische Gewerbe gefördert und
859 geschaffen werden.
- 860 • Lernräume für Fachbereiche entste-
861 hen.
- 862 • eine gemeinsame Uni-Bibliothek ent-
863 steht.

864

865 Gegen Rechts

866 Rechte Welle brechen - Rechten Intellektua-
867 lismus stoppen.

868

869 Wir bekennen uns klar zu einer antifa-
870 schistischen und internationalistischen
871 Hochschulpolitik. Nationalistische, völ-
872 kische und rechtsextreme Tendenzen
873 haben an Hochschulen keinen Platz. Wir
874 lehnen als SPD Rheinland- Pfalz Koope-

875 ration und Zusammenarbeit mit allen
876 Burschenschaften ab.

877 Wir sprechen uns hiermit nochmal gegen
878 Burschenschaften, als intellektuelle Vor-
879 reiter der Rechten und Rechtsextremen
880 in Deutschland. Nationalistische Strömun-
881 gen haben in unserer Internationalisti-
882 schen Haltung keinen Platz. In Zeiten von
883 Trump, Nationalismus und einer Verschie-
884 bung der globalen Ordnung, darf die eu-
885 ropäische Antwort nicht mehr Nationalis-
886 mus, sondern eine internationale Ausrich-
887 tung, welche es schafft, die aktuellen Kri-
888 sen zu bearbeiten und nicht zu verschär-
889 fen. Wir bekräftigen hiermit, dass wir in
890 den Allgemeinen Studierendenausschüs-
891 sen oder sonstigen Verbänden nicht mit
892 Burschenschaften kooperieren. Der Unver-
893 einbarkeitsbeschluss der Juso Hochschul-
894 gruppen auf Bundesebene von 2022 mit
895 Burschenschaften und auch dem sozialde-
896 mokratischen Lassalle-Kreis ist für uns eine
897 Leitmarke für unsere Hochschulpolitik. Wir
898 fordern, dass keine Kooperationen mit Bur-
899 schenschaften eingegangen werden.

GS Gesundheit und Soziales**Antrag 2025/GS/1****Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission****Post heißt nicht vorbei! - Ausbau/Weitere Versorgung von Post-Covid-Ambulanzen**

1 Long- und Post-Covid stellen ernsthafte ge-
2 sundheitliche Herausforderungen dar, die
3 langfristige und umfassende Versorgungs-
4 strukturen erfordern. Trotz erster Maßnah-
5 men zur Unterstützung der Betroffenen be-
6 stehen nach wie vor viele Versorgungsde-
7 fizite. Daher sind eine Verlängerung der
8 Finanzierung sowie ein gezielter Ausbau
9 der Long- /Post-Covid-Ambulanzen uner-
10 lässlich.

11 Schätzungen zufolge sind in Deutschland
12 im Jahr 2024 rund eine Million Men-
13 schen von Long-Covid betroffen, wobei
14 etwa 500.000 an einer chronischen Ver-
15 laufsform leiden. Long-Covid bezeichnet
16 gesundheitliche Beschwerden, die über
17 die akute Krankheitsphase einer SARS-
18 CoV-2-Infektion von vier Wochen hinaus
19 bestehen bleiben oder neu auftreten.
20 Als Post-Covid werden Beschwerden be-
21 zeichnet, die mehr als 12 Wochen nach
22 Beginn der Infektion noch vorhanden sind
23 und nicht anderweitig erklärt werden
24 können. Beide Begriffe werden dabei oft
25 als Synonym verwendet. Die Symptome
26 dieser Erkrankungen reichen von extremer
27 Erschöpfung und kognitiven Einschrän-
28 kungen bis hin zu Nervensystemstörungen
29 und Gelenkschmerzen. Studien zeigen,
30 dass viele Betroffene im Verlauf ihrer
31 Post-Covid-Erkrankung nach etwa einem
32 halben Jahr die Diagnosekriterien für
33 Myalgische Enzephalomyelitis/Chroni-
34 sches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) erfüllen

Änderung ab Zeile 71:

Daher fordern wir die bedarfsgerechte Fi-
nanzierung um diese zu verlängern und
das...

Weiter mit Zeile 74.

35 – eine neuroimmunologische Multisys-
36 temerkrankung, die zu schwerwiegender
37 Behinderung und Pflegebedürftigkeit
38 führen kann.

39 Trotz der wachsenden Zahl der Betroffenen
40 bestehen nach wie vor erhebliche Versor-
41 gungslücken. Hohe Kosten für nicht erstat-
42 tungsfähige, experimentelle Therapiean-
43 gebote, unzureichende diagnostische Mög-
44 lichkeiten, begrenzte Forschungsplätze so-
45 wie mangelndes Wissen in der medizini-
46 schen Praxis erschweren die Situation der
47 Erkrankten erheblich.

48 Für die Versorgung von Long-/Post-Covid-
49 Betroffenen spielen daher sogenannte
50 Post- Covid-Ambulanzen eine zentra-
51 le Rolle, da sie gezielt für eine erste
52 Betreuung und Behandlung dieser Pati-
53 ent*innengruppen eingerichtet wurden.
54 In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit nur
55 rund fünf solcher Ambulanzen, die eine
56 wichtige Schnittstelle zwischen haus-
57 ärztlicher Versorgung und spezialisierten
58 Fachärzt*innenangeboten darstellen. Die
59 Kapazitäten der bestehenden Ambulanzen
60 sind jedoch begrenzt. Viele Betroffene
61 berichten von Wartezeiten von bis zu 1,5
62 Jahren, bevor sie eine Behandlung erhalten
63 können. Da es bislang noch keine weiteren
64 gesicherten Behandlungsmethoden für
65 Long- /Post-Covid, und neue oder ander-
66 weitige Therapieansätze mit hohen Kosten
67 verbunden sind, benötigen wir eine Si-
68 cherstellung der Finanzierung sowie einen
69 Ausbau der Post- Covid-Ambulanzen, um
70 den Betroffenen weiterzuhelfen.

71 Daher fordern wir die Finanzierung der
72 Post-Covid-Ambulanzen, um mindestens
73 fünf weitere Jahre zu verlängern und das
74 Netzwerk der ambulanten Einrichtungen
75 von derzeit fünf auf mindestens acht Post-
76 Covid-Ambulanzen in Rheinland-Pfalz aus-

77 zubauen. Ziel ist es, die langfristige Versor-
78 gung von Post-/Long-Covid-Erkrankten si-
79 cherzustellen, Wartezeiten für Betroffene
80 zu verringern und die Versorgungsdichte
81 im Land zu erhöhen.

Antrag 2025/GS/2**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme und Überweisung an den Bundesparteitag****Gesundheit ist ein Menschenrecht: Für ein Gesundheitssystem, das auch TINA*-Personen in den Fokus nimmt**

1 Die Nachrichtenmeldungen über die Ein-
2 schränkungen der Rechte von queeren Per-
3 sonen überschlagen sich in letzter Zeit. Ge-
4 rade Trans* Personen werden überall auf
5 der Welt die Rechte genommen und auch
6 in Deutschland sind TINA* (Trans, Nicht-
7 binäre und Agender) Personen extremer
8 Diskriminierung ausgesetzt. Ein sehr pri-
9 vater, aber auch wichtiger Bereich ist un-
10 ser Gesundheitssystem. Die psychische und
11 physische Gesundheit von TINA* Personen
12 ist durch fehlende Forschung und Diskri-
13 minierung extrem belastet. Eine gerechte
14 und diskriminierungsfreie Gesundheitsver-
15 sorgung ist ein Menschenrecht – aus die-
16 sem Grund braucht es:

17
18 Transitionsspezifische Gesundheitsversor-
19 gung

20 • Überarbeitung der Begutachtungsanlei-
21 tung:

22 Die sogenannten „Begutachtungsanlei-
23 tungen geschlechtsangleichender Maß-
24 nahmen“ sind massiv veraltet und müssen
25 dringend angepasst werden. Diese basie-
26 ren derzeit noch auf der veralteten ICD-10
27 (F64.0) und stufen transgeschlechtliche
28 Menschen als psychisch krankheitsbedingt
29 ein. Diese Richtlinie muss durch eine
30 neue Regelung ersetzt werden, die sich
31 an der ICD-11 (Geschlechtsinkongruenz)
32 sowie der S3-Leitlinie „Trans- Gesundheit“
33 orientiert. Dazu gehört die Streichung

34 des sogenannten Alltagstests und die
35 Abschaffung der Pflicht zur Psychotherapie
36 als Voraussetzung. Besonders wichtig
37 ist, dass hierbei nicht nur eine binäre
38 Trans-Perspektive im Fokus steht, son-
39 dern alle Personengruppen, die sich unter
40 dem Begriff TINA* versammeln. Außer-
41 dem braucht es auch die Inklusion von
42 jugendlichen TINA*-Personen.

43 • Recht auf Kostenübernahme:

44 Geschlechtsangleichende Maßnahmen
45 sind nicht nur eine physische und psychi-
46 sche Belastung, sondern auch mit hohen
47 Kosten verbunden. Es braucht endlich
48 eine vollständige Kostenübernahme aller
49 geschlechtsangleichenden Maßnahmen
50 durch die gesetzliche und private Kran-
51 kenkasse. Hierbei müssen vor allem auch
52 nicht-binäre, inter- und agender Perso-
53 nen sowie Minderjährige berücksichtigt
54 werden.

55 • Rechtliche Verankerung im SGB V:

56 Transspezifische Gesundheit ist in unseren
57 Gesetzen noch nicht in vollem Maße ab-
58 gesichert. Dies muss sich dringend ändern.
59 Hierbei ist es ebenfalls wichtig, alle TINA*-
60 Gruppen in den Blick zu nehmen.

61

62 Regelgesundheitsversorgung

63 • Diskriminierungsschutz im Gesundheits-
64 wesen:

65 Das medizinische System birgt viele dis-
66 kriminierende Hürden im Alltag für TINA*-
67 Personen, aus diesem Grund braucht es
68 Veränderungen. Dabei handelt es sich nicht
69 nur um das Misgendern durch Personal,
70 sondern auch um Prozesse in den Daten-
71 systemen, beispielsweise bei Krankenkas-
72 sen. Um dem vorzubeugen, braucht es nied-
73 rigschwellige Verfahren zur Änderung des
74 Namens und eines inklusiven Geschlechts-
75 eintrags bei allen Institutionen des Ge-

76 sundheitssystems. Die Einführung flächen-
77 deckender unabhängiger Beschwerde- und
78 Beratungsstellen sowie ein Verbandskla-
79 gerecht gegen Diskriminierung. Außerdem
80 braucht es eine erleichterte Abrechnung
81 sogenannter „geschlechtsspezifischer Leis-
82 tungen“. Diese muss unabhängig vom Ge-
83 schlechtseintrag übernommen werden.

84

85 Trans*kompetenz in Ausbildung & Praxis
86 Um weitere Diskriminierung im Umgang
87 mit TINA*-Personen zu vermeiden, braucht
88 es die Verankerung von geschlechtlicher
89 Vielfalt in Curricula von Medizin, Pflege und
90 Psychotherapie. Außerdem muss der Aus-
91 bau von Fort- und Weiterbildungen in Ko-
92 operation mit Selbstvertretungen gestärkt
93 und unterstützt werden. Hier sollen be-
94 sonders Gynäkolog*innen und Endokrino-
95 log*innen in den Blick genommen werden.

96

97 Abbau von Barrieren

98 Die Angst vor Diskriminierung sorgt da-
99 für, dass viele TINA*-Personen Angebote
100 des Gesundheitssystems nicht wahrneh-
101 men. Um dem vorzubeugen, braucht es
102 den Aufbau einer barrierefreien Datenbank
103 trans*kompetenter Praxen. Psychotherapie
104 & Beratung

105 TINA*-Personen gehören zu einer der
106 vulnerabelsten Gruppen im Bereich der
107 psychischen Gesundheit, aus diesem
108 Grund braucht es einen Ausbau trans*-
109 affirmativer Psychotherapie Angebote
110 durch Sonderzulassungen und Kostener-
111 stattung. Eine flächendeckende Förderung
112 community-basierter Beratungsstellen ist
113 ebenfalls notwendig.

114

115 Sexuelle Gesundheit & Familienplanung

116 Das Thema der sexuellen Gesundheit ist
117 gerade bei TINA*-Personen sehr relevant,

118 da auch hier die Angst vor Diskriminierung
119 die Suche nach Hilfe bei akuten Proble-
120 men dämpft. Aus diesem Grund braucht
121 es inklusive Angebote im Bereich HIV/STI-
122 Prävention und sexuelle Aufklärung.

123 Queere Personen werden im Bereich der
124 Familienplanung massiv diskriminiert. Es
125 braucht hier endlich eine Gleichstellung bei
126 der Kostenübernahme von Kinderwunsch-
127 behandlungen. Gerade in diesem Bereich
128 braucht es auch einen Ausbau von Fort- und
129 Weiterbildungen zur Sensibilisierung von
130 Gynäkolog*innen und Geburtshelfer*innen
131 für TINA*-Personen mit Kinderwunsch oder
132 Schwangerschaft.

133

134 Ausbau der Forschung

135 Forschung ist gerade im Gesundheitsbe-
136 reich essenziell. Um eine dauerhaft gute
137 Versorgung zu gewährleisten, braucht es
138 die Förderung partizipativer Forschung zu
139 trans* Gesundheit. Hierbei geht es neben
140 der Regelversorgung auch um transspezifi-
141 sche Eingriffe und Behandlungen.

142

143 Partizipation

144 Bei allen angesprochenen Punkten ist
145 es wichtig, dass Maßnahmen nicht über
146 die Köpfe von TINA*-Personen hinweg
147 getroffen werden. Aus diesem Grund
148 braucht es die Beteiligung von Trans*-
149 Selbstvertretungsorganisationen bei
150 Gesetzgebung, Forschung, Leitlinienent-
151 wicklung und Entscheidungsprozessen im
152 Gesundheitswesen.

Antrag 2025/GS/3**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Hilfe statt Hürden – Für solidarische Ausstiegsprogramme und Unterstützungsangebote für FINTA in der Prostitution**

1 Wir stehen wir für eine feministische, soli-
2 darische und soziale Politik, die auf Selbst-
3 bestimmung, Schutz und Teilhabe aller
4 Menschen zielt. Dafür braucht es auch im
5 Bereich von Prostitution und Sexarbeit ei-
6 nen Ausbau der Beratungs- und Unterstüt-
7 zungsstrukturen sowie eine konsequente
8 Entstigmatisierung und Verbesserung der
9 Lebensrealitäten betroffener Menschen.

10 Die Situation von Prostituierten und
11 Sexarbeiter*innen in Rheinland-Pfalz ist
12 von strukturellen Benachteiligungen,
13 sozialer Ausgrenzung und einem Mangel
14 an passgenauen Unterstützungsange-
15 boten geprägt. Obwohl Prostitution in
16 Rheinland-Pfalz nicht überall sichtbar ist,
17 existiert sie in vielen Regionen und ist oft
18 mit prekären Lebenslagen, Unsicherhei-
19 ten und Stigmatisierung verbunden. Die
20 bestehenden Hilfesysteme sind bislang
21 weder flächendeckend noch ausreichend
22 auf die komplexen Bedarfe ausgerichtet.

23 Die bestehenden Unterstützungsangebo-
24 te, wie die Beratungsstelle in Koblenz,
25 sind erste wichtige Schritte aber reichen
26 in Reichweite & Struktur nicht aus, um
27 den tatsächlichen Bedarf flächendeckend
28 zu decken. Der Ausstieg aus der Prostituti-
29 on ist für viele FINTA ein langwieriger und
30 komplexer Prozess, der intensive individu-
31 elle Begleitung und nachhaltige Perspekti-
32 ven erfordert. Viele betroffene FINTA haben
33 traumatische Erfahrungen gemacht, leiden
34 unter psychischen Belastungen oder ste-

35 hen vor erheblichen finanziellen und sozia-
36 len Hürden beim Ausstieg. Ausstiege aus
37 der Prostitution verlaufen dabei selten ge-
38 radlinig – Rückschläge, Existenzängste und
39 fehlende berufliche Perspektiven erschwe-
40 ren den Prozess zusätzlich. Ein Ausstieg ist
41 für viele daher ohne niedrigschwellige und
42 langfristige Unterstützung kaum möglich.
43 Bundesweit geförderte Modellprojekte, et-
44 wa in Berlin, Nürnberg und Freiburg/Kehl,
45 haben gezeigt, dass individuelle, ressour-
46 cenorientierte Beratung, psychosoziale
47 Stabilisierung, Qualifizierungsmaßnah-
48 men und eine enge Zusammenarbeit mit
49 Jobcentern und Bildungsträgern zentrale
50 Erfolgsfaktoren für einen nachhaltigen
51 Ausstieg sind. Besonders bewährt haben
52 sich eine enge individuelle Betreuung
53 durch spezialisierte Sozialarbeiter*innen,
54 die Entwicklung persönlicher Perspektiven
55 und Qualifizierungsoptionen, die Unter-
56 stützung bei z.B. Behördengängen oder
57 Wohnungssuche und eine enge Koope-
58 ration mit Jobcentern als Brücke in den
59 regulären Arbeitsmarkt.
60 Die Erfahrungen aus anderen Bundeslän-
61 dern zeigen, dass nachhaltige Verbesserun-
62 gen nur durch eine koordinierte, landeswei-
63 te Strategie und eine solide Finanzierung
64 erreicht werden können.

65

66 Daher fordern wir:

67 1. Aufbau landesweiter Strukturen & Finan-
68 zierung

69 • Flächendeckende Beratungsstellen:
70 Schaffung eines Netzwerks mit Anlaufstel-
71 len in allen größeren Städten (z.B. Mainz,
72 Ludwigshafen, Trier) nach dem Vorbild
73 der Berliner Hydra e.V.-Kooperation. Es
74 sollen mindestens 5 Regionalzentren in
75 Rheinland- Pfalz aufgebaut werden um
76 eine enge Betreuung der Klient*innen zu

77 ermöglichen

78 • Landesweite Arbeitsgruppe: Es soll ei-
79 ne ressortübergreifende Arbeitsgruppe (So-
80 ziales, Gesundheit, Integration) zur Koor-
81 dination eingerichtet werden. Dabei sol-
82 len relevante Akteur*innen, wie z.B. Ver-
83 bände und NGOs wie proFamilia oder auch
84 die IHK mit eingebunden sein Langfristige
85 Landesförderung: Die Finanzierung muss
86 durch Landesmittel mit mind. 60% sicher-
87 gestellt werden, um die Abhängigkeit von
88 befristeten Bundesprojekten zu reduzieren.
89 Auch Mittel aus dem europäischen Sozial-
90 fonds können zur Finanzierung herangezo-
91 gen werden

92

93 2. Best-Practice-Modelle adaptieren

94 • Individuelle Umstiegsberatung: Imple-
95 mentierung des Bremer Models mit inten-
96 siver 1:1- Betreuung durch geschulte Sozi-
97 alarbeiter*innen, kombiniert mit entspre-
98 chenden Qualifizierungsmaßnahmen wie
99 z.B. Sprachkursen oder Praktika

100 • Kooperation mit Arbeitsmarktakteur*in-
101 nen: Es braucht fest verankerte Partner-
102 schaften mit Jobcentern und Bildungsträ-
103 gern, um die Arbeitsmarktintegration zu
104 systematisieren

105

106 3. Fachliche Standards etablieren

107 • Leitfaden für Ausstiegsprozesse: Entwick-
108 lung eines landesspezifischen Handlungs-
109 leitfadens durch die oben genannte Ar-
110beitsgruppe mit Fokus auf: - Niedrigschwel-
111 liger Zugang (anonym, kostenlos) - Psycho-
112 sozialer Stabilisierung und Gesundheits-
113 versorgung - Muttersprachliche Beratung
114 durch Dolmetscher*innen

115 • Schulungen für Fachkräfte: Sensibilisie-
116 rung für Traumata, Stigmatisierung und
117 rechtliche Hürden (z.B. Aufenthaltsstatus,
118 Leistungsansprüche, etc.)

119

120 4. Bestehende Projekte des Bundes nutzen
121 & ausbauen

122 • Bewerbung um Bundesmittel: Rheinland-
123 Pfalz sollte sich aktiv an Ausschreibungen
124 des BMFSFJ beteiligen

125 • Verstetigung der Bundesmodellprojekte:
126 auf Bundesebene sollen die Mittel für die
127 Modellprojekte zunächst aufgestockt wer-
128 den, zudem müssen bereits erfolgreich er-
129 probte Modelle aus dem Projektstatus her-
130 aus, um langfristige Finanzierungssicher-
131 heit zu haben. Perspektivisch soll es eine
132 bundeseinheitliche Finanzierung von Aus-
133 stiegsprogrammen geben

134 Wir richten uns ausdrücklich nicht gegen
135 Menschen, die freiwillig in der Sexarbeit tä-
136 tig sind, sondern wollen gezielt diejenigen
137 unterstützen, die aussteigen wollen – un-
138 ter oft sehr belastenden Bedingungen. Die
139 geforderten Maßnahmen sind notwendig,
140 um den vielfältigen und komplexen Bedar-
141 fen der betroffenen FINTA gerecht zu wer-
142 den, ihnen echte Alternativen und Perspek-
143 tiven zu eröffnen und soziale Teilhabe zu er-
144 möglichen.

Antrag 2025/GS/4**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Barrierefreie Toiletten - wirklich barrierefreie machen!**

1 Barrierefreiheit endet nicht beim Türrah-
2 men oder bei Haltegriffen. Viele der heute
3 als barrierefrei deklarierten Toilettenanla-
4 gen erfüllen nicht die tatsächlichen Anfor-
5 derungen, die Menschen mit Behinderun-
6 gen an eine inklusive und würdevolle Nut-
7 zung stellen. Besonders Menschen mit Sto-
8 ma, pflegebedürftige Erwachsene oder El-
9 tern mit kleinen Kindern werden nach wie
10 vor systematisch ausgeschlossen.

11 Die Möglichkeit, eine Toilette uneinge-
12 schränkt und ohne fremde Hilfe zu nutzen,
13 ist ein Grundbedürfnis und ein Menschen-
14 recht. Barrierefreie Toiletten dürfen nicht
15 länger symbolisch existieren – sie müssen
16 praktisch nutzbar sein.

17 Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetz-
18 lichen und baulichen Bestimmungen für
19 barrierefreie Toiletten reformiert werden,
20 um den Bedürfnissen aller Menschen - ins-
21 besondere derer mit Beeinträchtigungen-
22 besser gerecht zu werden. Barrierefrei-
23 heit darf sich nicht ausschließlich auf die
24 Bedürfnisse von Rollstuhlfahrer*innen
25 beschränken, sondern muss inklusiv für
26 verschiedenste körperliche und geistige
27 Einschränkungen gedacht und umgesetzt
28 werden.

29 Konkret fordern wir:

30 • Medizinische Liegen in öffentlichen Toi-
31 lettenanlagen, die auch für Erwachsene ge-
32 eignet sind. Diese sollen pflegenden Ange-
33 hörigen die Möglichkeit geben, pflegebe-
34 dürftige Personen in Würde zu versorgen.
35 Gleichzeitig sind Wickeltische so zu gestal-

36 ten, dass sie unabhängig vom Geschlecht
37 der Elternteile zugänglich sind.

38 • Deckenlifte, um Menschen auf die Liege
39 oder Toilette zu befördern. Diese erleich-
40 tern es erwachsene Menschen aus ihrem
41 Rollstuhl zu heben.

42 • Stomabecken, die in unmittelbarer Nähe
43 zur Toilette angebracht werden, um Men-
44 schen mit einem künstlichen Darmaus-
45 gang die hygienische Versorgung zu ermög-
46 lichen. Wo möglich, sollen einzelne Kabinen
47 zu vollwertigen Stomakabinen mit ange-
48 messenem Raumangebot umgebaut wer-
49 den.

50 • 24/7-Zugänglichkeit barrierefreier Toilet-
51 tenanlagen – Die Nutzung soll für alle Be-
52 troffenengruppen (Menschen mit Behinde-
53 rung, Senior*innen, Angehörige, Pflegende
54 etc.) mit dem Euroschlüssel möglich sein.
55 Dieser soll für Berechtigte kostenlos und
56 unbürokratisch zur Verfügung gestellt wer-
57 den. Weiter sollen die Toiletten immer über
58 eine zweite Verriegelung verfügen, sodass
59 eine Öffnung bei Nutzung mit dem Schlüs-
60 seln von außen nicht möglich ist.

61 Diese Maßnahmen sind bei Neubauten ver-
62 pflichtend umzusetzen und sollen bei be-
63 stehenden Anlagen – wo möglich – nach-
64 gerüstet werden.

KL Kommunal- und Landespolitik

Antrag 2025/KL/1

Landesvorstand der AG Selbst Aktiv

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

Barrierefreie Gestaltung der Internetauftritte aller Ministerien in Rheinland-Pfalz

1 Die AG Selbst Aktiv fordert, dass die Barrierefrei-
2 heit der Internetauftritte aller Ministerien in Rheinland-Pfalz verbindlich und
3 vollständig sichergestellt wird.
4

5

6 Begründung

7 Trotz bestehender gesetzlicher Verpflichtungen gemäß Inklusionsgesetz §§ 9 und
8 10 sowie Landesverordnung zur Barrierefreiheit digitaler Angebote erfüllen viele
9 Ministerien diese Vorgaben bis heute nicht
10 vollständig. Statt klarer Umsetzung sind
11 auf vielen Webseiten lediglich Ankündigungen oder pauschale Verweise auf Aus-
12 nahmeregelungen zu finden. Dies ist im
13 Sinne der digitalen Teilhabe für Menschen
14 mit Behinderungen nicht akzeptabel.

15 Alle eigenen Ministeriumsseiten müssen:
16 -über einen sichtbaren Button „Leichte Sprache“ verfügen,
17 -eine Mindestschriftgröße von 14 Punkt in
18 diesem Bereich bieten,
19 -und idealerweise – nach dem Vorbild des
20 MASTD – auch Inhalte in Deutscher Gebärdensprache (DGS) bereitstellen.

21 Nur durch diese Maßnahmen wird die
22 gleichberechtigte Nutzung der digitalen Informationsangebote des Landes für alle
23 Menschen sichergestellt.
24

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass die Barrierefreiheit der Internetauftritte aller Ministerien und untergeordneten Behörden in Rheinland-Pfalz verbindlich und vollständig sichergestellt wird.

Antrag 2025/KL/2**Landesvorstand der AG Selbst Aktiv****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission****Umsetzung der Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr gemäß Inklusionsgesetz**

1 Die AG Selbst Aktiv beantragt, die im In-
2 klusionsgesetz vom 21. Dezember 2020 ge-
3 nannten Forderungen zur Barrierefreiheit
4 auch für die Bereiche Bau und Verkehr ver-
5 bindlich und konsequent umzusetzen.

6

7 Begründung

8 In Artikel 64 der Landesverfassung [Inte-
9 gration Behinderter] steht: „Das Land, die
10 Gemeinden und Gemeindeverbände schüt-
11 zen behinderte Menschen vor Benachteil-
12 gung und wirken auf ihre Integration und
13 die Gleichwertigkeit ihrer Lebensbedingun-
14 gen hin.“ Im Inklusionsgesetz aus 2020 ist
15 festgelegt, welche Bereiche dies betrifft. Ex-
16 plizit werden dort die Bereiche Bau und
17 Verkehr als Handlungsfelder für Barriere-
18 freiheit – neben Kommunikation und In-
19 formationstechnik - genannt. Die Nicht-
20 beachtung der Vorgaben aus der Landes-
21 bauordnung, den ergänzend eingeführten
22 Normen sowie Verwaltungsverordnungen
23 zum barrierefreien Ausbau von Gebäuden
24 hat erhebliche, nachteilige soziale und fi-
25 nanzielle Folgen für die Betroffenen. Dies
26 gilt auch für die Vorgaben und Forde-
27 rungen des Landesbetriebs Mobilität an
28 den barrierefreien Ausbau der Bus- und
29 Bahnhaltestellen sowie die entsprechen-
30 den Fahrzeuge. Die Ablehnung von bar-
31 rierefreien Baumaßnahmen aus haushalts-
32 rechtlichen Gründen muss nachvollziehbar
33 begründet werden. Vor einer Entscheidung
34 zu Baumaßnahmen muss eine Gegenüber-

Die Landesregierung wird aufgefordert,
die im Inklusionsgesetz vom 21. Dezember
2020 genannten Forderungen zur Bar-
rierefreiheit auch für die Bereiche Bau
und Verkehr verbindlich und konsequent
umzusetzen.

35 stellung von Investitions-kosten mit mög-
36 lichen Folgekosten bei nicht barrierefrei-
37 er Ausführung der Maßnahmen erfolgen.
38 Dies betrifft zum Beispiel: Betreuungskosten,
39 Unterbringung von beeinträchtigten
40 Menschen in Heimen. Außerdem sind die
41 sozialen Folgen (Einschränkung von selbst-
42 bestimmten Leben) für Menschen mit Be-
43 einträchtigung bei fehlender Barrierefrei-
44 heit zu klären.

Antrag 2025/KL/3
AGS RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme in der Version der Antragskommission**Keine Beschaffung oder Nutzung von Softwareprodukten des Unternehmens Palantir Technologies Inc. durch Polizei- und Sicherheitsbehörden des Landes Rheinland-Pfalz**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 1. Die Landesregierung wird aufgefordert,
- 3 sicherzustellen, dass Polizei- und Sicher-
- 4 heitsbehörden des Landes Rheinland-Pfalz
- 5 keine Softwarelösungen der Palantir Tech-
- 6 nologies Inc. (insbesondere „Gotham“ oder
- 7 vergleichbare Analyseplattformen) be-
- 8 schaffen, testen oder dauerhaft einsetzen.
- 9 2. Bereits beschaffte Produkte sollen zeit-
- 10 nah stillgelegt werden.
- 11 3. Die Landesregierung wird aufgefordert,
- 12 sicherzustellen, dass sämtliche Daten al-
- 13 ler Polizei- und Sicherheitsbehörden des
- 14 Landes Rheinland-Pfalz ausschließlich auf
- 15 Servern und Verarbeitungsplattformen ge-
- 16 speichert und verarbeitet werden, die kei-
- 17 ner Behörde, Gerichten oder Entscheidern
- 18 außerhalb des Rechtes und der Jurisdiktion
- 19 des Landes, des Bundes bzw. der EU Einsicht
- 20 oder Zugriff ermöglichen.
- 21 4. Die Landesregierung wirkt im Rahmen ih-
- 22 rer Möglichkeiten darauf hin, dass auch auf
- 23 Bundesebene und in anderen Bundeslän-
- 24 dern derartige Softwareprodukte ausge-
- 25 schlossen werden, sofern sie gegen Grund-
- 26 rechte, europäische Datenschutzvorgaben
- 27 oder rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen.

28

Begründung

- 30 1. Verstoß gegen europäisches Daten-
- 31 schutzrecht (DSGVO) und KI-Regulierung
- 32 Die Nutzung von Palantir-Produkten durch
- 33 deutsche Polizeibehörden wirft erhebliche

Ab Zeile 21 ersetzen durch:

4. Wir erkennen den Nutzen von Analyseplattformen für die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden im 21. Jahrhundert. Insbesondere Frankreich ist hierbei europaweit bei der Einführung eigener Lösungen führend. Auch wir fordern für Deutschland eigene Lösungen, auch im Sinne digitaler Souveränität. Die Landesregierung soll sich deshalb bundesweit für die Forschung und Entwicklung einer vergleichbaren Analyseplattform einsetzen, mit der Polizist:innen unterstützt werden und gleichzeitig sicher sind, dass unsere Daten nicht in falsche Hände gelangen.

34 datenschutzrechtliche Bedenken auf:

35 • Palantir ist ein US-amerikanisches Un-
36 ternehmen, das unter den „Foreign Intel-
37 ligence Surveillance Act“ (FISA, insbeson-
38 dere Section 702) fällt. Somit kann die US-
39 Regierung ohne Wissen der Betroffenen auf
40 die gespeicherten Daten zugreifen – auch
41 bei Nutzung in Europa.

42 • Die DSGVO (Art. 44– 49) untersagt eine
43 Datenverarbeitung durch Unternehmen,
44 die nicht garantieren können, dass euro-
45 päische Datenschutzrechte eingehalten
46 werden. Kein Unternehmen, dass sich
47 mehrheitlich in US-Besitz befindet oder
48 deren Verbindungsknoten oder Speicher
49 sich auf US-Territorium befinden, kann
50 dieses garantieren.

51 • Mit dem Inkrafttreten des KI-Gesetzes (AI
52 Act) der EU gelten strenge Anforderungen
53 für den Einsatz hochriskanter Systeme im
54 Bereich der öffentlichen Sicherheit. Die Sys-
55 teme von Palantir sind – auch nach Ein-
56 schätzung europäischer Juristen – intrans-
57 parent, nicht auditierbar und nicht konform
58 mit europäischer KI-Governance.

59

60 2. Demokratische Kontrolle, Transparenz
61 und Neutralität von IT-Partnern Ein de-
62 mokratischer Rechtsstaat muss bei sensi-
63 bler IT-Infrastruktur wie Polizeisoftware be-
64 sonders sorgfältig darauf achten, wem er
65 welche Infrastruktur und Machtmittel an-
66 vertraut. Palantir wurde mit massiver An-
67 schubfinanzierung der CIA-nahe gegründe-
68 ten Organisation In-Q-Tel aufgebaut und ist
69 nicht neutral:

70 • Einer der Gründer und Hauptaktionäre,
71 Peter Thiel, ist ein radikal-libertärer Milliar-
72 där, der sich offen gegen demokratische In-
73 stitutionen stellt (u. a. mit dem Zitat: „I no
74 longer believe that freedom and democracy
75 are compatible.“)

76 • Palantir war und ist eng in militäri-
77 sche und geheimdienstliche Operationen
78 involviert – etwa in Afghanistan, bei ICE-
79 Abschiebungen in den USA oder in gehei-
80 men Predictive-Policing-Projekten.

81 • Das Unternehmen verweigert durchge-
82 hend die Offenlegung seiner Algorithmen,
83 Datenmodelle und Bias-Prüfungen. Die de-
84 mokratische Polizei in Rheinland-Pfalz soll-
85 te weder technologisch abhängig werden
86 von einem Konzern mit totalitär-affiner Ge-
87 sinnung, noch darf sie den Zugriff auf die
88 sensiblen Daten ihrer Bürgerinnen und Bür-
89 ger einem Unternehmen mit zweifelhaften
90 internationalen Verflechtungen anvertrau-
91 en.

92

93 3. Lehren aus der deutschen Geschichte:
94 Keine unkontrollierbaren „Superdatenban-
95 ken“ für potenzielle „Superbehörden“ Die-
96 ser Aspekt gewinnt besonders im Lichte
97 zunehmender Einflussmöglichkeiten rech-
98 ter Parteien mit fragwürdiger Verfassungs-
99 treue und anzunehmender nationalsozia-
100 listischer bzw. faschistischer Grundlage an
101 Bedeutung. Wenn schon der Bundestag un-
102 längst die Hürden für die Richterwahl für
103 das BVG et al präventiv höher gehängt
104 hat, um derartigen Einflüssen vorzubeu-
105 gen, zeigt es, dass man sich auf der Ebe-
106 ne der Entscheider dieser Gefahr durch-
107 aus bewusst ist. In der nationalsozialisti-
108 schen Diktatur war die systematische Erfas-
109 sung, Kategorisierung und Vernetzung per-
110 sonenbezogener Daten eine tragende Säü-
111 le der Verfolgung, Unterdrückung und Er-
112 mordung von Millionen Menschen. Die Zu-
113 sammenarbeit von Verwaltung, Polizei und
114 Geheimdiensten mit Zugriff auf zentrale
115 Aktenbestände führte zur Effizienzsteige-
116 rung der Unfreiheit. Aus dieser historischen
117 Erfahrung leitet sich für das demokratische

118 Deutschland das Prinzip ab, Datenbestän-
119 de zu dezentralisieren, Zugriff zu begren-
120 zen und informationelle Gewaltenteilung
121 sicherzustellen.

122 Der Einsatz von Systemen wie Palantir Got-
123 ham, das massenhafte Datenbanken ver-
124 knüpft und „präventiv“ Muster erkennt,
125 führt exakt zu einer solchen Superdaten-
126 bankstruktur mit Behörden übergreifen-
127 der Zugriffsmöglichkeit. Dies widerspricht
128 den historischen Lehren und unserer ver-
129 fassungsrechtlich verankerten demokrati-
130 schen Sicherheitsarchitektur.

131 Zusammenfassung: Der Einsatz von
132 Palantir-Software widerspricht:

133 • den Grundsätzen der Gewaltenteilung,
134 • der DSGVO,
135 • dem europäischen AI Act,
136 • den demokratischen Anforderungen an
137 Transparenz, Rechenschaftspflicht und
138 staatliche Souveränität,
139 • sowie den Lehren aus der NS-
140 Vergangenheit über zentrale Datenmacht,
141 Rheinland-Pfalz sollte als demokrati-
142 sches Bundesland mit Vorbildfunktion bei
143 digitaler Ethik, Bürgerrechten und Open-
144 Source-Strategie bewusst auf den Einsatz
145 von Palantir-Produkten verzichten und
146 stattdessen auf transparente, quelloffene,
147 auditierbare Lösungen setzen, wie sie z. B.
148 im Rahmen von EU-Förderprogrammen
149 (z. B. GAIA-X) entwickelt werden.
150 Bereits angeschaffte Produkte sollten zeit-
151 nah stillgelegt werden.

Antrag 2025/KL/4
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisung an die Programmkommission für das LTW-Programm**Gerechte Steuern – Finanzämter besser ausstatten**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
2 In Zeiten zunehmender sozialer Ungleich-
3 heit und finanzieller Herausforderungen ist
4 es unerlässlich, ein gerechtes Steuersys-
5 tem zu fördern, das den Bedürfnissen aller
6 Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Eine
7 zentrale Rolle spielen dabei die Finanzäm-
8 ter, die für die Erhebung und Verwaltung
9 von Steuern verantwortlich sind. Um eine
10 faire und effiziente Steuererhebung zu ge-
11 währleisten, müssen die Finanzämter bes-
12 ser ausgestattet werden.

13 Eine gerechte Steuerpolitik ist entschei-
14 dend für den sozialen Zusammenhalt und
15 die Finanzierung öffentlicher Dienstleis-
16 tungen. Um sicherzustellen, dass das Steu-
17 ersystem fair und effektiv funktioniert,
18 müssen die Finanzämter über die notwen-
19 digen Ressourcen und Kompetenzen verfü-
20 gen. Nur so kann eine gerechte Verteilung
21 der Steuerlast gewährleistet und das Ver-
22 trauen der Bürgerinnen und Bürger in das
23 Steuersystem gestärkt werden.

24 Wir, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit for-
25 dern die politischen Gremien auf, Lösungen
26 zu entwickeln und Maßnahmen festzule-
27 gen. Diese sollen nachfolgende Punkte ent-
28 halten:

29

30 1. Personelle Aufstockung:

31 Erhöhung der Mitarbeiterzahlen in den Fi-
32 nanzämtern, um die Arbeitsbelastung zu
33 reduzieren und eine schnellere Bearbei-
34 tung von Steuererklärungen und Anfragen

35 zu ermöglichen.

36 2. Fortbildung und Schulung:

37 Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen für
38 die Mitarbeiter der Finanzämter, um si-
39 cherzustellen, dass sie über aktuelle steu-
40 errechtliche Entwicklungen und digitale
41 Technologien informiert sind.

42 3. Technologische Ausstattung:

43 Investitionen in moderne IT-Systeme und
44 Softwarelösungen, um die Effizienz der Ar-
45 beitsabläufe zu steigern und die digitale
46 Kommunikation mit den Steuerpflichtigen
47 zu verbessern.

48 4. Bürgernahe Dienstleistungen:

49 Ausbau von Beratungsangeboten und In-
50 formationsdiensten, um den Bürgerinnen
51 und Bürgern den Zugang zu steuerlichen
52 Informationen zu erleichtern und Fragen
53 zeitnah zu klären.

54 5. Transparenz und Nachvollziehbarkeit:

55 Förderung von Maßnahmen, die die Trans-
56 parenz der Steuererhebung erhöhen und
57 den Bürgerinnen und Bürgern ein besseres
58 Verständnis für die Verwendung ihrer Steu-
59 ergelder vermitteln.

60 6. Förderung von Steuerberatung:

61 Unterstützung von Initiativen, die insbe-
62 sondere kleinen Unternehmen und Selbst-
63 ständigen helfen, ihre steuerlichen Pflich-
64 ten besser zu verstehen und zu erfüllen.

65

66 Empfänger:

67 SPD-Landesparteitag Rheinland-Pfalz

68 SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

69 SPD-Landesvorstand Rheinland-Pfalz

70 SPD-Parteivorstand

71 SPD-Bundesparteitag

O Satzung und Organisation

Antrag 2025/O/1
AGS RLP

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Version der Antragskommission

Schaffung / Einrichtung eines Forum auf Landesebene - Katastrophen- und Zivilschutz, Verteidigung, Veteranen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 1. Die Aufforderung an alle notwendigen
- 3 Gremien, zeitnah und noch deutlich vor den
- 4 Wahlen die Schaffung & Einrichtung eines
- 5 Forum „Katastrophen- & Zivilschutz, Ver-
- 6 teidigung, Veteranen“ zu initiieren, die al-
- 7 le Interessierten eine Zu- & Mitarbeit bietet
- 8 und diese auch im sozialdemokratischen
- 9 Sinne „abholt“.
- 10 2. Die RLP - Vertreter auf Bundesebene
- 11 werden aufgefordert, die Schaffung & Ein-
- 12 richtung wie vorstehend beschrieben unter
- 13 Punkt 1 auch auf Bundesebene föderal zu
- 14 initiieren.
- 15 Das Forum aus RLP kann dann (2) als lokale
- 16 AG/ lokales Forum eingegliedert werden.

17

18 **Begründung**

- 19 Aktuell haben wir in der SPD rund ein Dut-
- 20 zend Arbeitsgemeinschaften und Foren.
- 21 Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften ist
- 22 eine mehrfache, u.a.: a. Entwicklung von
- 23 Gedanken, Ideen und Konzepten für die
- 24 Partei und b. die breite und fachbezoge-
- 25 ne Einbindung der entsprechenden gesell-
- 26 schaftlichen, sozialen und fachlichen Grup-
- 27 pen (AfA, MuV, Frauen, AGS etc.)
- 28 Nicht abgedeckt scheint uns der Bereich
- 29 „Katastrophen- & Zivilschutz, Verteidi-
- 30 gung, Veteranen“.
- 31 • In Deutschland engagieren sich etwa 1,76
- 32 Millionen Menschen ab 18 Jahren ehren-
- 33 amtlich im Zivil- und Katastrophenschutz.

Streichung ab Zeile 10.

34 Dies entspricht mehr als 2% der Bevölke-
35 rung.
36 • Dazu kommen rund eine viertel Million,
37 die im Verteidigungsbereich tätig sind (ca.
38 181.570 Soldatinnen, etwa 81.639 zivile Be-
39 schäftigte und etwa 20.100 Reservistinnen
40 und Reservisten).
41 • Zudem gibt es in Deutschland aktuell et-
42 wa 10 Millionen Veteranen - dies entspricht
43 mehr als 12% der Bevölkerung.
44 Zusammen also rund 2 (bzw. 12) Millionen
45 Menschen in wichtigen gesellschaftlichen
46 Bereichen, für die es aktuell in der SPD
47 kein(e) wirklich ziel- und zweckgerichtete
48 AG / Forum gibt, Bürger unseres Landes,
49 die sich nur bedingt „abgeholt“ fühlen und
50 in der Regel auch in keine der existieren-
51 den Arbeitsgemeinschaften erfahrungsbe-
52 zogen „passen“.
53 Auch in Anbetracht der katastrophalen
54 Wahlergebnisse können wir es uns nicht
55 leisten, diese Gruppen als Partei nicht eben-
56 falls fachbezogen „abzuholen“.
57 Nicht zu vergessen, dass die SPD nunmehr
58 bereits seit einiger Zeit auch den Bundes-
59 verteidigungsminister stellt und bis un-
60 längst über das BMI auch für das BKK zu-
61 ständig war. In Rheinland-Pfalz ist hier der
62 von uns gestellte Innenminister u.a. für Ka-
63 tastrophenschutz / Krisenmanagement /
64 Zivilschutz et al zuständig.
65 Als Beauftragte der Partei zum Aufbau
66 und initialisierter Führung auf Bundesebe-
67 ne würden wir im Übrigen Eva Högl vor-
68 schlagen.

Antrag 2025/O/2
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisung an die Kommission zur organisatorischen Neuaufstellung des Parteivorstandes und an den Landesvorstand**Die SPD als starke Stimme der arbeitenden Gesellschaft – Expertise und Kompetenzen starker Arbeitsgemeinschaften in der SPD vielfältig nutzen**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
2 Die SPD lebt von ihrer Verwurzelung in der
3 arbeitenden Mitte der Gesellschaft. Unse-
4 re Partei war und ist die politische Kraft,
5 die sich für gute Arbeit, faire Löhne, sozia-
6 le Sicherheit und mehr Gerechtigkeit stark-
7 macht. Doch die aktuellen Umfragewerte
8 zeigen, dass wir diese Rolle wieder offensi-
9 ver annehmen und für die arbeitende Be-
10 völkerung sicht- und spürbar werden müs-
11 sen.
12 Die Arbeitsgemeinschaften nehmen inner-
13 halb der SPD besondere Aufgaben in Par-
14 tei und Öffentlichkeit wahr und stehen
15 als Bindeglied zu den jeweiligen gesell-
16 schaftlichen Gruppen, die sich in den poli-
17 tischen Bereichen engagieren. Sie sind seit
18 Jahrzehnten tragende Säulen dieser Veran-
19 kerung. Sie verfügen über starke Experti-
20 sen in ihren jeweiligen Themenfeldern und
21 haben vielfältige Kontakte in diese Berei-
22 che. Damit verbinden sie, insbesondere die
23 AfA, die Partei unmittelbar mit Beschäf-
24 tigten, Gewerkschaften, Betriebsräten und
25 den realen Lebenswelten dort, wo Arbeit
26 stattfindet. Ihre demokratische Legitima-
27 tion und ihre Fachkompetenz sind unver-
28 zichtbar, wenn wir die SPD erneuern und
29 die Entfremdung vieler Arbeitnehmer*in-
30 nen von unserer Partei beenden wollen.
31 Die jüngsten strukturellen Einschnitte bei
32 den Arbeitsgemeinschaften schmälern je-

33 doch ihre Handlungsmöglichkeiten und da-
34 mit die Durchschlagskraft der gesamten
35 SPD. Um als Partei der arbeitenden Be-
36 völkerung wieder an Stärke zu gewinnen,
37 braucht es jetzt einen klaren Kurswechsel:
38 Wer die arbeitende Mitte überzeugen will,
39 muss vor Ort präsent, ansprechbar und
40 kompetent sein. Die SPD kann nur dann
41 wieder Volkspartei werden, wenn sie den
42 Draht in die Betriebe, auf die Baustel-
43 len, in die Fabrikhallen, die Krankenhäu-
44 ser, Schulen und Büros nicht nur rhetorisch,
45 sondern praktisch verstärkt. Die Arbeitsge-
46 meinschaften sind unser stärkster Hebel
47 dafür. Sie verdienen unser gesamtes Ver-
48 trauen und die notwendigen Ressourcen.
49 Die SPD Rheinland-Pfalz setzt sich daher für
50 eine umfassende Stärkung der Arbeitsge-
51 meinschaften als Herz und Ohr der Partei
52 bei den Beschäftigten ein – für eine SPD, die
53 wieder erste Ansprechpartnerin der arbei-
54 tenden Menschen ist.

55 Der Landesparteitag der SPD Rheinland-
56 Pfalz steht hinter nachfolgenden Forderun-
57 gen:

58 1. Stärkung der Arbeitsgemeinschaften –
59 nicht Schwächung:

60 Der Landesparteitag der SPD Rheinland-
61 Pfalz fordert den Landes- und Bundesvor-
62 stand auf, die aktuellen Richtlinien für
63 die Arbeitsgemeinschaften umgehend zu
64 überarbeiten. Ziel muss es sein, ihre Ar-
65 beitsfähigkeit sowie ihre Ressourcen – per-
66 sonell, finanziell und organisatorisch –
67 deutlich zu stärken.

68 2. Mehr Sichtbarkeit in der Fläche:

69 Arbeitsgemeinschaften müssen stärker vor
70 Ort präsent sein können. Dazu sollen Bun-
71 deskonferenzen und Sitzungen regelmäßig
72 außerhalb Berlins, insbesondere auch in
73 den Regionen, stattfinden. Sich wieder re-
74 gional, bzw. vor Ort zu repräsentieren stärkt

75 die Außenwirkung und Werbungsmöglich-
76 keit der Partei stärken.

77 3. Stärkere Beteiligung der Länder und Be-
78 zirke:

79 Die Delegiertenzahlen der Bundeskonfe-
80 renzen sowie die Zahl der Vorstandsmit-
81 glieder sind so anzupassen, dass wirklich
82 alle Länder und Bezirke vertreten sind.
83 So wird die breite Basis unterschiedlicher
84 Gruppierungen, Milieus und der arbeiten-
85 den Menschen in der gesamten Republik
86 abgebildet. Die Bundeskonferenzen sind al-
87 le zwei Jahre gemäß der Größe der AG ein-,
88 oder zweitägig mit 1 bzw. 2 Übernachtun-
89 gen durchzuführen. Die Sitzungsintervalle
90 der Vorstände sollen erhöht werden.

91 4. Strukturelle und finanzielle Ausstattung
92 verbessern:

93 Die SPD muss – auch in schwierigen Zei-
94 ten – sicherstellen, dass die Arbeitsge-
95 meinschaften über ausreichende Ressour-
96 cen verfügen, um ihre Aufgaben wirkungs-
97 voll wahrnehmen zu können.

98 5. Mehr Mitspracherechte:

99 Arbeitsgemeinschaften müssen antrags-
100 und redeberechtigt in Vorständen und
101 Antragskommissionen der Partei auf al-
102 len Ebenen sein, insbesondere zu ihren
103 spezifischen Themenfeldern.

104 6. Geschäftsstellen als Motor vor Ort:

105 Die SPD-Geschäftsstellen werden beauf-
106 tragt, die Bildung, Unterstützung und För-
107 derung von Arbeitsgemeinschaften in allen
108 Regionen aktiv voranzutreiben und zu be-
109 gleiten.

110 7. Nutzung der Expertisen und Anerken-
111 nung der Arbeitsgemeinschaften durch die
112 Führung der jeweiligen Parteigliederun-
113 gen:

114 Die verantwortlichen Vertreter*innen der
115 SPD in der jeweiligen Parteiführung wer-
116 den dazu aufgerufen, die Arbeit und Ex-

117 pertise der Arbeitsgemeinschaften zu nut-
118 zen und aktiv in der Öffentlichkeit zu wür-
119 digen. Die Arbeitsgemeinschaften bringen
120 zentrale programmatische Impulse in vie-
121 le Fachbereiche der Partei ein. Herausra-
122 gende Beispiele sind der Mindestlohn so-
123 wie das Bundestariftreuegesetz. Beide wur-
124 den maßgeblich durch die AfA entwickelt
125 und in die politische Debatte der SPD ein-
126 gebracht. Die Würdigung solcher Leistun-
127 gen stärkt das Ansehen der Arbeitsgemein-
128 schaften, macht das sozialdemokratische
129 Profil für die arbeitende Bevölkerung oder
130 für verschiedene Bevölkerungsgruppen klar
131 erkennbar und fördert die Bindungskraft
132 der Partei vor Ort.

133

134 Empfänger:

135 SPD-Bundesparteitag

136 SPD-Parteivorstand

137 SPD-Landesvorstand RLP

138 SPD-Landesparteitag RLP

S Sonstiges

Antrag 2025/S/1

Jusos RLP

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

ESport ist Sport!

1 ESport ist längst keine Randerscheinung
2 mehr. Er hat sich zu einer exponentiell
3 wachsenden Branche entwickelt, die Live-
4 Events in vollen Hallen organisiert und pro-
5 fessionelle Strukturen aufgebaut hat. Spie-
6 ler*innen werden in Teams und offiziellen
7 Vereinen auf Turniere vorbereitet. Es gibt
8 Millionen Fans und Zuschauer*innen die
9 Spiele auf lokaler bis zur weltweiten Ebene
10 verfolgen.

11 Um im internationalen Vergleich nicht hin-
12 ten runterzufallen, braucht es im ESport ge-
13 zielte Förderungen und Nachholbedarf. So-
14 wohl die individuelle Förderung von Talen-
15 ten und Vereinen wie auch die Unterstüt-
16 zung von Wettbewerben. Es bedarf einer
17 Bestenförderung auf Landes- und Bundes-
18 ebene, ähnlich zu Landes- und Bundesaus-
19 wahlen in anderen Sportarten, die gezielt
20 einzelne Talente fördert.

21 Ein positives zukunftsgerichtetes Beispiel
22 ist hier das Bundesland Nordrhein- Westfa-
23 len, dort wurde zum Beispiel 2023 die ES-
24 ports Academy NRW in einer Kooperation
25 aus der ESports Player Foundation und der
26 Staatskanzlei des Landes NRW gegründet,
27 welche als Ziel die Förderung junger und ta-
28 lentierter ESportler*innen hat.

29 Auch in der Freizeitgestaltung spielt ESport
30 bzw. Gaming eine immer größere Rolle und
31 ist längst fester Bestandteil unserer Ge-
32 sellschaft geworden. "Laut aktuellen Zah-
33 len spielen rund 53 Prozent aller Deutschen
34 zumindest gelegentlich Computer- und Vi-
35 deospiele. In der Altersgruppe der 16- bis

36 29-Jährigen beträgt der Anteil der Video-
37 spieler sogar über 91 Prozent“ so Statista
38 2024.

39 Bisher verhindert die fehlende Anerken-
40 nung der Gemeinnützigkeit jedoch, die
41 breitgefächerte Organisation von ESport in
42 niedrigschwelligen Vereinsebenen, mitun-
43 ter weil bereits bestehende Sportvereine
44 durch die Aufnahme von ESport ihre Ge-
45 meinnützigkeit gefährden könnten.

46 Vereine stehen durch sinkende Zahlen von
47 Mitgliedern und Ehrenamtlichen unter
48 Druck, die Möglichkeit ESport anzubieten
49 könnte zukunftsorientiert neue Wege
50 öffnen.

51 Das Angebot von ESport würde Sportver-
52 einen die Möglichkeit bieten junge Men-
53 schen in ihren Lebenswelten abzuholen,
54 indem sie ihre Interessen und Bedürfnis-
55 se aufgreifen. Diese Aufnahme des ESport
56 in bestehenden Vereinen oder Gründung
57 neuer Vereine hätte gesellschaftlich positi-
58 ve Auswirkungen, da das soziale Miteinan-
59 der in Sportvereinen im Vordergrund steht.
60 Statt allein zu Hause zu Zocken kommt man
61 mit neuen Menschen in Kontakt und sozia-
62 le Kompetenzen und Werte werden geför-
63 dert.

64 Vor allem Werte wie Teamfähigkeit, Fair-
65 play, Frustrationsbewältigung und die Be-
66 kämpfung von toxischem und diskriminie-
67 rendem Verhalten wie Sexismus und Que-
68 erfeindlichkeit können vermittelt werden.

69 Zudem könnten Mitglieder auch in kriti-
70 schen Themen des Gaming wie Suchtprä-
71 vention und Bewegungsarmut in den Ver-
72 einen geschult werden.

73 Ein weiterer positiver Aspekt von ESport in
74 Vereinen, wäre die Verbesserung kogniti-
75 ver und motorischer Fähigkeiten von Men-
76 schen jeden Alters. Zum Beispiel die Fähig-
77 keit zu räumlichem Denken, Steigerung der

78 Aufmerksamkeit und Reaktionszeit. Vor al-
79 lem für ältere Menschen könnte dadurch
80 ein Angebot geschaffen werden durch Vi-
81 deospiele den Erhalt der kognitiven und
82 motorischen Fähigkeiten zu trainieren.

83 Mit der Aufnahme von ESport können
84 Sportvereine zudem auch potenzielle neue
85 Sponsoren, Netzwerke und Partnerschaf-
86 ten generieren.

87 Verbesserte Breitensport Strukturen im ES-
88 port würden mittelfristig auch dem pro-
89 fessionellen ESport zugutekommen, indem
90 dadurch eine nachhaltige Basis geschaffen
91 wird.

92

93 Deswegen fordern wir folgende Maßnah-
94 men:

95 1. Die Etablierung des ESport als offiziel-
96 le Sportart in Deutschland und damit ver-
97 bunden seine öffentlichkeitswirksame An-
98 erkennung.

99 2. Die Schaffung von Rahmenbedingun-
100 gen die den Aufbau von Landesweiten Ver-
101 einsstrukturen sowie den Aufbau von ES-
102 port Abteilungen in bestehenden Vereinen
103 ermöglichen, in Form von Fördermitteln
104 und/oder Projekten.

105 3. Einführung einer Bestenförderung, ähn-
106 lich einer Landes-/Bundesauswahl, auf Lan-
107 desebenen und Bundesebene

108 4. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit
109 dieser Vereine seitens des Gesetzgebers so-
110 wie zuständigen Sportverbänden nach § 52
111 Absatz 2 Nummer 21 der Abgabeordnung.

112 5. Übernahme von Schirmherrschaften
113 oder aktive Unterstützung von Wettkämp-
114 fen

115 6. Gezielte Weiterbildungs-/Schulungs-
116 möglichkeiten von Personal in der Ju-
117 gendarbeit zum Thema ESport, sozialen
118 Kompetenzen und Präventionsmaßnah-
119 men im Bereich Gaming

120 7. Spezielle Fördermittel für Vereine für die
121 Anschaffung der nötigen Technik und Ge-
122 räte, um durch die die Bereitstellung dieser
123 durch die Vereine den Zugang zu ESport für
124 alle zu ermöglichen

U Umwelt, Nachhaltigkeit und Energiewende

Antrag 2025/U/1

Jusos RLP

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

Für den Wald statt fürs Klo – Hygienepapier nur noch aus Recyclingmaterial!

1 Jedes Jahr werden weltweit Millionen
2 Bäume gefällt, um sie in Einwegprodukte
3 wie Toilettenpapier, Taschentücher oder
4 Küchenrollen zu verarbeiten. Ein Großteil
5 dieser Hygienepapierprodukte besteht
6 in Deutschland nach wie vor aus soge-
7 nannten Frischfasern – also Zellstoff, der
8 direkt aus Holz hergestellt wird. Dabei
9 wäre eine ressourcenschonende, klima-
10 freundliche Alternative längst verfügbar:
11 Hygienepapier aus Recyclingmaterial.
12 In Zeiten von Klimakrise, Artensterben und
13 Ressourcenknappheit ist es nicht hinnehm-
14 bar, dass Produkte, die nach wenigen Se-
15 kunden im Müll landen, auf Kosten von
16 jahrzehntealten Wäldern hergestellt wer-
17 den. Die Produktion von Frischfaserpapier
18 ist wesentlich energie- und wasserintensi-
19 ver als die Herstellung von Recyclingpapier.
20 Der ökologische Fußabdruck ist massiv –
21 obwohl es keinerlei technische oder hygie-
22 nische Gründe mehr gibt, auf Frischfasern
23 zu setzen.
24 Daher fordern wir, dass Toilettenpapier,
25 Taschentücher, Küchenrollen und andere
26 kurzlebige Hygienepapiere nur noch aus
27 100 % Recyclingmaterial bestehen dürfen.
28 Ein gesetzliches Produktions- und Verkaufs-
29 verbot von Frischfaser-Hygienepapieren
30 soll eingeführt werden, um Umwelt und
31 Klima aktiv zu schützen und den Um-
32 stieg auf eine echte Kreislaufwirtschaft
33 voranzutreiben.